

01/2014

**Politische und Soziale Partizipation
als
Teil der Selbstdarstellung
Jugendlicher in
Social Networks**

Eine qualitative Studie zum Zusammenhang von Facebook-
Nutzung und Partizipation bei 16- bis 18-Jährigen

Annika Potz

Diese Arbeit ist zugleich Magister-Abschlussarbeit im MA Studiengang Kinder- und Jugendmedien im WS 2012/13

Gutacher:

1. Prof. Dr. Sven Jöckel
2. Dr. Klaus Kamps

Impressum

KJM - Forschungspapiere Kinder- und Jugendmedien

Herausgeber

Dr. Sven Jöckel
Dr. Sandra Fleischer
Robert Seifert

Universität Erfurt
Masterstudiengang "Kinder- und Jugendmedien"
Nordhäuser Straße 63
99089 Erfurt

urn:nbn:de:gbv: 547-201300572
© bei den AutorInnen

Inhaltsverzeichnis

1 Partizipation als Teil der Selbstdarstellung Jugendlicher bei Facebook.....	1
2 Forschungsstand zur Partizipation Jugendlicher.....	3
2.1 Soziale Partizipation.....	3
2.2 Politische Partizipation.....	4
2.3 Online-Partizipation.....	6
2.4 Zwischenfazit und Herleitung der Forschungsfrage.....	10
3 Theoretische Grundlage.....	11
3.1 Normativer Rahmen.....	11
3.1.1 Partizipation in der Demokratie.....	12
3.1.2 Die Bedeutung von Online-Medien für die Demokratie.....	13
3.1.3 Die Partizipation Jugendlicher in der Demokratie.....	15
3.2 Die Partizipationsforschung.....	17
3.3 Partizipation als Teil der Patchwork-Identität.....	18
3.3.1 Der Identitätsbegriff in der Postmoderne.....	18
3.3.2 Partizipation und Identität.....	20
3.4 Zwischenfazit und forschungsleitende Fragestellungen.....	22
4 Methodische Vorgehensweise.....	24
4.1 Wahl der Methode und Eingrenzung der Zielgruppe.....	25
4.2 Vorstudie: Das Politikverständnis Jugendlicher.....	26
4.3 Qualitative Hauptbefragung.....	29
4.3.1 Qualitative Online-Befragung.....	29
4.3.2 Leitfadententwicklung.....	31
4.3.3 Rekrutierung der Befragten und Reflexion der Durchführung.....	34
4.3.4 Auswertung der Interviews.....	36
5 Ergebnisse der Vorstudie.....	38
5.1 Das Politikverständnis Jugendlicher.....	38
5.2 Die politische Positionierung Jugendlicher.....	46
6 Ergebnisse der Hauptstudie.....	48
6.1 Übersicht über die befragten Jugendliche.....	49
6.2 Partizipationsformen der befragten Jugendlichen.....	50
6.3 Partizipation und Facebook-Nutzung.....	53
6.4 Online-spezifische Partizipation.....	58
6.5 Identitätsarbeit durch Einbindung der Partizipation in die Selbstdarstellung.....	62
6.6 Politische Online-Partizipation aus Sicht der Jugendlichen.....	70
6.7 Die Bewertung politischer Inhalte bei Facebook.....	72
7 Zusammenfassung der Ergebnisse.....	75
8 Diskussion und Ausblick.....	81

1 Partizipation als Teil der Selbstdarstellung Jugendlicher bei Facebook

„Putting together the declining vote and political interest among young adults with the distinctively youthful profile of Internet users, one would hardly suppose that the Internet could be part of the solution to the decline in political participation among young people. Indeed, it seems more likely to be part of the problem [...]“

(Livingstone et al. 2007: 21)

Mit diesem Zitat bringen Livingstone, Couldry und Markham (2007) Befürchtungen auf den Punkt, die sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch im wissenschaftlichen Diskurs um sich greifen. Titel wissenschaftlicher Publikationen wie „TeilHabeNichtse“ (Maedler 2008) oder „Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs?“ (Abendschön & Roßteutscher 2011) weisen daraufhin, dass das Partizipationsverhalten Jugendlicher sorgenvoll gesehen wird. Ein möglicher Grund wird in der steigenden Nutzung von Online-Medien gesehen (BMFSF 2009: 29, Livingstone et al. 2007: 21).

Bennett (2008) fasst diese Befürchtungen mit dem *disengaged youth paradigm* zusammen. Ein Abfall traditioneller Partizipationsformen wird darin beklagt und neue Formen z.B. über Online-Medien nicht wahrgenommen. Demgegenüber stellt er das *engaged youth paradigm*, nachdem Jugendliche kreative, eigenständige Mitglieder der Gesellschaft sind, die sich Formen zur Beteiligung suchen. Demnach finden sie gerade im Internet neue Arten, sich selbst auszudrücken und sich so in die Gesellschaft einzubringen.

Die Rolle, die Online-Medien für die gesellschaftliche Teilhabe sowohl in sozialer wie auch in politischer Hinsicht spielen, war folglich in den vergangenen Jahren immer wieder Gegenstand der Jugendmedien- und der Partizipationsforschung (u.a. Emmer et al. 2010, Miegel & Olsson 2009, Rauschenbach et al. 2011). In der Online-Nutzung der Jugendlichen stehen insbesondere Soziale Netzwerke wie Facebook oder Lokalisten.de im Mittelpunkt. Laut der JIM-Studie 2012 sind 79% der 12- bis 19-Jährigen in Deutschland mehrmals in der Woche oder sogar täglich in Online-Communities unterwegs (MFPS 2012: 40). Dabei sind diese fest im Sozialleben verankert und eine getrennte Betrachtung von digitaler und außermedialer Lebenswelt ist nicht mehr möglich (Feil 2010, Münker 2009). Daher erstaunt es umso mehr, dass die Bedeutung von Social Networks im Speziellen für die Partizipation Jugendlicher bisher nicht untersucht wurde. An dieser Stelle setzt nun die folgende Arbeit an und widmet sich der Frage:

Inwiefern binden Jugendliche soziale und politische Partizipation
in ihre Selbstdarstellung in sozialen Online-Netzwerken ein?

Die Selbstdarstellung in Social Networks wird dabei weit gefasst und jede Äußerung im Netzwerk als Teil dieser begriffen. Denn das Bild, das von den Nutzenden dort erscheint, entsteht zum einen aufgrund intentionaler Äußerungen über die eigene Person wie dem Einstellen eines

Profilbildes oder dem Ausfüllen von persönlichen Angaben zu Alter, Geschlecht, Wohnort oder Vorlieben. Es entsteht aber auch aus anderen Äußerungen wie Status-Beiträgen oder Fotos, die etwas über den Nutzenden verraten, ohne dass dieser es bewusst so gewollt hat (Eisermann & Potz 2013).

Die theoretische Grundlage zur Beantwortung der Fragestellung besteht aus drei Säulen. Normative Basis ist die partizipative Demokratietheorie und das *engaged youth paradigm*, die Bürger bzw. Jugendliche als kreative, eigenständige Individuen begreifen, die sich in die Gesellschaft einbringen wollen (Bennett 2008: 2f, Schmidt 2010: 240f). Zweitens versteht die Arbeit sich in der Tradition der Partizipationsforschung und nutzt das dort entwickelte *standard socioeconomic model of participation* (Verba & Nie 1972) als Ausgangspunkt für die Betrachtung der Partizipation Jugendlicher. Das psychologische Konzept der Patchwork-Identität (Keupp et al. 1999) dient der Studie als dritte Säule. Darüber wird die Brücke geschlagen zwischen der Partizipation auf der einen Seite und der Selbstdarstellung bei Facebook auf der anderen. Die politische Haltung und Facetten der Persönlichkeit, die mit der Partizipation in Verbindung stehen, werden demnach als Teile der Patchwork-Identität verstanden, die durch konstante Identitätsarbeit mit der inneren und äußeren Welt in Einklang gebracht werden müssen. Die Selbstdarstellung in Social Networks wird dafür als ein mögliches Mittel betrachtet (Röll 2010: 215ff, Schorb 2010).

Vor diesem theoretischen Hintergrund werden qualitative Leitfaden-Interviews mit Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren geführt, da die Ausbildung einer politischen Identität für diese Altersgruppe besonders relevant erscheint (Albert et al. 2011: 46). Weiterhin wird die Fragestellung anhand des Sozialen Netzwerks Facebook beantwortet, da dieses mit Abstand das am häufigsten genutzte bei deutschen Jugendlichen ist (MFPS 2012: 41).

Um politische Partizipation tiefergehend verstehen zu können, wird zunächst eine Vorstudie mit fünf Jugendlichen hinsichtlich deren Politikverständnisses durchgeführt. Im Anschluss werden neun Jugendliche via dem Online-Telefondienst Skype zu ihrer Facebook-Nutzung befragt. Dabei betrachten Interviewerin und Befragte parallel das Facebook-Profil der Befragten und unterhalten sich darüber. Mittels Einzelfallanalysen und einer fallübergreifenden Inhaltsanalyse werden diese Interviews im Anschluss ausgewertet.

Zunächst wird der Forschungsstand zur politischen und sozialen Partizipation Jugendlicher on- wie offline dargestellt und anschließend die theoretische Grundlage eingehend erläutert. Daraus ergeben sich die forschungsleitenden Fragestellungen der Studie. Deren Operationalisierung wird im Kapitel zur Methode erläutert. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Vor- und der Hauptbefragung dargelegt. Diese werden dann im Hinblick auf die forschungsleitenden Fragestellungen zusammengefasst. Das letzte Kapitel schließlich fasst die Neuerungen für die Jugendmedienforschung zusammen und gibt einen Ausblick auf mögliche weiterführende Fragestellungen. Zudem werden Handlungsempfehlungen für die pädagogische Praxis, insbesondere die politische Bildung, formuliert.

2 Forschungsstand zur Partizipation Jugendlicher

Wie aus der Einleitung hervorgeht, ist die Partizipation Jugendlicher ein Feld, das in der öffentlichen Diskussion Besorgnis erregt und somit in der Kinder- und Jugendforschung, aber auch in der Jugendmedienforschung vielfach Beachtung gefunden hat. Online-Angebote lösen dabei sowohl Hoffnung hinsichtlich neuer Beteiligungschancen als auch Befürchtungen aufgrund der Risiken im Datenschutz oder des vermeintlichen Suchtpotenzials aus (Rauschenbach et al. 2011: 31f, Röhl 2010: 220ff). Die Forschungsergebnisse zur Partizipation Jugendlicher on- wie offline sollen im Folgenden überblicksartig vorgestellt werden, um daraus im Anschluss die Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit abzuleiten. Betrachtet werden ausschließlich Ergebnisse, die sich auf junge Menschen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren beziehen und die somit laut Jugendhilfegesetz als Jugendliche gelten (Wagner 2011: 48). Partizipation wird dabei nach einem sozialwissenschaftlichen Verständnis als freiwillige Handlung von Mitgliedern einer Gesellschaft gesehen mit dem Ziel, das Gemeinschaftsleben zu beeinflussen, ohne einen materiellen Vorteil davon zu erwarten (Gaiser et al. 2010: 57). Politische Partizipation ist eine besondere Form der gesellschaftlichen Partizipation und wird definiert als freiwillige Handlung von Bürgerinnen und Bürgern, mit dem Ziel politische Entscheidungsprozesse zu beeinflussen (Kaase 2003, Verba & Nie 1972).

2.1 Soziale Partizipation

Betrachtet man zunächst die soziale Partizipation Jugendlicher in Deutschland, so lässt sich feststellen, dass die Motive dafür vielfältig sind. Im Vordergrund stehen für junge Menschen Spaß an der Sache, altruistische Beweggründe, soziale Vorteile, wie z.B. Integration oder das Knüpfen neuer Kontakte, der Wunsch nach Mitbestimmung im eigenen Lebensumfeld oder entwicklungsbedingte Gründe, wie u.a. die Suche nach neuen Herausforderungen (BMFSFJ 2010: 30f, Moser 2010: 185ff). Faktoren, die soziale Partizipation begünstigen, sind eine höhere Bildung, ein engagierter Freundeskreis, politisches Interesse, subjektiv wahrgenommene Kompetenzen (BMFSFJ 2010: 27f, Gaiser et al. 2010, Schneekloth 2011: 154) und das Alter. Denn zwischen dem 14. und 20. Lebensjahr erreicht das Engagement der Jugendlichen einen Höhepunkt, bevor es anschließend abflacht und im Alter von ca. 30 Jahren wieder ansteigt. Eine mögliche Erklärung sehen die Autoren des Freiwilligensurveys der Bundesregierung darin, dass sich Menschen in der Lebensphase zwischen 20 bis 30 Jahren im Berufsleben etablieren und an Familiengründung denken. Damit gehe ihre Bereitschaft, sich in der Gesellschaft zu engagieren, vermutlich vorübergehend zurück (BMFSFJ 2010: 30).

Laut der JIM-Studie 2012 engagieren sich deutsche Jugendliche vor allem in Sportvereinen (67%), aber auch in kirchlichen Organisationen (21%) oder musikalischen Gemeinschaften wie Chören oder Orchestern (19%) (MPFS 2012: 10f). Zwar ging der tatsächliche Einsatz im sozialen Bereich laut der Shell Studie 2011 und dem Freiwilligensurvey der Bundesregierung 2010

im Vergleich zu den Vorjahren leicht zurück, die Bereitschaft zu sozialem Engagement sei allerdings gestiegen. Als ein möglicher Grund hierfür wird im Freiwilligensurvey das durch die G8-Reform verminderte Zeitbudget von Gymnasiasten genannt, die sich nun seltener engagieren als früher, was sich besonders bemerkbar mache, da eine höhere Bildung als begünstigender Faktor sozialer Partizipation gilt (BMFSFJ 2010: 29, Schneekloth 2011: 152f).

Die Mitgliedschaft in Vereinen hat sich allerdings laut der JIM-Studie seit 1998 bis 2012 kaum verändert. Mitglied in einem Sportverein waren 2012 sogar ca. sechs Prozent mehr Jugendliche als vor 14 Jahren (MPFS 2012: 11). Zudem ist soziales Engagement Jugendlicher oft themenspezifisch und ohne institutionelle Einbindung. So engagieren sich Jugendliche häufig in Vereinen, ohne dort selbst Mitglied zu sein (Gaiser et al. 2010, Schneekloth 2011: 151).

2.2 Politische Partizipation

Ähnliches zeigt sich auch beim politischen Engagement junger Menschen. Gleichwohl sind es vor allem kurzfristige Aktionen, ohne institutionelle Einbindung, die besonders häufig ausgeführt werden, wie beispielsweise ethischer Boykott oder ethischer Konsum oder die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion (Schneekloth 2011: 149). Bennett (2008) beschreibt diesen Umstand theoretisch mit dem Wechsel von *dutiful* zu *actualizing citizens*. Während *dutiful citizens* sich aus Pflichtgefühl in die Politik einbringen und auch langfristig an Organisationen binden sowie einen einseitigen Informationsfluss bevorzugen, beteiligen sich *actualizing citizens* interessen- und themengebunden und bevorzugen interaktive Informationsmöglichkeiten. Diese beiden Typen kommen nicht nur in Reinform vor und auch Angehörige älterer Generationen können *actualizing citizens* sein, genau wie Jugendliche auch *dutiful citizens* sein können.

Dennoch sind konventionelle, politische Beteiligungsformen für Jugendliche nicht generell uninteressant. Die Teilnahme an politischen Wahlen beispielsweise wird von Jugendlichen als wichtiges demokratisches Mittel erachtet, auch wenn sie die Wirksamkeit ihrer persönlichen Stimme häufig bezweifeln (Arnold et al. 2011: 31, Calmbach & Borgstedt 2012: 66, 75f). Auch sinkt die Wahlbeteiligung der Erstwähler nicht ab, wie häufig in der öffentlichen Debatte bemängelt (Arnold et al. 2011: 7), sondern liegt seit 1965 konstant etwa 10% niedriger als die Wahlbeteiligung der Gesamtbevölkerung (Abendschön & Roßteutscher 2011: 65f, Schneekloth 2011:143ff).

Ebenfalls ähnlich zur sozialen Partizipation sind die Faktoren, die positiv mit der politischen Partizipation Jugendlicher zusammenhängen: ein politisch aktiver Freundeskreis sowie interessierte und engagierte Eltern, politisches Interesse, ein höherer Bildungsstand, Vertrauen in die eigenen Kompetenzen und der Wunsch etwas zu verändern. Zusätzlich wirken sich ein guter Informationsstand, ein hohes Unrechtsbewusstsein, die Herkunft – eher aus den alten Bundesländern – eine eher linke politische Positionierung und persönliche Betroffenheit positiv auf die Partizipation aus (Arnold et al. 2011: 24, Fatke et al. 2006, Schneekloth 2011: 150f).

Je höher der Bildungsstand und das politische Interesse, desto weiter ordnen Jugendliche sich politisch links ein. Dies korrespondiert mit dem Ergebnis, dass auch eine höhere Bildung mit einer linken Positionierung zusammenhängt. Jugendliche mit niedrigem Bildungsstand und geringem politischen Interesse positionieren sich meist mittig (Schneekloth 2011: 134ff).

Insgesamt ist die Einstellung Jugendlicher zur Politik von Distanz geprägt. Sie bemängeln, sich von der Politik nicht ernst genommen zu fühlen (Fatke et al. 2006: 30) und haben häufig das Gefühl, dass ihre Themen nicht auf der politischen Agenda stünden. Zudem erscheint ihnen die politische Auseinandersetzung unverständlich, langweilig und unglaubwürdig (Arnold et al. 2011). So schlussfolgern Calmbach und Borgstedt (2012) für das Politikverständnis bildungsbenachteiligter Jugendlicher: „Politik [...] findet dabei sowohl auf einem anderen Planeten als auch in einer fremden Sprache statt.“ (Calmbach & Borgstedt 2012: 62) Dementsprechend berichten politisch engagierte Jugendliche häufig davon, von Gleichaltrigen aufgrund ihrer Partizipation ausgegrenzt zu werden (Arnold et al. 2011: 29).

Themen, die Jugendliche relevant finden, erachten sie selbst meist nicht als politisch, obwohl sie Teil des politischen Diskurses sind. So geben sie beispielsweise oft an, sich mit Politik nicht auseinanderzusetzen, Themen mit einem persönlichen Bezug wie Umweltschutz oder Bildungspolitik interessieren sie aber dennoch (Arnold et al. 2011, Calmbach & Borgstedt 2012, Schneekloth 2011). Zudem haben Jugendliche meist kein oder nur wenig Vertrauen in politische Institutionen und Akteure (Arnold et al. 2011, Calmbach & Borgstedt 2012, Schneekloth 2011, Ogris & Westphal 2006). Dennoch identifizieren sie sich mit der Demokratie als politischem System (Fatke et al. 2006: 30, Schneekloth 2011: 138). Dies erscheint nur auf den ersten Blick als Widerspruch. Junge Menschen differenzieren scheinbar zwischen dem politischen System und seiner momentanen Umsetzung. Sie halten die Demokratie für eine gute gesellschaftliche Ordnung. Gleichzeitig aber haben sie kein Vertrauen in Politiker und Parteien und distanzieren sich vom politischen Prozess (Schneekloth 2011, Ogris & Westphal 2006).

Viele Jugendliche informieren sich nur über Politik, wenn sich ihnen durch Zufall die Gelegenheit dazu bietet (Arnold et al. 2011: 40). Die wichtigste Informationsquelle dabei ist für Erwachsene wie Jugendliche nach wie vor das Fernsehen (Schneekloth 2011: 132, Spaiser 2011: 155). 20% der Deutschen zwischen 15 und 25 Jahren informieren sich laut der Shell-Studie 2010 aber auch über die Tageszeitung und ebenfalls 20% über das Internet. Dabei ist es aber nicht Ersatz, sondern Ergänzung zu anderen Informationsquellen (Livingstone et al. 2007: 239). Während eine hohe Fernsehnutzung eher mit einer geringen Nutzung dieses Mediums als politische Informationsquelle einhergeht, ist dies beim Internet genau umgekehrt: Wer es häufig nutzt, informiert sich auch über Politik (Schneekloth 2011: 132ff). Die Studie zum Verständnis politischer Sprache von Jugendlichen in Deutschland der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt allerdings, dass Jugendliche sich überfordert vom Überangebot der Informationen im Netz zeigen (Arnold et al. 2011: 30). Zudem verdeutlicht die Studie, dass ein von Jugendlichen als gut empfundener Politikunterricht in der Schule, ihnen das Thema näher bringen kann (Arnold et al. 2011).

2.3 Online-Partizipation

Nicht nur hinsichtlich der Informationsmöglichkeiten, sondern auch in vielen anderen Bereichen hat das Internet¹ das Aufwachsen in den letzten Jahrzehnten radikal verändert. Ständige Erreichbarkeit und der dadurch mögliche ubiquitäre Austausch mit der Peergroup gehören ebenso zum Alltag der Jugendlichen, wie der weitgehend zeit- und raumunabhängige Konsum von Kulturgütern wie Musik oder Filmen (Rauschenbach et al. 2011: 12). Laut der JIM-Studie 2012 haben unabhängig von Elternhaus, Bildung und Geschlecht heute alle Jugendlichen ab 12 Jahren einen Zugang zum Internet, auch wenn dieser nicht von allen unbeaufsichtigt und unbeschränkt benutzt werden darf. 91% der 12- bis 19-Jährigen sind regelmäßig online, 68% sogar täglich (MPFS 2012: 31). Zudem weisen Jugendliche ihrer Internetnutzung einen hohen Stellenwert zu. Nach Musikhören ist Onlinesein die zweitwichtigste mediale Beschäftigung (MPFS 2012: 14). Eine getrennte Betrachtung von realer und digitaler Lebenswelt ergibt gerade bei Jugendlichen daher kaum noch Sinn, da viele Aktivitäten beide Bereiche verflechten (Rauschenbach et al. 2011: 15, Münker 2009). Zum Beispiel werden über den Facebook-Chat Termine für realweltliche Treffen vereinbart.

Trotz der hohen Bedeutung, die sowohl Partizipation (siehe Kap. 3.1.3) als auch Online-Medien in der Lebenswelt Jugendlicher haben, ist der Zusammenhang zwischen beidem kaum untersucht (Rauschenbach et al., 2011: 32). Studien erheben zumeist punktuell einzelne Phänomene wie politische Facebook-Gruppen (Moser 2011, Wettstein 2010) oder die Rezeption von Satire-Videos (Lim & Golan 2011). Dennoch existieren mittlerweile einige Erkenntnisse über Online-Partizipation, die vor allem die politische Teilhabe in den Blick nehmen. Diese werden im Folgenden vorgestellt.

Online-Partizipation wird von Jugendlichen selbst häufig nicht als effektive, politische Einmischung oder wirkliches, soziales Engagement verstanden. Dies hat mehrere Gründe. Eine qualitative Studie mit Studierenden in Italien zeigt zum einen, dass diese physische Anwesenheit, also das bloße Vorortsein, als erste Stufe von Partizipation verstehen, was bei Online-Partizipation nicht möglich ist. Des Weiteren sehen sie das Internet als Informationsquelle und Ausgangspunkt und nicht als Austragungsort für Partizipation (Fortunati 2011: 24f, 29). Eine Studie mit Fokusgruppeninterviews in Schweden zeigt zudem, dass Online-Partizipation als weniger wichtig und eher als Ausrede betrachtet wird, sich offline nicht einzumischen. Dennoch berichten alle Teilnehmenden, dass sie über Social Networks bereits mindestens einmal zu Offline-Partizipation angeregt wurden (Gustafsson 2009: 41). Ähnlich äußern sich die Teilnehmenden an Fokusgruppendifkussionen in Italien, die Online-Partizipation vor allem aufgrund des gerin-

¹ Das Internet als ein Medium zu betrachten, ist schwierig, da es als massenmediale Infrastruktur sowohl ein Medium erster Ordnung ist als auch als interpersonale Kommunikationsmöglichkeit ein Medium zweiter Ordnung. Von dem Internet als Ganzem zu sprechen ist im Grunde nicht möglich, da es aus vielen verschiedenartigen Angeboten besteht, die spezielle Kommunikationsmodi aufweisen, die häufig Charakteristika klassischer Medien aufgreifen, kombinieren oder erweitern, und somit jedes für sich bewertet werden sollten (Kamps 2007: 297). Daher wird das Internet im Folgenden als Infrastruktur für verschiedene mediale Angebote verstanden, die als Online-Medien oder Online-Angebote bezeichnet werden.

geren Aufwandes als weniger wichtig und weniger effektiv einschätzen als realweltliches Engagement (Mascheroni 2010: 32).

Konkreter wird dies am Beispiel der Untersuchung politischer Facebook-Gruppen aus der Schweiz. Diese macht deutlich, dass der Beitritt zu einer solchen Gruppe vor allem aufgrund des Bedürfnisses der eigenen Meinungsäußerung geschieht, die Wirksamkeit dieser Gruppe auf den politischen Prozess von den Nutzenden aber als gering eingeschätzt wird (Moser 2011: 14f). Dazu passt auch die Schlussfolgerung einer quantitativen Studie zu politischen Facebook-Gruppen von Wettstein (2010), die sich mit dem Minarett-Verbot in der Schweiz 2009 beschäftigt. Der Autor geht davon aus, dass die intendierte Funktion von Facebook-Gruppen, sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, in den Hintergrund tritt. Stattdessen gewinnt die Signalwirkung des Gruppentitels an Bedeutung und die Gruppe erhält eine ähnliche Funktion wie eine Profilinformation oder eine Petition, bei der die Anzahl der Gruppenmitglieder entscheidend ist und nicht ihr Austausch untereinander. Dies unterstreichen Gruppennamen wie „KEIN RAUCH-VERBOT in Lokalen – 100000 Mitglieder für Volksbegehren“ (Wettstein 2010: 8).

Gespräche über Politik finden bei Jugendlichen nichtsdestotrotz online statt, auch wenn dies scheinbar nicht unbedingt über politische Facebook-Gruppen geschieht. In persönlichen Gesprächen via Online-Medien, z.B. in Chats oder persönlichen Nachrichten, tauschen sich Jugendliche regelmäßig über Politik aus, allerdings weniger in öffentlichen oder semi-öffentlichen Online-Angeboten wie Foren oder eben Gruppen in Sozialen Netzwerken (Spaiser 2011: 156f). In einer qualitativen Analyse eines politischen Online-Forums in Schweden weist Anderson (2010) darauf hin, dass die teilnehmenden Jugendlichen gegenseitig diskursiven Druck aufbauen, eine klare Position zu beziehen und diese auch zu verteidigen. Tut ein Teilnehmer dies nicht, so führt dies erst zu Neugier und anschließend zu Frustration und Ablehnung bei den anderen Diskussionsteilnehmenden. Hierin sieht der Autor einen Unterschied zur massenmedialen, politischen Debatte, in der es zu den Ritualen der Kommunikation gehört, die eigene Position zu verschleiern oder abzumildern (Anderson 2010: 392). Auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ergibt, dass Jugendliche eine klare Stellungnahme zu politischen Themen erwarten und unverständliche oder unscharfe Positionsbestimmungen ein Grund dafür sind, dass sie Politikern nur wenig Interesse und Vertrauen entgegen bringen (Arnold et al. 2011). Diese Erwartung, Stellung zu beziehen, könnte allerdings ein Grund dafür sein, dass Jugendliche sich selbst wenig an öffentlichen oder semi-öffentlichen, politischen Online-Diskussionen beteiligen.

Politik in Social Networks stehen Jugendliche zudem abhängig ihres Alters unterschiedlich gegenüber. So lehnen die 14- bis 16-jährigen Teilnehmenden einer Gruppendiskussion in Italien politische Inhalte in Social Networks weitgehend ab, solange sie nicht witzig verpackt sind. Die über 20-Jährigen hingegen lassen sich zunehmend über ihr soziales Netzwerk über politische und gesellschaftliche Inhalte informieren und handeln diese dort mit ihren Kontakten aus. Auch hinsichtlich der Angabe ihrer politischen Einstellung in ihren Online-Profilen unterscheiden sich die Älteren von den Jüngeren. Die ab 20-Jährigen geben diese an und drücken dadurch die

Zugehörigkeit zu einem bestimmten Lifestyle aus. Die Jüngeren tun dies nicht, da sie politische Inhalte in ihrem Social Network unangebracht finden (Mascheroni 2010: 30).

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung nimmt die Gruppe der unter 30-Jährigen zwar Möglichkeiten zum politischen Online-Protest überdurchschnittlich häufig wahr (Abendschön & Roßteutscher 2011: 77). Allerdings nutzt nur ein Bruchteil der jungen Menschen in Deutschland tatsächlich online-spezifische Formen der politischen Partizipation wie z.B. Online-Petitionen oder Protest-Mailing-Aktionen (Rauschenbach et al. 2011: 61, Spaiser 2011: 162ff). Solche Beteiligungsarten finden fast ausschließlich in Bezug auf die Themen Internet-Freiheit oder Datenmissbrauch statt. Diese Themen bewegen viele Jugendliche, selbst diejenigen, die sich nur wenig mit Politik auseinandersetzen (Spaiser 2011). Dies zeigt zum Beispiel das Aufkommen der Piraten-Bewegung, die sich von Schweden aus in ganz Europa ausbreitet und sich u.a. für ein neues, internetkonformes Urheberrecht einsetzt (Miegel & Olsson 2009: 186f).

Eine experimentelle Studie aus den USA zeigt zudem, dass bestimmte Themen und Inhalte junge Menschen dazu bewegen können, sich online einzumischen. Lim und Golan (2011) ermitteln, dass die teilnehmenden Studierenden eine hohe Bereitschaft zeigen, online aktiv zu werden, um eine vermeintlich schädliche Wirkung eines Online-Inhalts auf andere Internetnutzende einzudämmen. Als Stimulus dient in dem Experiment ein Spott-Video auf Al Gore's Film „Eine unbequeme Wahrheit“. Sobald die Teilnehmenden davon ausgehen, das Video könne Andere in ihrer Einstellung gegenüber der Erderwärmung aus ihrer Sicht negativ beeinflussen, sind sie bereit, das Video durch Kommentare oder selbst produzierte Videos richtigzustellen.

Einen allgemeineren Zugang zum Thema politische Online-Partizipation Jugendlicher wählen Bakker und de Vreese (2011). Mit einer Online-Befragung von jungen Menschen zwischen 16 und 24 Jahren in den Niederlanden zeigen sie, dass unterschiedliche Internetnutzungsformen in verschiedener Art und Weise mit Partizipation in Verbindung stehen. Jugendliche mit einer Tendenz zu unterhaltenden Online-Angeboten partizipieren weder online noch offline. Befragte, die Zeitung lesen, beteiligen sich hingegen meist auf traditionelle Art und Weise, z.B. über Leserbriefe oder durch Wahlen. Wenn Jugendliche jedoch online Nachrichten rezipieren, so erweist sich dies als Prädiktor sowohl für Online-Partizipation als auch für traditionelle Formen. Ähnliches stellt auch Mascheroni (2010) in den Fokusgruppendifkussionen mit italienischen Jugendlichen fest. Ob Jugendliche online partizipieren, hängt nach den Ergebnissen ihrer Studie wesentlich von der eigenen Medienkompetenz und dem Vertrauen darin, der Bandbreite der ausgeführten Online-Aktivitäten sowie der Zeit, die online verbracht wird, ab. Zudem zeige das Online-Partizipationsverhalten eine Beteiligungs-Kluft auf, die ohnehin vorhanden sei (Mascheroni 2010). Dies zeigen Livingstone et al. (2007) ebenso für Jugendliche in England.

Für Jugendliche, die eine alternative politische Identität aufweisen, z.B. radikale Tierschützer, dient das Internet als alternative Informationsquelle, da sie häufig von der medialen Berichterstattung enttäuscht sind. Zum einen, weil ihre Themen nur selten vorkommen und zum anderen, weil sie und ihre Themen aus ihrer Sicht häufig negativ dargestellt werden. Über Online-

Angebote reichen junge Leute Nachrichten und Berichte weiter. Des Weiteren dient ihnen das Internet als Organisations- und Diskussionsplattform, wie Dahlgren und Olsson (2007) für jugendliche Aktivisten in Schweden anhand einer qualitativen Studie aufzeigen. Dies bestätigt auch die Studie „CivicWEB – Young People, the Internet and Civic Participation“, die in sieben europäischen Ländern² die Internetnutzung Jugendlicher und junger Erwachsener zwischen 15 und 25 Jahren mit qualitativen Fokusgruppen-Interviews erhob (Miegel & Olsson 2009: 185f).

Die geringe Nutzung des Internets für politische Partizipation oder öffentlichen politischen Austausch unter der Allgemeinheit der Jugendlichen kann in einem Mangel an guten Angeboten begründet liegen. Es fehlt an interaktiven Websites, die Jugendliche zur Partizipation anregen und befähigen und die einen wirklichen, offenen Diskurs zulassen. Zu diesem Ergebnis kommen unter anderem Miegel und Olsson (2009) aufgrund der Civic Web-Studie für Europa und Bennett et al. (2010) für die USA. Zwar gäbe es im Internet viele Angebote für junge Menschen, die es ihnen ermöglichen, als Bürger etwas zu lernen. Allerdings seien diese Seiten häufig ähnlich dem Schulunterricht aufgebaut. Die Wissensvermittlung erfolge also unidirektional, was den interaktiven Möglichkeiten des Netzes zum einen nicht gerecht werde und zum anderen den Bedürfnissen und Neigungen der Jugendlichen, wie Bennett (2008) sie im Konzept der *actualizing citizens* formuliert, widerspreche (Bennett et al. 2010).

Neben der politischen Bildung zeigt sich auch, dass Politiker und Politikerinnen die Möglichkeiten, die sich ihnen online zur Wählerkommunikation bieten, kaum oder in einem wenig erschöpfenden Maße nutzen. So zeigt eine Analyse der Facebook-Profilen deutscher Bundestagsabgeordnete 2011, dass zwar knapp 60% ein Profil betreiben, die überwiegende Mehrheit dies aber lediglich als Kanal nutzt, um Pressemitteilungen zu veröffentlichen. Nur ein kleiner Teil der Abgeordneten poste gelegentlich auch persönlichere Mitteilungen oder trete in einen Dialog, obwohl dies von Facebook-Nutzenden eindeutig goutiert werde (Siri et al. 2012).

Online-spezifische Partizipation, also solche, die nicht mit Offline-Engagement zusammenhängt, wurde bisher kaum untersucht. Die Studie des DJI und der TU Dortmund zum Engagement Jugendlicher im Web 2.0³ ist ein erster Versuch, dies zu ändern. Sie zeigt unter anderem, dass nicht einmal zehn Prozent der Jugendlichen als „Internet-Aktivist(in)“ (Rauschenbach et al. 2011: 6) bezeichnet werden könnten. Bei diesen, die aktiv im Web 2.0 etwas gestalten, wie z.B. ein Blog oder eine Homepage, handele es sich vor allem um ältere Jugendliche mit einer höheren Bildung. Auch die JIM-Studie 2012 ermittelte, dass, abgesehen von ihrer Teilnahme in Communities, Jugendliche kaum selbst etwas produzieren und online stellen. Nur etwa jeder fünfte

² Ungarn, den Niederlanden, Slowenien, Spanien, Schweden, der Türkei und England

³ Web 2.0 ist keine spezielle Technik, wie der Name suggeriert, sondern viel mehr eine Idee oder bestimmte Wahrnehmung bestimmter Online-Medien. Web 2.0-Angebote sind solche, die wesentlich durch das Mitmachen der Nutzenden gestaltet werden und somit auf Partizipation angewiesen sind. Der Grad dieses Mitmachens variiert je nach Art stark (Kamps 2007: 294, Münker 2009: 21f). Dabei gibt es die unterschiedlichsten Dienste, die aber alle mind. eine der folgenden Funktionen erfüllen: Kommunikation, Koordination und Organisation, Information und Entscheidungshilfe, kollektive Produktion von Inhalten oder Identitäts-, Reputations- und Beziehungsmanagement (Rauschenbach et al. 2011: 34ff).

Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren tut dies regelmäßig. Meist handelt es sich dabei um das Verfassen von Forenbeiträgen oder das Veröffentlichen von Fotos (MPFS 2012: 38).

Feil (2010) stellt anhand des DJI-Jugendsurveys 2009 zudem folgende These auf:

„Für den Kinder- und Jugendbereich des Web 2.0, jenem der Communities, bedeutet dies, dass Partizipation im Netz insbesondere die Teilhabe an der Gestaltung von Freundschaftsnetzwerken und der sozialen Welt der Gleichaltrigen ist“ (Feil 2010: 115).

Partizipation wird hier folglich als aktive Gestaltung des Mitmachnetzes Web 2.0 gesehen, was für Jugendliche vor allem Teilhabe am sozialen Leben der Peergroup bedeutet. Dies bestätigt auch die JIM-Studie 2012, die darauf hinweist, dass die Community-Nutzung an erster Stelle der Online-Aktivitäten der Jugendlichen steht. 78% der Befragten suchen täglich oder mehrmals in der Woche Soziale Netzwerke wie Facebook oder SchülerVZ auf (MPFS 2012: 33).

Neben seiner sozialen Bedeutung ist das Internet aber auch ein wichtiges Organisations-Tool für bereits engagierte Jugendliche in ganz Europa, wie die CivicWEB-Studie zeigt. Online-Angebote dienen fast ausschließlich als Hilfsmittel für ohnehin vorhandenes Engagement (Miegel & Olsson 2009: 185). Ähnliches zeigen auch Studien mit deutschen Jugendlichen. Durch die Computer- und Internetnutzung erleichtern sich Jugendliche sowohl die Koordination ihres Engagements als auch die Pflege ihrer sozialen Kontakte (Rauschenbach et al. 2011: 97, Moser 2010: 248, Schneekloth 2011: 151, Spaiser 2011: 160). Beim Einstieg ins Engagement spielt das Internet jedoch kaum eine Rolle. Nur etwa 10% der im Freiwilligen Survey befragten Jugendlichen nutzen Online-Quellen, um eine geeignete Organisation zu finden (Rauschenbach et al. 2011: 82f).

2.4 Zwischenfazit und Herleitung der Forschungsfrage

Im Anschluss an diese Ergebnisse lässt sich sagen, dass das Internet nicht das Allheilmittel gegen eine angebliche Partizipations-Unlust der Jugendlichen ist. Es ist aber sicher auch nicht das Gift, das Partizipation verhindert (Livingstone et al. 2007). Jugendliche benutzen es als ein Hilfsmittel für bereits vorhandene Partizipation, als Informationsquelle oder als Ressource und Plattform für alternative, politische Identitäten, die in der Mainstream-Berichterstattung und daher in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung kaum Beachtung finden (Livingstone et al. 2007, Miegel & Olsson 2009: 190, Dahlgren & Olsson 2007). Zudem lässt sich beobachten, dass junge Menschen nicht unkonventionelle Online-Beteiligungsformen an Stelle von konventionellen wählen, sondern entweder politisch aktiv sind und sich konventionell und unkonventionell sowie online und offline beteiligen oder generell inaktiv sind (Abendschön & Roßteutscher 2011: 77f). Dabei billigen sie Online-Formen allerdings einen wesentlich niedrigeren Wirkungsgrad zu als Offline-Formen und vor allem Jüngere lehnen politische Inhalte in ihren Netzwerken ganz ab (Fortunati 2011, Gustafsson 2009, Mascheroni 2010). Die Online-Affinität scheint zudem eine wesentliche Rolle dafür zu spielen, wie und in welchem Maße Online-Medien für die Partizipation genutzt werden (Mascheroni 2010).

Forschungslücken ergeben sich insbesondere in der Untersuchung der Bedeutung von Online-Angeboten für soziale Partizipation. Hier wurde bisher meist Partizipation im Sinne einer Teilhabe am Sozialleben der Peergroup betrachtet (Feil 2010) und weniger im Sinne einer Partizipation, die gesellschaftliche Zustände aktiv beeinflussen möchte. Dabei lassen sich Formen von spezifischer sozialer Online-Partizipation durchaus erkennen. Dies könnte zum Beispiel das Programmieren und Bereitstellen von Freeware sein oder auch das Erstellen von Online-Videos, um andere zu unterhalten, ohne einen finanziellen Nutzen daraus zu ziehen. Allerdings zeigt das zweite Beispiel bereits, dass eine Abgrenzung zur Selbstdarstellung schwierig ist (Rauschenbach et al. 2011: 14ff). Denn z.B. das Erstellen einer Musik-Playlist in einem Sozialen Netzwerk kann zum einen als gemeinwohlorientierte Aktion zur Verbreitung von Kulturgut gesehen werden. Zum anderen ist es aber natürlich auch die Darstellung des persönlichen Musikgeschmacks. Dasselbe Problem ergibt sich ebenso beim Äußern politischer Statements. Das Weiterleiten einer politischen Karikatur in einem politischen Forum kann so einerseits als Beitrag zur Diskussion verstanden werden, sagt aber gleichzeitig auch etwas über Einstellung und Humor des Nutzenden aus. Bei Partizipation im Web 2.0 scheint es sich folglich häufig um eine Mischung aus Teilhabe und Selbstdarstellung zu handeln, die kaum aufzulösen ist.

Genau an dieser Stelle setzt die Fragestellung der vorliegenden Arbeit an und versucht zu durchleuchten, inwiefern partizipative Elemente, sowohl politischer als auch sozialer Natur, Teil der Selbstdarstellung Jugendlicher in Social Networks sind. Dabei sind sowohl das Einbinden von Verweisen auf das Offline-Engagement als auch online-spezifische Partizipationsformen von Interesse, die nicht unmittelbar mit realweltlicher Partizipation in Zusammenhang stehen. Weiterhin wird gefragt, warum die Jugendlichen diese Partizipationselemente aufnehmen und wie sie diese bewerten. Zudem soll auch betrachtet werden, inwiefern sie die Einbindung von Partizipation bei anderen bewerten und ob insbesondere politische Äußerungen eventuell auf Ablehnung treffen. Im Folgenden wird vor der Beschreibung des methodischen Vorgehens dieser Arbeit aber zunächst der theoretische Rahmen erläutert.

3 Theoretische Grundlage

3.1 Normativer Rahmen

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Beteiligung ihrer Mitglieder. Dieser Umstand ist in Soziologie, Philosophie oder der Politikwissenschaft unumstritten. Wie diese Beteiligung allerdings aussieht, wo sie stattfindet und wer sich sinnvoller Weise beteiligen sollte, ist vom demokratietheoretischen Standpunkt und dem damit zusammenhängenden Bürgerbild abhängig (Bennett 2008: 8, Schmidt 2010). Im folgenden Kapitel wird daher zunächst normativ hergeleitet, welche Bedeutung Partizipation, Online-Medien und Jugendliche für die Demokratie spielen.

3.1.1 Partizipation in der Demokratie

Grundlage dieser Arbeit ist mit der partizipativen Demokratietheorie ein optimistisches Bürgerbild. Bürgerinnen und Bürger werden als interessierte, aktive Mitglieder der Gesellschaft betrachtet, die sich mit der Demokratie als Staatsform identifizieren und sich einbringen möchten (Schmidt 2010: 240f). Grundlegende These dieser Sichtweise ist, dass eine Gesellschaft umso besser funktioniert, je mehr sich ihre Mitglieder einbringen. Entscheidend ist dabei nicht nur das Einbringen in die Politik, sondern auch die Teilnahme am sozialen Leben. Durch Partizipation ihrer Bürger wird eine Gesellschaft demnach erfolgreich und lebenswert (Putnam 1993: 36). Auch wenn es sich hierbei um ein intellektuelles Ideal handelt, so ist es doch das Ziel, nach dem die Bundesrepublik Deutschland genau wie viele andere westliche Demokratien streben (Schmidt 2010: 236), wie u.a. folgendes Zitat aus der Weihnachtsansprache 2012 des Bundespräsidenten zeigt:

„Bei meinen zahlreichen Begegnungen in den vergangenen Monaten durfte ich etwas sehr Beglückendes erfahren: dass die Zahl der Menschen, die unsere Gegenwart und Zukunft zum Besseren gestalten, weit größer ist als die Zahl der Gleichgültigen. Mein Dank gilt deshalb den engagierten Frauen und Männern. Ihre Tatkraft bestärkt mich – besonders aber stärkt sie unser Land, weil sie es schöner, lebenswerter, menschlicher macht.“ (Gauck 2012)

Sowohl gesellschaftliche als auch politische Partizipation kann vielfältig sein und sich in ihrem Ressourcenaufwand erheblich unterscheiden: Von langfristigem, institutionell eingebundenem Engagement in Vereinen bis hin zu kurzfristigen und einmaligen Handlungen, wie z.B. einer Spende, kann vieles als Partizipation verstanden werden (Putnam 1993). Politische Partizipation wird in der Politikwissenschaft gemeinhin in konventionelle und unkonventionelle Formen unterteilt. Konventionelle Formen finden in einem institutionalisierten Rahmen statt und sind per Gesetz festgeschrieben. Hierunter fallen zum Beispiel eine Parteimitgliedschaft und Wahlen. Unkonventionelle Formen haben zwar keinen festgeschriebenen Rahmen, sind aber dennoch häufig durch Gesetze beeinflusst wie z.B. durch die Versammlungsfreiheit. Hier kann man zusätzlich zwischen legalen Formen, wie einer genehmigten Demonstration, und illegalen Formen, wie einer politisch motivierten Hausbesetzung, unterscheiden (Kaase 2003, Gaiser et al. 2010: 59).

Im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland lässt sich seit ihrer Gründung 1949 eine Steigerung des Wunsches nach Beteiligung beobachten. Mit der Bildungsexpansion der 1960er Jahre forderten Bürger mehr Mitbestimmungsrechte in allen gesellschaftlichen Bereichen (Fatke et al. 2006: 25). So gewann Partizipation einen zentralen Stellenwert in, aber auch außerhalb der Politik: als Gestaltungsprinzip von Institutionen, als Kriterium für Transparenz oder als Weg zu mehr Gerechtigkeit (Betz et al. 2010: 12). Ab den 1980er Jahren spricht Uehlinger (1988) von einer „neuen Bürgergesellschaft“ (Uehlinger 1988: 221), in der nicht über die Köpfe der Bürger hinweg, sondern mit ihnen gemeinsam entschieden werden kann. Dass dies bis heute allerdings nicht in letzter Konsequenz funktioniert, zeigen zum Beispiel die anhaltenden Bürger-

proteste zum Atommülllager Gorleben oder bei Großbauprojekten wie beim Umbau des Bahnhofs in Stuttgart.

3.1.2 Die Bedeutung von Online-Medien für die Demokratie

Vor diesem Hintergrund von Partizipation als Modus einer gesunden Demokratie ist die Rolle der Online-Medien unklar. Es lassen sich in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung aber auch im öffentlichen Diskurs zwei gegensätzliche Pole unterscheiden, deren Vertreter vor allem in den 1990er Jahren zur Zeit der allmählichen flächendeckenden Ausbreitung des Internets erbittert stritten (Emmer & Vowe 2004).

Auf der einen Seite steht die Internet-pessimistische Sicht, deren Vertreter von Emmer und Vowe (2004) auch als „Apokalyptiker“ (Emmer & Vowe 2004: 192) bezeichnet werden. Hier wird im Aufkommen des neuen Mediums eine Gefahr für die Gesellschaft im Allgemeinen und die Demokratie im Besonderen gesehen. Damit stehen die Vertreter dieser Sichtweise in einer langen, kulturpessimistischen Tradition, da fast bei jedem neuen Medium Befürchtungen im Hinblick auf die gesellschaftliche Ordnung und die Jugend geäußert wurden⁴ (Emmer & Wolling 2010: 38). In Bezug auf Online-Angebote werden Bedenken geäußert, dass die Beschäftigung damit andere Freizeitaktivitäten wie z.B. Engagement in Vereinen verdränge. Weiterhin wird eine Fragmentierung der Öffentlichkeit erwartet, da das Internet eine Individualisierung der Kommunikation ermöglicht, sodass Nutzende sich ihr eigenes Medienangebot zusammenstellen können. Dadurch, so die Befürchtung, entstehen themenspezifische Teilöffentlichkeiten und eine gesamtgesellschaftliche Verständigung wird erschwert oder sogar unmöglich gemacht (Emmer & Vowe 2004: 192, Kamps 2007: 303). Weiterhin gebe es zwar in Online-Angeboten eine Fülle von Informationen, auf die jeder zugreifen könne, allerdings bedeuteten mehr Informationen nicht zwangsläufig mehr Informiertheit (Kamps 2007: 316f). Vielmehr stünde zu erwarten, dass durch das Internet ohnehin vorhandene Wissensklüfte in der Gesellschaft sich vergrößern zwischen jenen, die kompetent Informationen im Netz selektieren und verarbeiten können, und jenen, die dies nicht vermögen (Kamps 2007: 310).

Den Gegenpol zu dieser Position bilden Internet-Optimisten, die auch als „Euphoriker“ (Emmer & Vowe 2004: 192) betitelt werden. Sie trauen Online-Angeboten zu, die Erwartungen einer partizipatorischen Demokratietheorie zu erfüllen und Infrastruktur für eine Gesellschaft zu sein, in der sich jedes Mitglied beteiligen kann. Enthierarchisierung, niedrige Zugangsschwellen, Individualisierung, beschleunigte Bereitstellung von Informationen und Interaktivität sind die Vorteile der Online-Medien, mit deren Hilfe die Kluft zwischen Bürgern und politischer Elite ausgeglichen werden soll (Rauschenbach et al. 2011: 33, Kamps 2007: 303). Statt einer Fragmentierung der Öffentlichkeit wird eine Diversifikation erwartet, in der Themen und Inhalte in verschiedenen Formen und Aufbereitungen mehr Menschen erreichen als klassische

⁴ Es wurde beispielsweise im 18. Jahrhundert mit der allmählichen Massenproduktion von Romanen die „Lesesucht“ (Brandes 1994: 125) junger Frauen beklagt, die dazu führe, dass sie sich in Scheinwelten flüchteten und ihre Pflichten vernachlässigten.

Medien es vermögen. So wird erwartet, dass auch mehr Menschen für gesellschaftliche Themen und Probleme interessiert und im Zuge dessen zu Partizipation angeregt werden (Norris 2000).

Die dargestellten Positionen stellen die extremen Pole um die gesellschaftliche und politische Bedeutung des Internets dar. Einige Erwartungen und Befürchtungen haben sich mittlerweile gelegt, da Online-Angebote inzwischen zum Alltag gehören (Kamps 2007: 293, Münker 2009). Abseits euphorischer Hoffnungen und kulturpessimistischer Befürchtungen haben sich verschiedene theoretische Überlegungen entwickelt, die das Verhältnis von Online-Medien und Demokratie beschreiben. Emmer und Vowe (2004) fassen diese in vier Hypothesen zusammen.

Eine dieser Hypothesen ist die Mobilisierungshypothese: Ähnlich der Hoffnungen der Internet-Optimisten wird darin vermutet, dass durch Online-Medien eine Inklusion der Bürger in die Gesellschaft erfolgt, die durch klassische Medien oder auf außermedialen Wegen (noch) nicht stattfindet. So werden durch Online-Medien beispielsweise Menschen angesprochen und für politische Themen interessiert, die sich anderweitig nicht damit auseinandersetzen (Emmer & Vowe 2004: 193, Norris 2000). Ein Beispiel für so eine online-spezifische Verbreitung benennt Gustafsson (2009) mit dem Begriff der *viral politics*. Politische Nachrichten oder Aufrufe zu z.B. Hilfsaktionen werden über Soziale Netzwerke verbreitet und erreichen so eine große Anzahl an Menschen über einen Weg, der dennoch mit dem sozialen Umfeld in Zusammenhang steht. Somit erhält der Aufruf eine höhere persönliche Relevanz, als wenn er massenmedial verbreitet wird.

Als Gegenpol zu dieser Hypothese kann die Abkehrhypothese verstanden werden, die der Position der Internetpessimisten gleicht. Aufgrund der Individualisierung der Kommunikation durch Online-Medien wird eine Abwendung von gesamtgesellschaftlichen Themen erwartet und damit auch eine Abnahme der Partizipation (Emmer & Vowe 2004: 194).

Zwischen den beiden Annahmen steht die Null- bzw. Indifferenzhypothese. Diese konstatiert, dass die Nutzung von Online-Medien keinerlei Einfluss auf Partizipation hat. Ob man sich in die Gesellschaft einbringt oder nicht, hängt demnach nicht von einem Internetzugang ab, sondern von anderen Faktoren (Emmer & Vowe 2004: 194).

Ähnlich argumentiert die *Digital Divide*-Hypothese⁵. Auch diese geht davon aus, dass nicht der Internetzugang an sich das Partizipationsverhalten beeinflusst, sondern die unterschiedliche Nutzung von Online-Angeboten zu einer Spaltung in der Gesellschaft führt. Diejenigen, die ohnehin politisch aktiv sind und bereits gesellschaftlichen Einfluss haben, nutzen auch Online-Angebote, um sich gesellschaftlich Gehör zu verschaffen. Diejenigen, die sich gesellschaftlich nicht oder kaum einbringen, nutzen gleichwohl das Internet für andere Zwecke z.B. zur Unterhaltung. Somit vertiefen Online-Angebote eine ohnehin vorhandene Partizipationskluft (Emmer & Vowe 2004: 194, Norris 2001: 13ff).

⁵ Der Begriff des *Digital Divide* beschreibt drei verschiedene Phänomene: den *Global Divide* zwischen Industrie- und Entwicklungsstaaten, den *Social Divide* zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten innerhalb eines Landes und den *Democratic Divide*, zwischen Menschen, die das Internet unterschiedlich nutzen (Norris 2001: 4). Letztere Form ist hier gemeint.

3.1.3 Die Partizipation Jugendlicher in der Demokratie

Zwei weitere Gruppen, die man im Hinblick auf unterschiedliche Arten der Partizipation unterscheiden kann, sind Erwachsene und Jugendliche. Es existieren verschiedene Definitionen dessen, welche Spanne des menschlichen Lebens als Jugend zu bezeichnen ist. Gemein ist jedoch allen, dass mit Jugend die Phase zwischen der Kindheit und dem Erwachsensein gemeint ist. Doch wann oder womit diese Phase beginnt und endet, wird z.B. aus juristischer, pädagogischer oder medizinischer Sicht unterschiedlich eingegrenzt und begründet (Flammer & Alsaiker 2002: 17-23, Wegener 2008: 35). Auf diese Diskussion kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Im Rahmen dieser Arbeit gelten Jugendliche gemäß dem deutschen Jugendhilfegesetz als Menschen im Alter zwischen 14 und 27 Jahren (Wagner 2011: 47f).

Betrachtet man die Partizipation Jugendlicher aus einer pädagogischen Perspektive ist sie in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Zum einen ist ein aktives Handeln Voraussetzung für Erziehung; Heranwachsende müssen diese mitgestalten, damit sie gelingen kann (Betz et al. 2010: 13, Wagner 2011: 56ff). Des Weiteren hat Teilhabe in Vereinen oder der Gemeinde entwicklungsspezifische Vorteile für Kinder und Jugendliche: Sie lernen Gleichaltrige mit ähnlichen Interessen kennen, sie schaffen und erobern sich gemäß ihrer Neigungen eigene Räume, lösen sich dadurch von ihrem Elternhaus und erwerben dabei Kompetenzen, die ihnen zukünftig beruflich und sozial zum Vorteil gereichen. Dazu zählen z.B. Teamfähigkeit, organisatorische Kompetenzen oder Kompromissbereitschaft (BMFSFJ 2010: 27, Moser 2010: 315-321). Zudem kann Partizipation gesellschaftlich unerwünschten Entwicklungen entgegenwirken wie z.B. einer Neigung zu rechtsradikalen Ansichten oder gewalttätigem Verhalten (Fatke et al. 2006: 25). Nicht zuletzt deshalb sind Anregung und Befähigung zur Partizipation zentrale Aufgabe der pädagogischen Praxis (Betz et al. 2010, Fatke 2006, Wagner 2011: 56f). Schule und Elternhaus gelten dabei als wichtige Lernorte, da dort im geschützten Rahmen die nötigen Fähigkeiten wie sprachliche oder soziale Kompetenzen erworben werden (Arnold et al. 2011, Fatke et al. 2006: 25).

Aus einer politischen Perspektive ist die Partizipation von Jugendlichen ebenfalls wünschenswert, da sie erlernen müssen, verantwortungsvolle Bürger zu sein, um später als Erwachsene das Fortbestehen der demokratischen Gesellschaft zu sichern (Fatke et al. 2006: 25f). So gilt es beispielsweise als von der Gesellschaft gestellte Entwicklungsaufgabe, im Jugendalter eine politische Positionierung und ein eigenes Wertesystem zu entwickeln, die Grundvoraussetzungen für Teilhabe an der Gesellschaft sowie dem politischen Diskurs sind (Albert et al. 2011: 46).

Zudem haben seit der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 Kinder und Jugendliche ein verbindliches Recht darauf, politisch und gesellschaftlich gehört zu werden (Fatke et al. 2006: 25). Parallel zur Entstehung einer „neuen Bürgergesellschaft“ (Uehlinger 1988: 221) entwickelte sich ein Bewusstsein über die Rechte Minderjähriger und ihres Anspruchs auf Teilhabe an der Entwicklung der Gesellschaft. So werden Kinder und Jugendli-

che vor allem bei familiären Beschlüssen mehr und mehr als gleichberechtigte Gegenüber verstanden, die in Entscheidungsprozesse eingebunden werden (Fatke et al. 2006: 26).

In der Politik sind Minderjährige dennoch unterrepräsentiert. Sie dürfen nicht an Wahlen teilnehmen; ihre Eltern tun dies stellvertretend für sie. Jedoch haben Kinder und Jugendliche eigene Bedürfnisse und Vorstellungen, die von ihren Eltern teilweise nicht anerkannt oder erkannt werden. Dadurch, dass sie nicht wahlberechtigt sind, sind unter Achtzehnjährige als Zielpublikum für Politikerinnen und Politiker meist uninteressant (Anderson 2010: 382). Daraus resultiert, dass Jugendliche sich von der politischen Elite häufig nicht wahrgenommen und angesprochen fühlen, weshalb sie sich häufig nicht für Politik interessieren. Dies führt wiederum dazu, dass Politikerinnen und Politiker Jugendliche als desinteressiert und damit noch unattraktiver wahrnehmen (Calmbach & Borgstedt 2012: 62-65, Coleman 2007: 166). Überspitzt könnte man hier von einem Teufelskreis aus Missachtung und Desinteresse sprechen. Zwar wird vor allem auf lokalpolitischer Ebene des Öfteren versucht, dem zum Beispiel durch Jugendparlamente entgegenzuwirken, jedoch mangelt es an durchdachten, flächendeckenden Konzepten (Fatke et al. 2006: 26f).

Bennett (2008) spricht vom *disengaged youth paradigm*, unter dem die Partizipation Jugendlicher in der Wissenschaft häufig betrachtet wird. Traditionelle und konventionelle Formen der Partizipation stehen dabei im Fokus der Betrachtung, z.B. Formen, die mit der Regierung in Beziehung stehen. Häufig wird ein Abfall dieser Partizipationsformen beklagt und daraus geschlossen, dass Jugendliche sich heute wenig für die Gesamtgesellschaft interessieren und sich daher kaum an ihr beteiligen (Bennett 2008: 3f).

Die Gegenposition formuliert Bennett als *engaged youth paradigm*. Jugendliche werden darin als freie Individuen betrachtet, die sich kreativ einbringen wollen. Selbstentfaltung und persönlicher Ausdruck stehen im Zentrum des Bildes eines guten Bürgers und es werden vor allem neue Beteiligungsformen, z.B. über Online-Angebote, betrachtet. Statt eines Abfalls der Beteiligung wird ein Sinken der Glaubwürdigkeit öffentlicher Institutionen beschrieben, das aber nicht an mangelndem Engagement der Bürger hängt, sondern durch ein Versagen der politischen Elite und der Medien hervorgerufen wird. Der Rückgang konventioneller Beteiligungsformen wird kaum oder gar nicht berücksichtigt (Bennett 2008: 2f).

Im Rahmen dieser Arbeit ist das *engaged youth paradigm* normative Grundlage, ohne dabei aber die Befürchtungen und Beobachtung des *disengaged youth paradigm* aus den Augen zu verlieren. Auch im Sinne der partizipativen Demokratietheorie wird folglich angenommen, dass Jugendliche sich als interessierte, verantwortungsbewusste und entscheidungsfreie Mitglieder der Gesellschaft einbringen wollen und dies auch gemäß ihrer Neigungen und Fähigkeiten tun. Der Blick dafür, in welcher Form dies geschieht, muss offen bleiben und darf nicht auf zu erwartende oder klassische Formen eingeschränkt werden. Gleichzeitig werden diese Beteiligungsarten aber ebenfalls in die Untersuchung aufgenommen, um deren Bedeutung im Verhältnis zu neuen, unkonventionellen Formen ermitteln zu können.

3.2 Die Partizipationsforschung

Dabei versteht sich die Arbeit in der Tradition der Partizipationsforschung. Diese entwickelte sich aus der Wahlforschung (Kaase 2003, Uehlinger 1988:) und nimmt somit politische Partizipation in den Fokus. Das erste theoretische Konzept entwarf Milbrath (1965), der Partizipation eindimensional nach Art und Umfang untersuchte. In der Folge wurden die Konzepte weiter ausdifferenziert. So unterschieden die Political-Action-Studies der 1970er Jahre einen zweidimensionalen Aktionsraum, indem konventionelle und unkonventionelle Partizipation unterschieden wurde, wie es heute immer noch üblich ist (Kaase 2003, Uehlinger 1988, s. auch Kap. 2). Uehlinger (1988) entwarf eine fünf-kategoriale Taxonomie: die Staatsbürgerrolle, in der man über Politik redet und wählen geht, die parteiorientierte Partizipation wie das Innehaben von Parteiämtern, die problemorientierte Partizipation wie legale Demonstrationen, der zivile Ungehorsam und fünftens politische Gewalt, wie sie Terroristen ausüben.

Diese theoretischen Konzepte befassen sich mit den Formen politischer Partizipation. Doch schon zu Beginn der Partizipationsforschung wurde das Problem benannt, dass nicht alle Bürger partizipieren, wie es normativ wünschenswert wäre, sondern lediglich eine bürgerschaftliche Elite (Milbrath 1965, Verba & Nie 1972). Daher wurden für die Motive der Partizipation empirisch haltbare Erklärungsmodelle gesucht, was ein unübersichtliches Feld von Modellen und Theorieansätzen nach sich zog, von dem im Folgenden nur das Standardmodell der politischen Partizipation, bzw. *standard socioeconomic model of participation* (Verba & Nie 1972), skizziert werden soll, da dies einen breiten Erklärungsansatz bietet und viele andere Modelle darauf aufbauen (u.a. Brady et al. 1995, Emmer et al. 2010).

Dem Standardmodell zufolge beeinflussen auf der individuellen Ebene demografische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen und Sozialkapital das Partizipationsverhalten. Dazu kommen subjektive Faktoren wie die persönliche Werteinstellung, das Wirksamkeitsempfinden, soziale Kompetenzen und das Vertrauen in diese sowie das demokratische Pflichtgefühl (Brady et al. 1995, Kamps 2007: 315, Schmidt 2010: 244f, Verba & Nie 1972). Soziale Partizipation ist ein zusätzlicher Faktor, der politische Partizipation begünstigen kann. Denn diese fördert soziale Kompetenzen und erhöht das Sozialkapital, was sich wiederum positiv auf das politische Partizipationsverhalten auswirkt (BMFSFJ 2010: 27, Putnam 1993).

Dieses Modell ist in unterschiedlicher Gewichtung und Zusammenstellung der einzelnen Indikatoren vielfach untersucht und belegt (u.a. Brady et al. 1995, Verba & Nie 1972). Demnach partizipieren vor allem Männer, die über eine überdurchschnittliche Bildung, ein höheres Einkommen sowie politisches Interesse und soziale Kompetenzen verfügen und sozial gut vernetzt sind.

Vergleicht man es mit den Ergebnissen zur Partizipation Jugendlicher, so fällt auf, dass es im Wesentlichen die gleichen Faktoren sind, die das Partizipationsverhalten begünstigen. Alter, politisches Interesse, Wirksamkeitserwartungen und positive Partizipationserfahrungen werden sowohl bei erwachsenen als auch bei jungen Menschen benannt. Dies trifft zumindest bei

Jugendlichen auch auf die soziale Partizipation zu (BMFSFJ 2010, Schneekloth 2011), was aus einer theoretischen Perspektive nicht verwunderlich erscheint. Denn politische Partizipation wird als eine besondere Form sozialer Partizipation verstanden. Daher scheint es so zu sein, dass es Faktoren gibt, die Partizipation an sich begünstigen und Menschen sich dann je nach Neigung in unterschiedlichen Bereichen einbringen – entweder politisch, sozial oder sowohl als auch.

Bei Jugendlichen werden, anders als bei Erwachsenen, noch ein aktiver Freundeskreis und der Einfluss der Eltern als fördernde Faktoren benannt (Arnold et al. 2011: 24, Gaiser et al. 2010, Schneekloth 2011). Inwiefern diese Faktoren eventuell auch das Partizipationsverhalten Erwachsener beeinflussen, wurde bisher nicht untersucht. Die zentralen Größen, die in der Gestaltung der Erhebung beachtet werden müssen, sind folglich: Alter, Geschlecht, Freundeskreis, Einfluss der Eltern, politisches Interesse, Wirksamkeitserwartung und bereits gemachte Partizipationserfahrungen.

3.3 Partizipation als Teil der Patchwork-Identität

Im Kern der Fragestellung der vorliegenden Arbeit geht es darum, wie Partizipation in die Selbstdarstellung in Social Networks integriert wird. Damit wird nicht nur betrachtet, wie und warum Jugendliche partizipieren, sondern auch, wie und warum sie dies in ihre Nutzung von Online-Plattformen aufnehmen. Die Selbstdarstellung in Social Networks ist eine Form der Selbstauseinandersetzung, die es einem in dem von der Plattform vorgegebenen Rahmen einfach macht, sich so zu präsentieren, wie man es gerne möchte (Röll 2010, Schorb 2010). Zentral ist dabei, wie man sich selbst sieht und vor allem, wie man von anderen wahrgenommen werden will. In der Selbstdarstellung wird folglich der Teil von einem sichtbar, den man von sich zeigen möchte (Eisermann & Potz 2013). Demnach hängt sie eng mit dem eigenen Selbstbild und daher der Identität zusammen (Schorb 2010).

3.3.1 Der Identitätsbegriff in der Postmoderne

Die banalste Definition von Identität ist, dass der Begriff die Antwort auf die Frage *Wer bin ich?* umfasst (Keupp 2009: 53). Dieser Arbeit liegt ein psychologisches Konzept zugrunde, das Identität als lebenslangen, kreativen Prozess begreift, bei dem verschiedene Facetten einer Person mit der Umwelt in Einklang gebracht werden. Keupp (2009) bezeichnet dies als Patchwork-Identität bzw. als Identitätsarbeit. Es grenzt sich gegen ältere Konzepte ab, die Identität als Entwicklungsprozess begreifen, der auf das Jugendalter beschränkt ist und in dem nach Vorbildern und Konzepten gesucht wird, die anschließend ein Leben lang Bestand haben (u.a. Erikson 1996, s. a. Wegener 2008: 39-45).

Hintergrund des Konzepts der Patchwork-Identität ist die Beobachtung, dass es in einer postmodernen Gesellschaft keine gesicherten Identitätskonzepte mehr gibt, da vorgefertigte Lebensläufe und festgefügte Identitätsentwürfe nicht mehr vorliegen, was sowohl als Chance zur

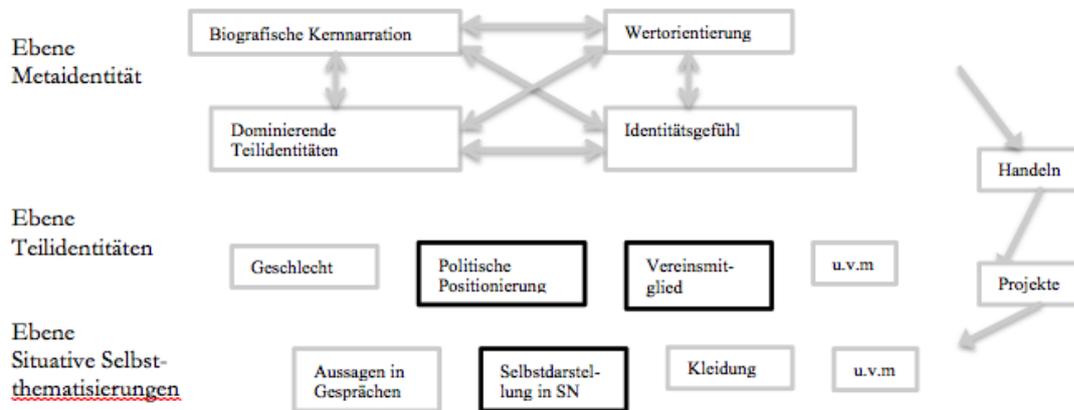
Selbstverwirklichung als auch als Krise begriffen werden kann (Wegener 2008: 45). Beck (1993) beschreibt dies mit: „Die Normalbiographie wird zur Wahlbiographie [...]“ (Beck 1993: 152). Gründe für diese Veränderung sind unter anderem die Globalisierung, die Mediatisierung, das Aufweichen traditioneller Geschlechterrollen, veränderte Familienformen sowie häufige Veränderungen am Arbeitsmarkt. Diese gesellschaftlichen Umgestaltungen stellen das Individuum vor neue Herausforderungen. Lebenslange Identitätsarbeit ist nötig, die eine permanente Anpassung an veränderte Lebensumstände und -erfahrungen bedeutet und die verschiedensten und zum Teil widersprüchlichen Fragmente in einen Zusammenhang bringen muss (Beck 1993: 149-154, Giddens 1991, Keupp 2009). Aber nicht nur der individuelle rote Faden der inneren Welt wird zur Eigenleistung, bei der Fragmente zusammengesetzt werden müssen, auch die Gesellschaft als Ganzes muss sich aus den vielen verschiedenen Lebensentwürfen auf Alltagswelten einigen, in der ihre Mitglieder gemeinsam leben können (Keupp 2008: 21).

Dabei fungiert Identität als „Scharnier zwischen der inneren und der äußeren Welt“ (Keupp 2001: 43) und hat somit immer einen Doppelcharakter. Zum einen soll in der Antwort auf die Frage nach dem eigenen Selbst das Unverwechselbare zum Ausdruck kommen, zum anderen aber auch das sozial Akzeptable. Identität ist daher stets ein Kompromiss zwischen Eigensinn, also den eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, und Anpassung an gesellschaftlichen Erwartungen (Bakardjieva 2009: 93f, Keupp et al. 1999, Keupp 2001, 2009).

Um diesen Kompromiss zu erreichen, leistet jeder Mensch fortwährend Identitätsarbeit, die entsprechend zwei Dimensionen hat. Eine äußere Dimension, die Keupp (2009) Passungs- und Verknüpfungsarbeit nennt, bei der das Subjekt nach Anerkennung und Integration sucht und probiert, Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten. Passung darf dabei nicht als Anpassung missverstanden werden. Vielmehr handelt es sich um ein Aushandeln verschiedener, oft widersprüchlicher Umweltansprüche, was sich gerade in der Jugend als konflikthafter Prozess darstellen kann (Keupp et al. 1999: 215f, Keupp 2008: 21). Die zweite Dimension beschreibt er als innere Dimension oder Synthesearbeit, in der das Individuum versucht, Kohärenz und Sinnhaftigkeit herzustellen sowie Selbstanerkennung und ein Authentizitätsgefühl zu erreichen (Keupp 2008: 21, Keupp 2009: 64).

Die Patchwork-Identität, die durch diese Identitätsarbeit entsteht und fortwährend weiterentwickelt wird, besteht laut Keupp et al. (1999) aus drei Ebenen (siehe Abb. 1). Auf der Ebene der Metaidentität stellt die biografische Kernnarration den roten Faden der Identität bzw. eine Selbstideologie dar, in der Teilidentitäten für einen selbst und für andere gebündelt werden (Keupp et al. 1999: 217, 229). Das Identitätsgefühl hingegen umfasst die Verdichtung sämtlicher biografischer Erfahrungen und Bewertung einer Person im Hinblick darauf, wie stimmig, nützlich usw. sie sich fühlt. Hierin liegt das Selbstvertrauen begründet (Keupp et al. 1999: 225f). Gemeinsam mit der Wertorientierung und denjenigen Teilidentitäten, die im Vordergrund stehen, bilden die Kernnarration und das Identitätsgefühl die Metaidentität (Keupp 2009: 64).

Abb. 1: Identität als Patchwork



Leicht veränderte Darstellung nach Keupp et al. (1999: 218), Keupp (2009: 64)
Erweitert u.a. auf Grundlage der Überlegungen von Wegener (2008)

Darunter befindet sich die Ebene der Teilidentitäten, deren Mosaik das Konzept der Patchwork-Identität seinen Namen zu verdanken hat. Zu diesen Teilidentitäten oder Facetten einer Person zählt unter anderem die Geschlechterrolle oder auch die berufliche Identität (Keupp et al. 1999: 218f) wie z.B. *Ich als Opel-Mitarbeiter*. Auf der untersten Ebene liegen situative Selbstthematizierungen, durch die Teilidentitäten ausgebildet und gefestigt werden, indem durch sie Passungs- und Verknüpfungsarbeit geleistet wird, aber z.B. durch Selbstvergewisserung ebenso Synthesearbeit (Keupp et al. 1999: 218).

Dieser Prozess findet auch in Online-Netzwerken statt, da diese ein wesentlicher Teil der Alltagswelt sind und, wie bereits in Kapitel 2.3 diskutiert, eine wichtige Rolle im Sozialleben spielen (Feil 2010, Münker 2009). Zudem machen es Soziale Netzwerke den Nutzenden einfach, Teilidentitäten auszuprobieren und auf ihre soziale Akzeptanz zu testen (Röll 2010: 215ff, Schorb 2010). Die Selbstdarstellung in sozialen Netzwerken wird demnach zur situativen Selbstthematizierung, durch die Identitätsarbeit geleistet und Teilidentitäten ausgetestet werden können. Dies kann sich sowohl auf das eigene Gefallen daran und somit auf Synthesearbeit beziehen, als auch als Passungs- und Verknüpfungsarbeit geschehen, indem Teilidentitäten auf Anerkennung und Akzeptanz anderer überprüft werden.

3.3.2 Partizipation und Identität

Zu den Teilidentitäten gehören unter anderen auch solche, die mit Partizipation in Verbindung stehen wie z.B.: *Ich als Staatsbürger, ich als Wähler einer bestimmten Partei, ich als Tutorin für jüngere Mitschüler* oder *ich als ehrenamtlicher Mitarbeiter meiner Kirchengemeinde* (Keupp et al. 1999: 222f, Keupp 2008: 24). Dahlgren und Olsson (2007) sprechen hier auch von „Civic identity“ (Dahlgren & Olsson 2007: 167). Partizipation ist dabei sowohl Voraussetzung als auch Ziel von Identitätsarbeit. Denn nur durch Teilhabe an der Gesellschaft können Jugendliche so in ihren Ressourcen gestärkt werden,

dass sie ihre Identitätspassung finden können (Keupp 2008: 21; Wagner 2011: 56ff). So hilft Partizipation einerseits bei der Verwirklichung von Identitätsprojekten, wie eine qualitative Studie zur jugendlichen Sicht auf Partizipation von Moser (2010) zeigt. Hier beschrieben alle interviewten Jugendlichen zwischen 13 und 25 Jahren, dass sie sich durch ihr Engagement aus ihrer Sicht zum Positiven verändert und neue Kompetenzen erworben hätten (Moser 2010: 315-321). Auf der anderen Seite ist es aber auch Ziel von Identitätsarbeit, sich so in die Gesellschaft einzufinden, dass man sie mitgestalten kann (Wagner 2011: 56ff).

Des Weiteren ist Identität ebenso eine Voraussetzung für Partizipation. Insbesondere für politische Partizipation ist es entscheidend, dass zumindest im Ansatz bereits eine politische Positionierung vorliegt: „Some sense of civic identity is a precondition for engagement; it is the subjective side of formal citizenship, where one feels in some way empowered such that engagement is experienced meaningful.“ (Dahlgren & Olsson 2007: 69)

Die Bedeutung der Politik für die Identität wurde insbesondere im Zuge der Emanzipationsbewegung der 1970er Jahre diskutiert. Ähnlich dem Wegfall vorgefertigter Biografien wurde auch die politische Gesinnung in dieser Zeit mehr und mehr zu einer persönlichen Identitätsfrage, während sie vorher eher eine Pflicht der eigenen Schicht gegenüber war. Ein historisches Beispiel hierfür ist die Sozialdemokratische Bewegung in der Industrialisierung für die Arbeiterklasse. Giddens (1991) spricht ab den 1970er Jahren von „life politics“ (Giddens 1991: 214). Politische Einflüsse werden als entscheidende Faktoren für die Identitätsentwicklung gesehen. Die eigene Identität wiederum beeinflusst im Gegenzug auch politische Vorgänge. Diese Sichtweise birgt allerdings die Gefahr, dass Politik auf eine individuelle Entscheidung beschränkt werde (Bakardjieva 2009: 95, 2010: 132).

In einer modernen, demokratischen Gesellschaft sei vielmehr davon auszugehen, dass die Auseinandersetzung mit Politik tief im Alltag verankert sei und in vielen Punkten sichtbar werde (Bakardjieva 2009: 92). Unter anderem zeigt sich dies in der Kultur und der Trivialekultur. So greifen scheinbar unpolitische, pop-kulturelle Angebote wie Fernsehserien politisch relevante Themen wie Integration, Homosexualität oder Umweltschutz auf, stoßen dadurch bei Bürgern Aushandlungsprozesse an und sind näher an deren Lebenswelt als politische Debatten (Coleman 2007: 167). Das Beispiel zeigt, dass Politik sich in einer Demokratie in jeder gesellschaftlichen Ebene wiederfindet und diese somit als eine hoch politische Staatsform beschrieben werden kann (Bakardjieva 2009: 92, Rohe 1994: 62ff). Dennoch ist die politische Positionierung des Einzelnen nur eine Teilidentität unter vielen und wird nur in Einzelfällen, wie z.B. bei Mitgliedern des Bundestags, zur dominanten Teilidentität.

Für diese kleinen Spuren der Politik im Alltag schlägt Bakardjieva (2009, 2010) den Begriff *sub-activism* vor, den sie wie folgt definiert: „[...] it can be described as small-scale, often individual decisions and actions that have either a political or ethical frame of reference (or both) and remain submerged in everyday life.“ (Bakardjieva 2010: 134) Bei Subaktivismus geht es folglich nicht um politische Macht, sondern um die persönliche Freiheit des Einzelnen, zu sein, wer man

sein möchte in Bezug zu den selbstgewählten politischen und moralischen Einstellungen. Dabei birgt Subaktivismus stets das Potenzial der Mobilisierung zu politischer Partizipation. Es ist quasi die Grundlage, auf der Partizipation stattfinden kann (Bakardjieva 2009: 96). Beispiele hierfür sind das Erhöhen der Lautstärke beim Radio aufgrund eines Beitrages zu einem politischen Thema von persönlichem Interesse oder auch der „Gefällt mir“-Klick unter einem politischen Beitrag in einem Sozialen Online-Netzwerk.

Insgesamt ist Partizipation also nicht losgelöst von der Identität zu sehen und kann als Identitätsarbeit verstanden werden. Sich einen Stammplatz in der Fußballmannschaft zu erarbeiten oder sich mit den Eltern über deren konträre politische Meinung auseinanderzusetzen sind daher mehr als Akte der Partizipation, es sind Identitätsbaustellen. Daher liegt die Annahme nahe, dass diese partizipativen Teilidentitäten auch in der Identitätsarbeit in Online-Netzwerken auftauchen und dort ausgehandelt und dargestellt werden, zumal es sich bei vielen Jugendlichen bei der politischen Positionierung um eine Teilidentität handeln dürfte, die gerade im Aufbau begriffen ist (Albert et al. 2011: 46).

3.4 Zwischenfazit und forschungsleitende Fragestellungen

Im Folgenden werden die Erkenntnisse der Aufbereitung der Theorie und des Forschungsstandes zusammengefasst und die Forschungsfrage, inwiefern Jugendliche soziale und politische Partizipation in ihre Selbstdarstellung in Social Networks einbauen, in Unterfragen unterteilt. Aus einer normativen Perspektive bleibt zunächst festzuhalten, dass das Internet zwar ein enormes demokratisches Potenzial birgt, aber unklar ist, inwiefern dieses von Bürgern und Politikern auch ausgeschöpft wird (Kamps 2007: 320, Emmer & Wolling 2010: 41).

Jugendliche werden gemäß des *engaged youth paradigm* (Bennett 2008) und der partizipativen Demokratietheorie in dieser Arbeit als aktive und kreative Bürgerinnen und Bürger gesehen, die sich einbringen wollen und sich gemäß ihren Fähigkeiten und Interessen dafür Formen suchen. Dabei soll aber nicht aus dem Blick verloren werden, dass langfristige, institutionell eingebundene Beteiligungsformen, wie z.B. die Mitgliedschaft in Vereinen, eher unattraktiv für junge Leute geworden sind (Bennett 2008, Schneekloth 2011). Daher lautet die erste Forschungsfrage:

→ Welche Partizipationsformen nutzen Jugendliche?

Daran schließt sich die Frage an, inwiefern diese Formen in der Nutzung der Social Networks auftauchen und ob und wie sie dort ergänzt, unterstützt oder erschwert werden. Online-Medien spielen für viele Bereiche der Partizipation eine Rolle: Es kann z.B. Informationsquelle und Organisationsinstrument für bestehendes Engagement sein (Fortunati 2011, Miegel & Olsson 2009, Moser 2010) oder als Identitätsressource und Vernetzungsmöglichkeit für Jugendliche mit alternativen politischen Einstellungen dienen (Dahlgren & Olsson 2007, Miegel & Olsson 2009). Es stellt sich die Frage:

→ In welchem Zusammenhang stehen lebensweltlicher Kontext und Partizipation in Sozialen Online-Netzwerken?

Weiterhin sind Social Networks Räume, die Jugendliche zur Identitätsarbeit nutzen, die durch situative Selbstthematierungen wie selbstverfasste Posts, Kommentare oder Info-Angaben sichtbar wird (Röll 2010, Schorb 2010, s. Abb. 1). Wenn in der Forschungsfrage von Selbstdarstellung gesprochen wird, so sind damit folglich alle Artikulationen gemeint, die Jugendliche in ihrem Sozialen Netzwerk tätigen. Zudem stehen Identität und Partizipation in einem nicht aufzulösenden Zusammenhang (Dahlgren & Olsson 2007, Giddens 1991, Wagner 2011). Demnach lautet eine weitere Forschungsfrage:

→ Inwiefern wird durch die Einbindung von Partizipation in der Selbstdarstellung Jugendlicher in Social Networks Identitätsarbeit erkennbar?

Wie der Überblick über den Zusammenhang von Identität und Politik gezeigt hat, zeichnet es Bürger und Bürgerinnen in der Demokratie aus, dass es in ihrem Leben vor allem Subaktivismus bzw. kleine, zur Politik in Beziehung stehenden Handlungen sind, die deutlich machen, dass ihre politische Positionierung eine ihrer Teilidentitäten ist. Daher wird im Zuge der Beobachtung der Identitätsarbeit auch geschaut, inwiefern Subaktivismus erkennbar ist.

Weiterhin ist aus qualitativen Studien bekannt, dass Jugendliche selbst Online-Partizipation meist einen geringeren Stellenwert zuweisen als Engagement außerhalb des Internets (Fortunati 2011, Gustafsson 2009, Mascheroni 2010). Daher lautet eine weitere Unterfrage:

→ Wie bewerten Jugendliche ihre eigene Online-Partizipation und die Online-Partizipation anderer?

Denn in der Bewertung der Online-Partizipation hinsichtlich ihres Stellenwerts und ihrer Wirksamkeit sind die Gründe dafür zu vermuten, warum Partizipation eine Rolle in der Social Network-Nutzung spielt oder eben nicht. Als Spezialfall der Partizipation wird in dieser Arbeit die politische Partizipation betrachtet. Die Betrachtung des Forschungsstandes hat gezeigt, dass deutsche Jugendliche dem politischen Prozess und seinen Akteuren meist distanziert gegenüberstehen und angeben, politisch nicht interessiert zu sein, gleichwohl sie sich für bestimmte politische Themen interessieren (Calmbach & Borgstedt 2012, Schneekloth 2011, Ogris & Westphal 2006). In ihren Sozialen Netzwerken lehnen vor allem unter 20-Jährige politische Inhalte ab, solange diese nicht lustig aufbereitet sind (Mascheroni 2010). Daher wird neben der Bewertung der Online-Partizipation auch danach gefragt:

→ Wie bewerten Jugendliche politische Inhalte in Social Networks?

Die Betrachtung der Jugendstudien zur Partizipation ergibt im Einklang mit dem Standardmodell der politischen Partizipation (Verba & Nie 1972), dass es folgende Faktoren sind, die sowohl politische als auch soziale Partizipation beeinflussen: soziodemografische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildungshintergrund der Eltern und Schulform. Weiterhin spielen auch positive Partizipationserfahrungen, der Freundeskreis, Wirksamkeitserwartung, das politische Interesse, das persönliche Kompetenzgefühl und, in Bezug auf Partizipation im Internet, die Online-Affinität eine Rolle (Bakker & de Vreese 2011, BMFSFJ 2010, Mascheroni 2010, Schneekloth 2011, Ogris & Westphal 2006). Dies sind folglich Merkmale, die es in der Auswahl der erforsch-

ten Zielgruppe und in der Auswertung zur Beantwortung der Forschungsfragen zu beachten gilt.

4 Methodische Vorgehensweise

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurde ein qualitatives Vorgehen gewählt. Wie bereits im Kapitel 2 zum Forschungsstand beschrieben, liefern repräsentative Jugendstudien (Albert et al. 2011, Gaiser et al. 2010) oder auch der Freiwilligensurvey der Bundesregierung (BMFSFJ 2010) ein Bild dessen, wann, wie und wo Jugendliche sich beteiligen und auch wie sie zur Gesellschaft im Allgemeinen und der Politik im Speziellen stehen. Weiterhin bieten sie erste Einblicke in die Rolle, die Online-Medien für Partizipation spielen (Rauschenbach et al. 2011). Ein ähnliches Vorgehen zu wählen, erschien hier nicht sinnvoll, da die Datenqualität dieser Studien in diesem Rahmen nicht erreicht werden kann. Was sie allerdings häufig nicht oder nur in geringem Maße liefern können, sind die Hintergründe der Partizipation. Zudem gibt es bisher keine Studie, die partizipative Elemente in Bezug auf die Selbstdarstellung in Sozialen Netzwerken untersucht, weshalb der Wissensstand in diesem speziellen Bereich gering ist. Hier kann ein qualitatives Vorgehen weiterhelfen, das zwar keine repräsentativen Ergebnisse zu Tage fördert, dafür aber einen tieferen, verstehenden Einblick in die Gründe und lebensweltlichen Verknüpfungen liefern kann, die der Einbindung von Partizipation in die Social Network-Nutzung zugrunde liegen (Flick 2005, Keuneke 2005).

Im Anschluss an konstruktivistische Ansätze wird in der qualitativen Forschung stets die kommunikative Konstruktion sozialer Wirklichkeit untersucht (Flick 2005: 20f). Nach Lamnek (2010) liegen dieser Methodologie dabei folgende sechs Prinzipien zugrunde. Da es sich im Gegensatz zur quantitativen Forschung nicht um ein hypothesenprüfendes, sondern hypothesengenerierendes Verfahren handelt, ist Offenheit eines dieser Prinzipien. Auf eine Standardisierung der Forschungssituation wird weitestgehend verzichtet und so lange wie möglich versucht, alle relevanten Informationen aufzunehmen. Zweitens wird Forschung als Kommunikation zwischen Forschendem und Erforschten verstanden. Als Drittes ist der Prozesscharakter sowohl der Forschung als auch des Gegenstandes zu nennen. Forschender und Erforschter nehmen wechselseitig aufeinander Bezug und beeinflussen sich somit gegenseitig in ihren Handlungen. Eng damit verknüpft ist die Reflexivität des Gegenstands und der Analyse. Bezogen auf den Gegenstand handelt es sich hierbei um eine Grundannahme der qualitativen Methodologie, da in einem Kommunikationsprozess jeder Kommunikant reflexiv Bezug auf sich, sein Gegenüber und die Situation nimmt. Bei der Analyse ist dies jedoch eine Forderung: Der Prozess sollte ständig reflektiert werden, um seine Qualität zu gewährleisten. Eine weitere Forderung ist das Prinzip der Explikation, also den Forschungsprozess nachvollziehbar offen zu legen. Das letzte Prinzip ist das der Flexibilität. Die Untersuchung sollte sich demnach stets nach dem Untersuchungsgegenstand richten und kann daher im Forschungsprozess jederzeit angepasst werden (Lamnek 2010: 19-25).

4.1 Wahl der Methode und Eingrenzung der Zielgruppe

Um diesen Prinzipien zu entsprechen und Jugendlichen als Forschungsgegenstand gerecht zu werden, wird ein qualitativer Methodenmix angewendet, der relevante Kontextmaterialien einbezieht (Paus-Hasebrink 2005, Schorb & Theunert 2000). Im Zentrum dessen stehen qualitative Interviews, die online über den Internet-Telefondienst Skype geführt werden (siehe Kap. 4.3). Qualitative Interviews eignen sich immer dann, wenn ein Einblick in komplexe Kommunikationsvorgänge gewünscht ist, die die Beforschten am besten selbst erklären können (Keuneke 2005: 255). Als Kontextmaterialien werden Screenshots der Facebook-Profile sowie der in den Interviews besprochenen Facebook-Gruppen und -Seiten, anderer Online-Medien und die Aufzeichnung der Vorgespräche⁶ einbezogen. Zudem wird eine Vorstudie mit qualitativen Interviews zum Politikverständnis Jugendlicher (siehe 4.2) durchgeführt.

Die untersuchte Altersgruppe wird von der Betrachtung Jugendlicher im Allgemeinen auf die Altersgruppe der Erstwähler zwischen 16- und 18-Jahren beschränkt. Diese Eingrenzung beruht auf zwei Überlegungen. Zum einen ist das Entwickeln einer gesellschaftlichen und vor allem einer politischen Positionierung für diese Altersgruppe von besonderer Bedeutung, da sie mit Erreichen der Volljährigkeit zu mündigen Bürgern werden (sollten) und z.B. erstmalig an Wahlen teilnehmen dürfen. Zudem beenden sie in diesem Alter in der Regel ihre Schulzeit und bereiten sich auf den Auszug aus ihrem Elternhaus und den Beginn einer beruflichen Karriere vor, weshalb das Entwickeln eigener Wertvorstellungen und Zukunftsperspektiven zusätzlich an Bedeutung gewinnt. Ferner ist die Jugend das entscheidende Alter für die Identitätsentwicklung (Albert et al. 2011: 46, Wegener 2008: 42). Ein weiterer Grund für die Eingrenzung der Altersgruppe hat forschungspragmatische Gründe. Die Altersspanne von 14 bis 27 Jahren ist groß und dazwischen liegen entwicklungspsychologisch betrachtet weitreichende Veränderungen⁷, was zu einer heterogenen Zielgruppe führt, der kaum adäquat mit einem einzigen Forschungsdesign begegnet werden kann. Deshalb erscheint die Eingrenzung auf eine Altersspanne von drei Jahren und somit die Erzeugung einer homogeneren Zielgruppe zielführend.

Eine weitere Eingrenzung erfolgt durch die Auswahl des Sozialen Netzwerkes Facebook als Fokusplattform der Untersuchung. Dieses ist laut der JIM-Studie 2012 mit Abstand das Beliebteste unter deutschen Jugendlichen und besitzt somit die höchste Relevanz. 88% der 16- bis 18-Jährigen geben Facebook als ihre meistgenutzte Community an (MPFS 2012: 41). So kann in der Untersuchung gezielt auf die Besonderheiten dieser Plattform Rücksicht genommen werden und dadurch ein tieferes Verständnis der Handlungen dort erzielt werden.

4.2 Vorstudie: Das Politikverständnis Jugendlicher

⁶ Hierbei handelt es sich meist nicht um Vorgespräche im klassischen Sinne, sondern meist um einen Austausch über den Facebook-Chat, indem der Zeitpunkt vereinbart und Zweck und Vorgehen des Interviews erklärt wurde.

⁷ Für einen Überblick über die entwicklungspsychologischen Veränderungen wie z.B. Entwicklungsaufgaben, körperlichen Veränderungen usw. siehe Flammer & Alsaker (2002).

Vor der Hauptbefragung zur Einbindung der Partizipation in die Selbstdarstellung wird eine qualitative Befragung durchgeführt, um den Politikbegriff Jugendlicher zu erheben. Dies erscheint notwendig, da zwar Jugendstudien wie u.a. die Shell-Studie die Einstellung Jugendlicher zur Politik erheben, ihnen aber die Grundlage eines theoretischen Politikbegriffs fehlt und sie daher nur punktuell Einstellungen gegenüber Politikern, Institutionen oder der Demokratie im Allgemeinen ermitteln. Was Jugendliche selbst aber als Politik oder politisch verstehen, bleibt ungewiss. Das Sinus-Institut untersucht gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) den Politikbegriff bildungsbenachteiligter Jugendlicher mithilfe qualitativer Interviews (Calmbach & Borgstedt 2012). Diese Studie bezieht sich folglich nur auf eine bestimmte Gruppe Jugendlicher und auch ihr fehlt ein theoretisch fundierter Politikbegriff, auf dessen Grundlage das Politikverständnis der Jugendlichen untersucht wird. Die Vorstudie dieser Arbeit orientiert sich dennoch daran und übernimmt zentrale, methodische Elemente, ergänzt die Herangehensweise allerdings um einen theoretischen Hintergrund.

Denn was als Politik verstanden wird, ist keinesfalls eindeutig. Je nach Schwerpunktsetzung wird der Begriff unterschiedlich definiert (Rohe 1994: 145ff). In der öffentlichen Wahrnehmung zum Beispiel geschehe häufig eine Gleichsetzung von Politik und Staat, worin ein Grund für die Entpolitisierung vermutet werden könne, da Bürger sich so nicht mehr als Teil der Politik betrachteten (Beck 1993: 155). Thurich (2006) hingegen beschreibt Politik aus einer politikwissenschaftlichen Perspektive in einem Politiklexikon für Jugendliche als

„[...] das Handeln von Einzelpersonen und/oder Gruppen (z.B. Parteien), die über Regeln ein friedliches Zusammenleben von Menschen ermöglicht. Diese Regeln müssen konstant angepasst und durchgesetzt werden und müssen die verschiedenen Interessen in der Gesellschaft berücksichtigen.“

Da es sich hierbei sowohl um eine jugendnahe als auch um eine wissenschaftliche Definition handelt, ist sie der Ausgangspunkt der Vorstudie.

Weitere Grundlage ist eine Kategorisierung von Politik, die sich in der jüngeren Politikwissenschaft durchgesetzt hat. Politik wird aufgeteilt in Policy, Politics und Polity (Beck 1993: 162, Rohe 1994: 61). Policy beschreibt die inhaltliche oder materielle Dimension von Politik. Darunter fallen alle Themen und Probleme aus den unterschiedlichsten Bereichen, für die eine politische Lösung gefunden werden muss. Politics umfasst das Wie oder die prozessuale Dimension. Hierbei handelt es sich also um die konkreten Vorgänge, mit der Machterwerb und Machterhalt in einem Staat umkämpft werden, weshalb diese Dimension als permanent konflikthafter Prozess erscheint. In einer Demokratie gehören dazu z.B. Wahlen, Debatten, Demonstrationen oder auch die mediale Berichterstattung. Die dritte Dimension, Polity, wird auch institutionelle Dimension genannt und beinhaltet den Handlungsrahmen, innerhalb dessen Politics und Policy stattfinden. Dazu gehören beispielsweise die Verfassung oder Grenzen einer Nation, aber auch weniger manifeste Größen wie die landesspezifische Streitkultur oder der historische Kontext (Rohe 1994: 61-67). So lässt sich zusammenfassen, dass „die Politik die Verwirklichung von Politik – *policy* – mit Hilfe von Politik – *politics* – auf der Grundlage von Politik – *polity* – ist [Hervorhebung im Original].“ (Rohe 1994: 67)

Kritisiert wird an dieser Aufteilung, dass das Individuum in diesem System fehlt. Beck (1993) schlägt daher eine Ergänzung um „Subpolitik“ (Beck 1993: 163) vor, mit der er Akteure außerhalb des politischen Systems meint wie Bürgerinitiativen oder Einzelpersonen, welche die politische Bühne betreten. Diese Dimension der Subpolitik wird im Zuge der Erhebung als zugehörig zur Dimension Politics verstanden. Denn verschiedene Akteure – sowohl institutionalisierte wie auch individuelle – sind Teil des Prozesses einer partizipativen Demokratie (Schmidt 2010: 240f).

Auf Grundlage dieses Gerüsts wird ein Leitfaden für problemzentrierte Interviews entwickelt (siehe Daten-CD A 2.1), welche sich durch eine Teilstandardisierung auszeichnen. Anders als bei anderen qualitativen Interviewformen ist es hier üblich, den Leitfaden des Interviews aus der bestehenden Theoriegrundlage abzuleiten, den Blick aber gleichzeitig für neue Aspekte offen zu halten und den Gesprächsverlauf sowohl nach dem Befragten als auch dem Leitfaden bzw. dem Forschungsinteresse auszurichten. Somit ist dieses Vorgehen eine Mischung aus Induktion und Deduktion (Keuneke 2005: 159ff).

Am Anfang der Interviews werden nach einer kurzen Vorstellung der Interviewerin und einer Einführung die Jugendlichen anhand vorformulierter Bereiche⁸ nach ihren Interessen und Hobbys gefragt. Der Bereich Politik taucht als einer unter anderen auf. Anschließend wird geklärt, inwiefern sie sich sozial und/oder politisch engagieren.

In Anlehnung an die bereits erwähnte Studie des Sinus-Instituts und der bpb werden zur Annäherung an das Thema Politik Bilder verwendet. Denn die Autoren stellen fest, dass durch Bilder die anfängliche Ablehnung des Themas gebrochen werden kann (Calmbach & Borgstedt 2012: 45). Somit weist das Interview Anklänge eines fokussierten Interviews auf. Allerdings wird das Anschauen der Bilder nicht als Medienrezeption beobachtet, wie es in dieser Interviewform normalerweise der Fall ist (Keuneke 2005: 261), sondern sie werden als Gesprächsanreiz verwendet, um sich dem abstrakten Thema Politik zu nähern. Es ist gerade in der Forschung mit Jugendlichen ratsam, Hilfsmittel in den Befragungsprozess einzubauen, die es ihnen erleichtern, einen Zugang zum Thema zu finden und ihre Meinungen zu verbalisieren (Paus-Hasebrink 2005).

Zu allen drei Dimensionen der Politik werden daher Bilder herausgesucht. In der Dimension der Policy ist es jeweils eines für jedes Bundesministerium, das für ein Thema steht, das zur Zeit der Erhebung, August 2012, relevant war. Zum Beispiel steht ein Bild vom Tahir-Platz für die Revolutionen in der Arabischen Welt, mit denen das Außenministerium sich auseinandersetzen muss. Oder für das Finanzministerium ist es ein Foto, das sinnbildlich für die Finanzkrise steht. Für Politics werden Bilder von Debatten, Demonstrationen, Wahlen, wichtigen Akteuren wie Spitzenpolitikern oder medialen Akteuren verwendet. Die Bilder der Dimension Polity zeigen den Bundestag, die deutsche Flagge, das Grundgesetz oder das EU-Parlament (s. A 2.2). Die Jugendlichen werden im Interview gebeten, die Bilder in *Das ist für mich Politik* und *Das ist für mich*

⁸ Es werden die Begriffe Aktuelles, Sport, Kunst/Musik, Familie/Freunde, Natur/Tiere, Wissenschaft/Technik, Karriere/Zukunftsplanung, Politik, Stars/Prominente und Anderes vorgegeben.

keine Politik zu sortieren. Wenn ihnen eine differenziertere Strukturierung der Bilder einfällt, werden sie dazu angeregt, die Bilder danach anzuordnen. Im Anschluss sollen sie ihre Auswahl erklären.

Im letzten Teil des Interviews geht es darum, die politische Positionierung zu ermitteln. Dazu wird den Jugendlichen zunächst ein Blatt mit einem aufgezeichneten Rechts-Links-Spektrum vorgelegt, das in der Öffentlichkeit häufig zur Kategorisierung politischer Meinung verwendet wird (Schmidt 2010: 359, Thurich 2011). Mithilfe von Bildkärtchen der Partei-Logos werden die Befragten gebeten, die wichtigsten deutschen Parteien⁹ einzuordnen. Anschließend werden sie nach ihrer eigenen Positionierung sowie ihrer Parteipräferenz gefragt. Die soziodemografischen Daten sowie die Medienpräferenz werden am Ende mittels eines Kurzfragebogens erhoben.

Der Leitfaden wurde in einem Pretest mit einem 20-jährigen Auszubildenden getestet. Im Anschluss daran wurden minimale Änderungen in der Erklärung der Bilder-Sortierung vorgenommen. Da auffiel, dass die Rechts-Links-Sortierung der Parteien Probleme bereitete, wurde zudem die Frage ergänzt, was unter politisch rechts und politisch links verstanden werde.

Teilnehmende der Vorstudie sind fünf Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, die aus dem weiteren Bekanntenkreis der Autorin rekrutiert wurden (s. Tab. 1). Es besteht allerdings zu keinem alltäglicher Kontakt, um die Interviews dadurch nicht zu beeinflussen. Nach dem Prinzip des Theoretical Sampling wird bei der Auswahl zudem aufgrund der Faktoren, die Partizipation beeinflussen, darauf geachtet, dass es sich um Jugendliche handelt, die sich nach politischem Interesse, Bildungshintergrund der Eltern und Schulform möglichst unterscheiden (Keuneke 2005: 263f). Das Einverständnis der Eltern wird bei den minderjährigen Befragten per Telefon oder persönlich vor dem Interview eingeholt. Da es sich um Bekannte der Interviewerin handelt, stellt dies in keinem Fall ein Problem dar.

Alle Interviews werden auditiv aufgezeichnet und im Anschluss an das Interview um ein Gedächtnisprotokoll ergänzt. Die Bildercollagen und Partei-Logo-Sortierungen werden im Interview fotografiert, um sie zu fixieren. Im Anschluss erfolgt die Transkription der Interviews, bei der diese anonymisiert werden (Keuneke 2005: 265f). Die im Folgenden verwendeten Namen sind folglich stets Synonyme. Die verschriftlichen Interviews werden anschließend mit der Software MAXQDA kodiert. Grundlage der Kodierung ist die Struktur des Fragebogens. Anschließend erfolgt eine fallübergreifende Inhaltsanalyse mit induktiver Kategorienbildung nach Mayring (2012) entlang der Fragen *Was verstehen Jugendliche unter dem Begriff Politik?*, *Was interessiert Jugendliche an Politik?* und *Wie positionieren Jugendliche sich selbst politisch?*. Die Ergebnisse fließen in die Gestaltung des Leitfadens der Hauptbefragung ein. Zudem werden im Anschluss an die Hauptbefragung alle Interviews miteinander verglichen, sodass die Ergebnisse der Vorstudie dadurch bestätigt, erweitert oder widerlegt werden können.

⁹ Einbezogen wurden all die Parteien, die entweder im Deutschen Bundestag oder in mindestens zwei Länderparlamenten vertreten sind: CDU/CSU, SPD, FDP, die Grünen, die Linke, Piraten-Partei und NPD.

Tabelle 1: Teilnehmende der Vorstudie zum Politikverständnis Jugendlicher

Name/ Geschlecht	Migrationshinter- grund:	Alter	Bildungshintergrund Eltern	Schulform/Tätigkeit
Nik/m	Nein	17	Niedrig*	Azubi
Fernanda/w	Mosambik	17	Niedrig	Berufskolleg
Tim/m	Nein	16	Mittel	Realschule
Manu/m	Nein	17	Mittel	Gymnasium
Sonja/w	Nein	18	Hoch	Gymnasium

* Niedrig: höchster Abschluss ist ein berufsbildender Abschluss bei vorherigem Besuch der Hauptschule, Mittel: höchster Abschluss ist ein berufsbildender Abschluss bei vorherigem Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums, Hoch: höchster Abschluss ist ein Universitäts-/Fachhochschulabschluss

4.3 Qualitative Hauptbefragung

Die Hauptbefragung folgt aufgrund der guten Erfahrungen einer ähnlichen Struktur wie die Vorstudie. Auch hier wird eine Mischung aus problemzentriertem und fokussiertem Interview durchgeführt. Im Gegensatz zur Vorstudie finden die Interviews aber nicht face-to-face statt, sondern via dem Internet-Telefonie-Dienst Skype, der von 20% aller deutschen Jugendlichen regelmäßig benutzt wird. Die Zahl derjenigen, die einen Account haben, aber nicht regelmäßig nutzen, liegt deutlich höher (MPFS 2012: 33). Dadurch können die Interviews auch der qualitativen Online-Befragung zugeordnet werden. Spricht man in der Kommunikationswissenschaft von Online-Forschung, ist entweder gemeint, dass man online-vermittelt befragt oder Online-Medien der Forschungsgegenstand sind (Ehlers 2005: 279f). In dieser Befragung ist nun beides der Fall, weshalb die Methode als besonders geeignet erscheint, da anzunehmen ist, dass der Austausch über Web 2.0-Inhalte in einem Web 2.0-Medium eine natürliche Kommunikationssituation für Jugendliche darstellt (Münker 2009, Röll 2010).

4.3.1 Qualitative Online-Befragung

Ein Problem qualitativer Online-Forschung ist, dass ein direkter visueller Zugang fehlt und der Forschende z.B. Mimik und Gestik weniger gut oder gar nicht beobachten kann. Zudem ist weniger Kontrolle über die Situation gegeben, da nicht ersichtlich ist, was die Befragten am Computer genau tun. Sie müssen zudem eine hohe technische Medienkompetenz mitbringen, die nicht immer vorausgesetzt werden kann. Dadurch haftet der qualitativen Befragung oft der Vorwurf des Mangels an und dass sie nur eine Notlösung zur Face-to-face-Befragung darstelle (Ehlers 2005: 280f, Kirchmair 2008: 55).

Dennoch wurde diese Methode für die Interviews bewusst gewählt, da die meisten in der Literatur benannten Nachteile minimiert werden können. Bei diesen Interviews ist die Beobachtung des Gesprächspartners über die Webcam-Übertragung möglich. Stimmliche und paralinguis-

tische Merkmale können genau wie bei einem Face-to-face-Interview wahrgenommen und erfasst werden. Zudem kann die technische Medienkompetenz bei der Zielgruppe der 16- bis 18-jährigen Facebook-Nutzenden unterstellt werden, da sie die Plattform alltäglich nutzen und sich damit auskennen. Auch die Nutzung von Skype oder ähnlichen Diensten kann als bekannt vorausgesetzt werden (MPFS 2012: 33).

Besonderheiten des Internets als Erhebungsinstrument sind weiterhin die Interaktivität, die einen Austausch von Forschendem und Erforschten erleichtert, und die Multifunktionalität, die es erlaubt verschiedene Online-Möglichkeiten in den Forschungsprozess einzubauen wie z.B. Chat-Möglichkeiten oder Web-Inhalte. Problematisch hieran ist allerdings, dass die technische Komponente der Forschungssituation oft in den Vordergrund rückt und sowohl vom Forschenden als auch den Befragten thematisiert werden muss (Ehlers 2005: 284).

Das Internet ist weiterhin direkt, was bedeutet, dass jeder Nutzer sein ganz spezielles Netz vor sich hat und zeitliche und räumliche Grenzen aufgehoben werden (Früh 2000: 7). Dies bietet den Vorteil, dass auf das persönliche Online-Medien-Angebot der Nutzenden Bezug genommen werden kann. In der Direktheit liegt allerdings auch eine weitere Besonderheit: Das Internet zeichnet sich durch Alokalität und Asynchronität aus. Kommunizierende müssen nicht am selben Ort sein und sich zur gleichen Zeit mit der Kommunikation befassen, damit sie gelingt. Daraus ergibt sich auch eine gewisse Anonymität, da die Identität des Gegenübers nicht überprüft werden kann (Früh 2000: 7-13, Kirchmair 2008: 55).

Hieraus ergibt sich ein ethisches Problem der Online-Erhebung. Denn nicht nur der Forschende kann die Identität seines Gegenübers nicht überprüfen, auch der Erforschte ist auf die Ehrlichkeit des Forschenden angewiesen und kann nicht überprüfen, inwiefern seine Daten nur für Forschungszwecke verwendet werden (Früh 2000: 15). Dies ist allerdings kein spezifisches Problem der Online-Forschung, sondern eines, das stets zu beachten ist. Es wird allerdings dadurch verschärft, dass Forschender und Befragter sich nicht am selben Ort befinden.

Ein weiteres ethisches Problem des Einbezugs kommerzieller Online-Angebote, wie sie hier durch Facebook und Skype der Fall ist, liegt in der Sichtbarkeit von Werbung (Röll 2010: 220f). Zumindest bei Facebook sind stets Werbeanzeigen zu sehen. Dies kann auch für den Forschungsprozess nicht eingeschränkt werden. Es muss daher wissentlich in Kauf genommen werden, wenn die natürliche Umgebung der Plattform in den Forschungsprozess einbezogen werden soll. Der einzige Weg, die Werbeinhalte zu umgehen, wäre nur abstrakt über das Thema Facebook zu sprechen und die Plattform nicht einzubeziehen. Dies würde allerdings den Forschungsprozess deutlich erschweren (Paus-Hasebrink 2005). Zudem kann davon ausgegangen werden, dass die Jugendlichen die Werbung bei Facebook gewöhnt sind und sie nicht als in den Forschungsprozess eingebundene Inhalte verstehen, sondern vielmehr als ohnehin vorhandene Eigenheit der Plattform.

Ein ethischer Vorteil der Online-Erhebung ist hingegen, zumindest bei reaktiven Verfahren wie des hier verwendeten Interviews via Internet-Telefon, die hohe Kontrolle des Befragten über die

Erhebungssituation. Was er oder sie im Interview zeigt, liegt einzig beim Befragten selbst. So wird die Privatsphäre der Interviewten geschützt, indem sie die Kontrolle über die Sichtbarkeit ihres privaten Facebook-Profil behalten, bei dem es sich immerhin um einen passwortgeschützten Raum handelt. Inhalte, die sie preisgeben wollen, können sie per Link oder Bildschirmfreigabe zeigen; Inhalte, die sie für sich behalten wollen, zeigen sie nicht oder sprechen sie gar nicht erst an. In einem Face-to-face-Interview, in dem gemeinsam das Facebook-Profil betrachtet und besprochen wird, ist dies nicht gegeben, da der Interviewte beispielsweise sich plötzlich öffnende Benachrichtigungen nicht kontrollieren kann und vor dem Interview auch nicht weiß, was zum Zeitpunkt des Interviews gerade im Newsfeed zu sehen sein wird (s. auch Kap. 4.3.2).

Dieser ethische Vorzug geht allerdings zu Lasten der Kontrollierbarkeit durch den Forschenden. Da die Interviews per Skype durchgeführt werden, erfolgen sie allerdings zeitlich synchron und es ist über die Webcam-Übertragung weitestgehend ersichtlich, inwiefern sich die Befragten gerade nur mit dem Interview oder noch mit anderen Inhalten beschäftigen, was den Nachteil der niedrigen Kontrollierbarkeit durch den Interviewer abmildert. Dem Problem der Anonymität wird insofern begegnet, dass die Rekrutierung der Befragten über den privaten Facebook-Account und den Bekanntenkreis der Interviewerin erfolgt. Somit wird die Identität auf beiden Seiten über gemeinsame Bekannte belegt.

4.3.2 Leitfadententwicklung

Da die Leitfadengestaltung (s. Daten-CD A 2.3) sich an der Struktur der Fokusplattform Facebook orientiert, wird diese im Folgenden kurz vorgestellt. Mit weltweit insgesamt über einer Milliarde monatlich aktiven Nutzenden im Dezember 2012 ist Facebook nach eigenen Angaben nicht nur das beliebteste Online-Netzwerk Deutschlands, sondern auch der Welt (Facebook 2013). Dabei verfügt das Netzwerk über eine unübersichtliche Struktur der verschiedensten Anwendungen und Handlungsmöglichkeiten, die im Folgenden nur kurz skizziert werden.

Jeder kann bei Facebook kostenlos ein Profil anlegen, für das er zumindest einen Vornamen, einen Nachnamen, sein Geschlecht, eine E-Mail-Adresse und das Geburtsdatum angeben muss¹⁰. Anschließend kann das eigene Profil mit weiteren Details gestaltet werden. So können ein Profil- und ein Titelbild eingestellt und Angaben in den Kategorien Arbeitsstelle, (Hoch-)Schule und Interessen zu Kunst und Unterhaltung gemacht werden. Diese Angaben werden automatisch mit den entsprechenden Seiten (z.B. einer Band oder dem Arbeitgeber) vernetzt, sofern diese existieren.

Das eigene Profil besteht im Anschluss zum einen aus der sogenannten Chronik, die das eingestellte Titel- und Profilbild und darunter einen Zeitstrahl aller Beiträge enthält, die man entweder selbst erstellt hat oder die andere mit Bezug zu einem veröffentlicht haben. Zum anderen besteht es aber auch aus einem Bereich, der die eingestellten Informationen enthält und der in

¹⁰ Es ist allerdings möglich, die E-Mail-Adresse und das Geburtsdatum anschließend nicht öffentlich anzeigen zu lassen. Zudem wird das Geburtsdatum nicht überprüft, weshalb eine Falschangabe hier leicht möglich ist.

die Unterkategorien Info, Freunde, Fotos, Karte, „Gefällt mir“-Angaben¹¹, Veranstaltungen, Abonnements und Notizen gegliedert ist.

Unternehmen oder Personen des öffentlichen Lebens können auf Facebook ebenso kostenlos Seiten anlegen. Diese ähneln in ihrer Struktur den persönlichen Profilen. Sie haben ebenfalls eine Chronik mit Titel- und Profilbild und einen Info-Bereich, in dem Kontaktdetails, weitere Informationen oder auch vernetzte Partnerseiten angegebenen werden können. Im Unterschied zu privaten Profilen können sie durch einen „Gefällt mir“-Klick mit privaten Profilen vernetzt werden. Zudem ist es möglich, Seiten gezielt zu bewerben, was dann kostenpflichtig ist.

Loggt man sich bei Facebook ein, so gelangt man nicht auf sein Profil, sondern auf die Startseite. Hier werden neue Nachrichten und Freundschaftsanfragen mitgeteilt. Zentral werden dem Nutzenden dort im sogenannten Newsfeed alle Beiträge bzw. Posts¹² angezeigt, die Facebook-Kontakte oder vernetzte Seiten veröffentlicht haben. Diese können gelesen und direkt kommentiert, bzw. über den „Gefällt mir“-Button bewertet werden, worin sich eine weitere Besonderheit von Facebook zeigt. Es ist ein Raum, in dem Dissens nicht in der Struktur angelegt ist. Es gibt nur einen „Gefällt mir“-Button und kein negatives Gegenstück. Ablehnung wird mit Missachtung ausgedrückt, womit Unsichtbarkeit im Medium einhergeht (Siri et al. 2012: 23ff). Von anderen verfasste Posts können zudem geteilt werden, womit sie im eigenen Profil weitergeleitet werden.

Die Startseite bietet neben dem Newsfeed Zugriff auf weitere Anwendungen, von denen hier nur die für die Erhebung relevanten dargestellt werden. Es ist zum einen möglich, anderen Nutzenden Chat-Nachrichten zu schicken. Ist der- oder diejenige gerade ebenfalls online, kann zeitgleich in einem extra Fenster gechattet werden. Ist dies nicht der Fall, wird die Nachricht beim nächsten Einloggen angezeigt.

Weiterhin kann man selbst Seiten erstellen, z.B. zum eigenen Sportverein oder auch zu einem politischen Thema. Außerdem ist es möglich, Gruppen zu gründen oder vorhanden beizutreten. Diese Gruppen können öffentlich oder auch nur für einen bestimmten Nutzerkreis zugänglich sein. Innerhalb jeder Gruppe können Inhalte wie Texte, Bilder oder Links mit allen Mitgliedern geteilt und diskutiert werden. Zudem bietet Facebook eine Fülle von Apps wie Musik-Dienste oder Spiele, auf die hier nicht eingegangen wird, da sie in den Interviews nicht besprochen wurden.

Die Interviews beginnen, bevor sich der Plattform zugewendet wird, mit einer persönlichen Vorstellung und einer technischen Einführung, um darüber im weiteren Verlauf des Interviews möglichst nicht mehr sprechen zu müssen. Beispielsweise wird darauf hingewiesen, wie bei

¹¹ Hierbei handelt es sich um die Auflistung aller Seiten, die ein Nutzender mit einem „Gefällt mir“-Klick versehen hat. Dabei kann es sich z.B. um Seiten von Unternehmen, Künstlern, Vereinen oder auch zu Themen oder Aktivitäten wie Sport, Literatur oder Theater handeln.

¹² Als Posting, Post oder Status-Updates, die Begriffe werden im Folgenden synonym verwendet, werden bei Facebook kurze Veröffentlichungen von Nutzenden (Profil- oder Seitenbetreiber) bezeichnet, die im Newsfeed erscheinen. Dabei kann es sich um Texte, Bilder, Videos, Links zu anderen Web-Inhalten oder eine Kombination aus diesen Elementen handeln.

Skype die Bildschirmübertragung eingeschaltet werden kann. Auch wird darum gebeten, den Facebook-Chat für die Dauer des Interviews auszuschalten. So soll zumindest eine mögliche Ablenkungsquelle ausgeschlossen werden. Im Anschluss daran werden die Interessenlage und die soziale sowie politische Partizipation identisch zur Vorstudie abgefragt. Die vordefinierten Bereiche werden den Befragten dabei mittels des Skype-Chats vorgelegt.

Anschließend surfen Interviewerin und Befragte zeitgleich auf Facebook und sprechen darüber. Wenn die Interview-Partner es wollen, kann dafür der Bildschirm freigegeben werden. Darauf wird aber seitens der Interviewerin nicht bestanden, um die Privatsphäre zu respektieren. Themen dieses Interviewteils sind die Nutzungshäufigkeit, Posts, die die Befragten interessieren, die Angaben, die er oder sie im Info-Bereich eingestellt hat, die Kontakte, die über Facebook bestehen und die verwendeten Gruppen und Seiten. Dabei wird der Fokus auf Inhalte gelegt, die mit Partizipation in Verbindung stehen, wie Angaben zur politischen Gesinnung, Gruppen und Seiten von Vereinen oder auch Posts, die Aufschluss über Partizipation geben.

Nach diesem allgemeinen Teil zur Facebook-Nutzung wird den Befragten ein Link zu einem Facebook-Bilderalbum zugesendet, das Facebook-Postings mit politischem Inhalt enthält. Damit soll die Akzeptanz und Bewertung politischer Inhalte ermittelt werden. Es wurden möglichst unterschiedliche Postings gewählt, die aber dennoch als typisch für bestimmte Bereiche gelten können. Das Erste zeigt einen Wahlkampf-Aufruf von Barack Obama, welcher durch eine direkte Ansprache ("you") und ein unkonventionelles Foto persönlich gestaltet ist. Dies wurde ausgewählt, da in der Vorstudie auffiel, dass Obama für die Jugendlichen der einzige Politiker ist, dem von allen Sympathie entgegen gebracht wird und den ein Teilnehmer sogar unter seinen „Gefällt mir“-Angaben hat. Das zweite Posting im Kontrast dazu enthält eine Pressemitteilung der Facebook-Seite von Angela Merkel und ist somit ein typisches Posting für deutsche Politiker (Siri et al. 2012). Das Dritte ist ein von einer unkenntlich gemachten Privatperson weitergeleitetes Bild, das durch seine farbliche Gestaltung – gelbe Schrift auf grell-rottem Grund – auffällt und ein Statement zu abschreckenden Bildern auf Zigarettenschachteln enthält. Es endete mit dem Satz: „SO BIN MAL GESPANNT OB ÜBERHAUPT EINER DEN MUT HAT DAS ZU TEILEN! [sic]“. Das vierte Posting stammt von der Piratenpartei, ist persönlich formuliert, enthält aber dennoch eine politische Mitteilung und ist somit eine Mischung aus dem Post von Obama und Merkel. Zudem soll dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, über die Piratenpartei ins Gespräch zu kommen. Das fünfte Posting enthält politische Satire des populären Kabarettisten Dieter Nuhr. Das Sechste stammt ebenfalls von einer unkenntlich gemachten Privatperson. Diese kommentiert den Fernseh-Talk bei Günther Jauch und enthält eine Beleidigung („Spastis“), wodurch ermittelt werden soll, inwiefern das sprachliche Register eine Rolle bei politischen Äußerungen bei Facebook spielt. Das abschließende Posting enthält eine Grafik mit einem zerfließenden Walross auf einer Eisscholle und einen Aufruf zu einer Online-Petition von Greenpeace.

Im nachfolgenden Teil des Interviews wird das politische Themeninteresse der Jugendlichen ebenfalls mithilfe eines Facebook-Bilderalbums erfragt. Hierbei finden dieselben Bilder Verwen-

dung, die schon in der Policy-Dimension der Vorstudie genutzt wurden und deren Relevanz für Jugendliche sich dort herausgestellt hat. Herausgenommen werden demnach die Logos der Bio- und Fair Trade-Siegel, da sich aus der Vorstudie ergibt, dass diese der Zielgruppe unbekannt sind. Ergänzt wird das Album um ein Bild mit hungernden Kindern in einem Flüchtlingslager, da dies für die Befragten der Vorstudie ein wichtiges und zum Teil emotionales Thema ist.

Zum Abschluss wird ebenfalls wieder die Rechts-Links-Positionierung und Parteipräferenz sowie die mögliche Informationsbeschaffung vor einer Wahl erfragt. Zur Erfassung der Soziodemografie dient derselbe Kurzfragebogen wie in der Vorstudie, der im Chat übermittelt wird. Die Antworten werden aus dem Chat ins Gedächtnisprotokoll herauskopiert. Die Interviews werden zudem auditiv aufgezeichnet und besprochene Inhalte so weit wie möglich mit einem Screenshot festgehalten. Zudem werden im Anschluss wieder Auffälligkeiten im Gedächtnisprotokoll fixiert. Ein Unterpunkt dabei ist der technische Verlauf, um etwaige Störungen der Audioaufnahme nachvollziehen zu können.

Der Leitfaden wurde in einem Pretest mit einer 20-jährigen Germanistikstudentin getestet, die keinerlei Erfahrung mit Skype hatte, was einen besonderen Härte-test für die technische Umsetzung darstellte. Dennoch verlief das Interview nach der technischen Einführung ohne Schwierigkeiten. Im Pretest wurden statt der beschriebenen sieben Postings zehn gezeigt und diejenigen im Anschluss entfernt, die unverständlich oder uninteressant auf die Befragte wirkten. Abgesehen davon offenbarte der Pretest keine weiteren Anpassungsnotwendigkeiten.

4.3.3 Rekrutierung der Befragten und Reflexion der Durchführung

Die Befragten der Hauptstudie werden ebenfalls nach dem Prinzip des Theoretical Samplings (Keuneke 2005: 263f) ausgesucht und über den Bekanntenkreis rekrutiert. Neben demografischen Merkmalen wird zudem darauf geachtet, dass die Jugendlichen sich in möglichst verschiedenen Bereichen politisch oder sozial engagieren. Zudem ergibt sich aus der Online-Befragungsmethode der Vorteil, dass Jugendliche ohne Mehraufwand in ganz Deutschland befragt werden können und sie sich somit auch im Hinblick auf ihren Wohnort unterscheiden.

Bei der Rekrutierung wurde neben persönlichen Anfragen auch auf einen öffentlichen Aufruf bei Facebook zurückgegriffen, den Bekannte weiterverbreiteten. Die Kontaktaufnahme zu den Probanden erfolgte zumeist über persönliche Nachrichten bei Facebook. Das Einverständnis der Eltern wurde bei den Minderjährigen per E-Mail oder Telefongespräch erbeten. Im Falle der Hauptschüler wurde es schriftlich durch einen Lehrer eingeholt.

Tabelle 2: Teilnehmende der Hauptstudie

Name/ Geschlecht	Migrations- hinter- grund:	Alter	Bildungs- hinter- grund: Eltern	Schulform/ Tätigkeit	Partizipation*	Herkunft**
Samy/m	Irak	17	Niedrig	Hauptschule	Jugendstadtrat	Stadt/NRW
Paul/m	Nein	17	Hoch	Gymnasium	-	Kleinstadt/NRW
Max/m	Nein	18	Mittel	Gymnasium	Grüne Jugend	Dorf/BY
Simon/m	Nein	18	Mittel	Gymnasium	YouTube/ Chor	Stadt/NRW
Lily/w	Syrien	16	Niedrig	Hauptschule	-	Stadt/NRW
Nathalie/w	Nein	16	Mittel	Gesamt- schule	CVJM	Kleinstadt/NRW
Lisa/w	Nein	17	Niedrig	Azubi	Liverollenspiel- Verein	Großstadt/BY
Jana/w	Nein	17	Mittel	Bundesfrei- willigen- dienst	PeTA	Kleinstadt/RP
Mia/w	Niederlande	18	Hoch	Gymnasium	Grüne Jugend/ Schülervertre- tung	Großstadt/HE

*Die Angabe bezieht sich jeweils auf das, was vor dem Interview durch das Vorgespräch bekannt war. Im Interview ergaben sich meist weitere Partizipationsformen.

**Dorf: <5000 Einwohner, Kleinstadt: >5000 und <20 000 Einwohner, Stadt: >20 000 und <100 000 Einwohner, Großstadt: >100 000 Einwohner

BY=Bayern, HE=Hessen, NRW=Nordrhein-Westfalen, RP=Rheinland-Pfalz

Während der Interviews ergaben sich kleinere, technische Schwierigkeiten. So war zeitweise die Internetverbindung schlecht, was zu schwer verständlichen Passagen in den Audioaufnahmen führte. Dennoch konnten alle Interviews transkribiert werden und es ergaben sich nur kurze Passagen, die unverständlich blieben, was bei der Datenaufbereitung qualitativer Interviews nicht ungewöhnlich ist (Keuneke 2005: 266). Im Interview mit Simon stürzte der Computer der Interviewerin ab. Allerdings war das Interview zu diesem Zeitpunkt fast beendet und die Audioaufnahme konnte bis auf kleinere Mängel wiederhergestellt werden. Beim Interview mit Mia war der Einsatz einer Webcam nicht möglich, weshalb das Gespräch wie ein Telefongespräch ohne visuelle Komponente verlief.

Zudem erschien scheinbar in der Zeit zwischen Pretest und erstem Interview ein Skype-Update, wodurch die Bildschirmübertragung nur noch mit einer kostenpflichtigen Version

namens Skype-Premium möglich ist¹³. Daher war in manchen Interviews eine Bildschirmübertragung nicht möglich, weshalb auf eine genaue Beschreibung relevanter Inhalte oder auf Verlinkungen zurückgegriffen wurde.

Ein inhaltliches Problem ergab sich durch die technische Einführung und die Vorgespräche. Es entstand dadurch scheinbar ein Priming-Effekt (Schenk 2007: 305), sodass mehrere Befragte bei den anschließend abgefragten Interessenbereichen dachten, diese würden sich auf ihre Facebook-Nutzung beziehen und antworteten dementsprechend. Nachdem dies in mehreren Interviews der Fall war, wurde anschließend stets darauf hingewiesen, dass erst einmal Interessen und Meinungen im Zentrum stehen, die zwar etwas mit Facebook zu tun haben können, aber nicht müssen.

Insgesamt funktionierte der Austausch über Web 2.0-Inhalte in einem Web 2.0-Medium gut. Die Jugendlichen zeigten eine hohe technische Medienkompetenz, obwohl sie Skype teilweise kaum nutzten und das Programm in Pauls Fall sogar extra für das Interview installierten. Der Nutzen des Chats, die parallele Verwendung von Skype und einem Web-Browser sowie das Versenden und Empfangen von Links bereitete den Interviewten keinerlei Schwierigkeiten. Die Vermutung, dass es sich bei dem Online-Interview um eine relativ natürliche Gesprächssituation handelt, bewahrheitete sich folglich. Auch die multimedialen Möglichkeiten durch den Einbezug des Chats und der Bilderalben erwiesen sich als Vorteil, da so das recht lange Interview¹⁴ abwechslungsreich gestaltet werden konnte. Die Jugendlichen antworteten nicht nur, sondern waren durchgängig durch Tippen und Klicken zusätzlich aktiv und verloren dadurch nicht das Interesse. Auch die befürchtete Ablenkung durch Web-Inhalte, die die Interviewerin nicht kontrollieren konnte, wie beispielsweise neue Nachrichten bei Facebook, fiel nicht negativ auf. Die Befragten konzentrierten sich ganz auf das Gespräch, was zusätzlich darauf verweist, dass ihr Interesse am Interview nicht nachließ.

4.3.4 Auswertung der Interviews

Die Interviews werden zunächst mittels Einzelfallanalyse untersucht (Wagner 2011: 110ff), deren Vorgehen einer strukturierenden Inhaltsanalyse gleicht (Mayring 2012). Die Interviews werden dazu ebenfalls anonymisiert, transkribiert und anschließend mit der Software MAX-QDA durch Kodierung vorstrukturiert. Grundlage dafür ist die Struktur des Leitfadens, die durch zwei weitere Kategorien ergänzt wird. Zum einen durch die Kategorie *Handlungen bei Facebook*, in die die facebook-spezifischen Tätigkeiten wie Kommentieren, Teilen oder der „Gefällt mir“-Klick gehören. In einer zweiten zusätzlichen Kategorie werden Passagen erfasst, die mit Partizipation bei Facebook in Verbindung stehen. Dies gliedert sich in politische und soziale Partizipation, Online-Partizipation und Subaktivismus. Online-Partizipation sind all solche Handlungen, die zum Wohle anderer unentgeltliche Inhalte für das Web 2.0 erstellen, die aber nicht unmittelbar mit Offline-Partizipation in Verbindung stehen (Rauschenbach et al. 2011:

¹³ Siehe <http://www.skype.com/intl/de/prices/premium/>

¹⁴ Die Interviews dauerten zwischen 40 und 90 Minuten.

14f). Beispiele hierfür ist z.B. das Gründen einer Facebook-Seite zu einem bestimmten Thema. Als Subaktivismus werden nach Bakardjieva (2009, 2010) all solche Aussagen erfasst, die sich nicht auf Partizipation beziehen, aber dennoch Handlungen betreffen, die darauf hinweisen, dass der oder die Befragte sich mit seiner Rolle als Staatsbürger auseinandersetzt. Ein Beispiel hierfür ist das gezielte Lesen von Postings eines Politikers.

Im Anschluss an die Kodierung wird jede Aussage innerhalb ihrer Kategorie deskribiert. Dabei wird die Frage des Interviewers entfernt, die Aussage ins Hochdeutsche übertragen und unnötige Teile, wie Fragepartikel, Zuhörfloskeln, Räuspern, neu angefangene Sätze oder Wortwiederholungen, entfernt. Die Deskription bleibt dabei aber möglichst nah am Original. Im zweiten Auswertungsschritt werden die Interviews entlang der Kategorien generalisiert. Dabei wird das Gesagte abstrahiert und in generelle Aussagen überführt. Darlegungen der Interviewten mit ähnlichem oder gleichem Inhalt innerhalb einer Kategorie werden zusammengefasst und besonders prägnante Aussagen als Ankerbeispiele im Originalton mitgeführt.

Im letzten Schritt wird jeder Fall anhand von Interpretationsfragen zusammengefasst. Diese orientieren sich an den Forschungsfragen und gliedern sich in die drei Interpretationsbereiche: lebensweltlicher Kontext, Facebook-Nutzung und Bewertung von Online-Partizipation. Im Bereich lebensweltlicher Kontext werden anhand der Generalisierung die Fragen beantwortet: *Welche Themen/Hobbys stehen im Mittelpunkt?, Welche Formen von Partizipation führt der/die Befragte aus?, Welchen Stellenwert weist er/sie der Partizipation zu? und Wie positioniert er/sie sich politisch?* Im zweiten Bereich stehen die Fragen zur Beantwortung: *Wie findet sich die Offline-Partizipation in der Facebook-Nutzung wieder?, Gibt es Formen von Online-Partizipation?, Gibt es Formen von Subaktivismus? und Inwiefern ist durch das Einbinden partizipativer Elemente in die Facebook-Nutzung erkennbar, dass Identitätsarbeit geleistet wird?* Im letzten Bereich wird vor allem der Teil des Interviews ausgewertet, in dem die politischen Facebook-Postings besprochen wurden. Hier werden folgende Fragen beantwortet: *Wie wird Online-Partizipation im Allgemeinen bewertet?, Wie wird Politik bei Facebook bewertet? und Welche Kriterien werden angelegt, um Politik bei Facebook zu bewerten?*

Um die intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten, obwohl die Auswertung von nur einer Person durchgeführt wird, werden die einzelnen Auswertungsschritte eines Falls nie nacheinander durchgeführt, sondern die Fälle stets gemischt, sodass sich für jeden Auswertungsschritt immer erneut in jeden Fall eingearbeitet werden muss und so neue Perspektiven und Details auffallen, die bei einer durchgängigen Bearbeitung eines Falls unentdeckt blieben. Zudem liest stets eine unabhängige Person¹⁵, die mit dem theoretischen Hintergrund vertraut ist, die Fallinterpretationen gegen und merkt nicht nachvollziehbare Schlüsse oder Ungenauigkeiten an, woraufhin die Interpretationen überarbeitet werden. Im Anschluss an diese Fallauswertung erfolgt die fallübergreifende Analyse, bei der im Vergleich der Fälle Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufgedeckt und so die Ergebnislinien herausgearbeitet werden.

¹⁵ Hierbei handelte es sich um zwei Kommilitonen.

5 Ergebnisse der Vorstudie

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der Vorstudie zum Politikverständnis Jugendlicher zusammengefasst, ausgewertet und um Ergebnisse aus der Hauptstudie bestärkt und ergänzt. Dabei orientiert sich die Gliederung der Auswertung an der theoretischen Aufteilung der Politik in Policy (Themen), Politics (Prozesse) und Polity (konstitutioneller Rahmen), die schon der Erhebung zugrunde lag. Anschließend wird erläutert, wie die Jugendlichen sich politisch positionieren.

5.1 Das Politikverständnis Jugendlicher

Im Hinblick auf den Begriff Politik im Allgemeinen lässt sich aber zunächst festhalten, dass im Einklang mit den aktuellen Jugendstudien keiner der Teilnehmenden der Vorstudie angibt, sich alltäglich mit Politik auseinanderzusetzen. Ähnliches zeigt sich auch bei den Befragten der Hauptstudie. Hier beschäftigen sich laut eigener Aussage nur Mia und Max, die beide in der Grünen Jugend engagiert sind, und Samy, der im Jugendparlament seiner Heimatstadt sitzt, mit Politik. Alle anderen sagen, dass sie sich für Politik weder interessieren, noch gut damit auskennen. Wobei das Unwissen offenbar ein Grund für die Unlust ist, sich auf das Thema einzulassen. Dabei sind die Jugendlichen sich dennoch bewusst, dass dies von ihnen gesellschaftlich erwartet wird, weshalb sie ihr politisches Desinteresse stets begründen und sich zum Teil hinter Schutzbehauptungen verstecken:

„Ja, Politik, da kenne ich mich irgendwie gar nicht aus. Ich finde zwar, dass es wichtig ist, sich darüber irgendwie auszukennen, aber ich kann es selber einfach nicht. Das ist so mein Problem.“ (Nathalie)

Besonders häufig tauchte die Begründung auf, dass Politik etwas sei, mit dem sie sich noch nicht beschäftigen, da sie noch nicht wählen dürfen, wie u.a. folgende Gesprächssequenz mit Lisa deutlich macht:

Lisa: Mit Politik habe ich mich noch nie wirklich beschäftigt und es wird jetzt wahrscheinlich auch nochmal ein Jahr dauern, bis ich das tue oder getan habe.

I: Ok, wieso wird das gerade ein Jahr dauern?

Lisa: Weil ich dann 18 bin.

I: Ok und du meinst, du setzt dich dann damit mehr auseinander?

Lisa: Ja, wegen dem Wahlrecht.

Im Hinblick auf aktuelle politische Themen, die im Interview angesprochen wurden, lässt sich zunächst feststellen, dass die Befragten diese stets in Beziehung zu sich selbst interpretieren. Es ist weniger von Belang, wie ein Thema gerade in der medialen Darstellung oder der politischen Debatte diskutiert wird. Wichtiger ist, was es persönlich bedeutet. Andere Studien haben bereits gezeigt, dass gerade Themen von persönlicher Relevanz von Jugendlichen als nicht politisch betrachtet werden (u.a. Calmbach & Borgstedt 2012). Dies kann dadurch erklärt werden, dass

Themen häufig auf den persönlichen Bezug beschränkt und ihre politische Dimension nicht ge- oder erkannt wird.

Besonders deutlich wird dies in allen Interviews beim Thema Bildungspolitik, das anhand der G8-Reform besprochen wurde. Es wird stets auf die persönliche Bildungsbiografie oder Erfahrungen von Freunden bezogen. Nur in zwei Fällen, Mia und Max, gehen die Befragten auf die politischen Hintergründe ein. Aber auch bei anderen Themen zeigt sich diese Tendenz, politische Themen auf sich selbst zu beziehen, selbst dann, wenn ein Thema weniger von Interesse ist. Zum Beispiel erklärt Sonja in der Vorstudie, dass Finanzpolitik sie zwar nicht sonderlich interessiere, sie die gemeinsame Währung aber dennoch wichtig findet:

„Also ich fühle mich zum Beispiel schon irgendwie sicherer, wenn ich jetzt nur in Europa bin und in ein anderes Land fahre. [...] Der [Euro] sagt dann halt aus, dass die halt auch zusammenarbeiten die Länder.“ (Sonja)

Kann kein persönlicher Bezug entdeckt werden, wie zum Beispiel bei allen Befragten beim Thema Fluglärm, wird es als uninteressant und unwichtig erklärt. Wobei einige Befragte diese Wertung reflektieren und zu bedenken geben, dass nur sie persönlich das Thema unwichtig finden, es für andere – zum Beispiel Anwohner von Flughäfen – aber Relevanz besäße.

Diese Art der egozentrischen Interpretation lässt sich anhand zweier Gründe erklären. Zum einen ist es nicht verwunderlich, dass Menschen Themen mit einem persönlichen Blickwinkel analysieren und nicht zuerst eine abstrakte Perspektive einnehmen, zumal die Jugendlichen im Interview ausdrücklich nach ihrer persönlichen Meinung gefragt waren. Zum anderen ist diese Art der Konzentration auf sich selbst auch aus einer entwicklungspsychologischen Perspektive erklärbar. Denn in der Pubertät erlangen Jugendliche die Fähigkeit, die Perspektive der Gesellschaft einzunehmen. Dies führt zu der paradoxen Entwicklung, dass sie sich vorerst verstärkt selbst betrachten und Situationen häufig auf sich beziehen (Flammer & Alsaker 2002: 125f). Auch wenn die befragten Jugendlichen alle bereits eher am Ende ihrer Pubertät stehen, verwundert dieses Verhalten nicht.

Ein weiterer Faktor, der zu beeinflussen scheint, inwieweit die Jugendlichen ein Thema als politisch erachten, ist der Grad ihrer Involviertheit. So kennen sie die politische Dimension vieler Themen nur, wenn sie sich intensiv damit auseinandersetzen, wie bereits das Beispiel der Bildungspolitik zeigt. Nur die beiden, die sich in der Jugendorganisation der Grünen engagieren, sprechen die politische Diskussion an, ohne von der Interviewerin danach gefragt zu werden. Ebenfalls deutlich wird dies bei den Aussagen zu den Bildern zu Cannabis und Organspende. Beides sind Themen, die von fast allen Jugendlichen als wichtig benannt werden.

Vor allem das Thema Cannabis ist eines, bei dem Jugendliche in der untersuchten Altersgruppe scheinbar nicht umhin kommen, sich dazu zu positionieren, da sie alle Gleichaltrige kennen, die Haschisch konsumieren. Es gibt in den Interviews niemanden, der oder die dazu nichts zu sagen weiß. Als politisches Thema betrachten es aber längst nicht alle. Für diejenigen, die sich damit nicht dezidiert auseinandersetzen, ist es zwar ein wichtiges Thema, aber eines, das vor allem private Entscheidungen einschließt. Diejenigen, die sich mit dem Thema näher beschäftigen,

kennen die politische Diskussion um die Legalisierung. Vor allem Nik setzt sich vehement dafür ein und beschwert sich im Interview mehrfach, dass dies Thema trotz des Einsatzes von ihm und vielen anderen zu selten auf der politischen Agenda stehe:

„Ja, die sollen mal einen Landtag führen, über das gleiche Thema. Einmal alle bekifft und einmal alle betrunken. Mal gucken, was bei rumkommt. Also ich finde die Politik sollte sich da mehr einmischen. Das sollte nicht so versteckt bleiben und nicht so, dass die das immer wieder unter den Tisch kehren.“ (Nik)

Ähnliches äußern auch Mia und Max in der Hauptstudie, die sich beide bei der Grünen Jugend mit der Legalisierung auseinandersetzen.

Noch deutlicher wird die Bedeutung der Involviertheit für die Betrachtung eines Themas als politisch beim Thema Organspende. Auch dieses wurde von vielen Jugendlichen als wichtiges Thema bezeichnet. Erneut sind es aber nur Mia und Max, die die politische Problematik um die Regelung der Organspendeausweise erwähnen. Alle anderen reduzieren das Thema auf die private Entscheidung:

„Ja, Organspende [...] finde ich auch wichtig. Ich habe auch einen Ausweis. [...] das zeigt halt auch wieder so den Zusammenhalt, dass jeder für den anderen was machen würde. Aber das hat jetzt für mich gar nichts mit Politik zu tun.“ (Sonja)

Auf Nachfrage, wer denn die Organspende organisiere, reagierte Sonja irritiert und bekräftigte noch einmal, dass das Thema für sie nichts mit Politik zu tun habe.

Weiterhin sind politische Themen für Jugendliche vor allem die, die ihnen in der medialen Berichterstattung als solche präsentiert werden. Dies sind häufig Inhalte, zu denen sie nur schwer Zugang finden, da sie ihnen zu komplex oder wenig relevant für das eigene Leben erscheinen, wie z.B. die Euro-Schulden-Krise oder der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr. Diesen Themen wird zwar eine hohe gesellschaftliche Relevanz zugeschrieben, sie stoßen bei den Jugendlichen aber auf Desinteresse. Dies liegt zum einen daran, dass sie die Themen vielfach nicht durchschauen und ihre mediale Aufbereitung langweilig finden (s. auch Arnold et al. 2011), wie Fernanda es beschreibt:

„Weil manchmal dann sprechen die halt über irgendwelche Sachen, da habe ich dann manchmal keine Ahnung. Oder sie interessieren mich dann [...] irgendwie nicht so richtig. Oder ich fühle mich dann auch nicht so richtig angesprochen [...]“ (Fernanda)

Neben dem Unverständnis und der fehlenden Relevanz ist es aber auch das Gefühl, bei diesem Thema ohnehin nichts ausrichten zu können, wie Jana es beschreibt:

„[...] aber bei der Schuldenkrise bin ich glaube ich mit meinen 17 Jahren und Bundesfreiwilligendienst und so ein bisschen .. fehl am Platz. Oder nicht fehl am Platz aber ein bisschen schlecht dran sozusagen. Ich kann da nicht viel machen, glaube ich.“ (Jana)

Auch diejenigen Jugendlichen, die sich viel und gerne mit Politik auseinandersetzen, bevorzugen Themen, die sie ohne große Anstrengung durchschauen und die sie ihrer Meinung nach

beeinflussen können. So beschreibt Mia, dass sie Themen frustrieren, bei denen sie nichts ausrichten könne. Und Max sagt zur Schuldenkrise:

„Aber so die technischen Details [...] da interessiere ich mich eher weniger dafür, weil es da schon sehr viel an die Wirtschaft rangeht und wirtschaftspolitisch und dies und die Reaktionen darauf. [...] Das finde ich dann doch eher zu komplex.“ (Max)

Unter diesen medial häufig auftretenden Themen gibt es allerdings auch einige, die Jugendliche interessieren. Dazu zählen der Atomausstieg, die Revolutionen in der arabischen Welt oder Terrorismus. Es scheinen hierbei vor allem die Themen von globalem Interesse und katastrophalem Ausmaß zu sein, die Jugendliche wichtig finden. Fast alle Befragten äußern im Interview, dass es ihnen wichtig sei zu wissen, was auf der Welt vor sich gehe, wie u.a. Manu es beschreibt:

„Ja, einfach so äh ist halt wichtig für die Welt, was passiert und das man da so ein bisschen so hinterher kommt.“ (Manu)

Laut der aktuellen Shell-Studie informieren sich Jugendliche über aktuelle Themen nach wie vor hauptsächlich über das Fernsehen (Schneekloth 2011: 132), was sich in Interviews nur teilweise zeigt. Fernsehnachrichten werden von vielen Befragten gemeinsam mit den Eltern angeschaut. Fernanda und Manu geben überdies an, sich mehr über Boulevardmagazine oder Unterhaltungsshows über aktuelle Geschehnisse zu informieren, da diese sich nicht nur um Politik drehen und einen höheren Unterhaltungswert besitzen:

„Da gucke ich dann lieber Pro7 oder so ((lacht)) [...] Zum Beispiel jetzt so bei TV Total oder so. Ja, ich glaube das [ist] dann einfach so, so eine andere Stimmung so. Ich glaube das Erste ist immer so spießig. Also so kommt mir das vor.“ (Manu)

Neben dem Fernsehen spielt aber auch die Tageszeitungen eine Rolle. Zwar wird sie nur von wenigen ernsthaft gelesen, aber die Jugendlichen geben an, die Überschriften zu lesen, um zu wissen, was vor sich gehe. Zudem beschreiben sie die Zeitung als am meisten politisches Medium, auch wenn sie sie nicht nutzen. Das Internet spielt nur bei denjenigen als Informationsquelle eine Rolle, die sich ohnehin viel mit Politik beschäftigen. Die beiden Mitglieder der Grünen Jugend geben so als Einzige an, sich u.a. über Facebook über politische Themen zu informieren. Damit bestätigen sich auch hier die Ergebnisse anderer Studien, in denen auffiel, dass politisch interessierte Jugendliche das Internet häufiger als Nachrichtenquelle nutzen als weniger Interessierte (Bakker & de Vreese 2011). Die Feststellung der Shell-Studie, dass häufige Internetnutzung meist mit politischem Informieren einhergeht (Schneekloth 2011: 132ff), lässt sich anhand der Interviews nicht bestätigen. Stattdessen beziehen sich die Befragten häufig auf ihren Schulunterricht. Dadurch wird deutlich, dass auch dieser, sofern er ansprechend gestaltet ist, Jugendliche für politische Themen und Prozesse interessieren kann (s. auch Arnold et al. 2011).

Für die Betrachtung der Politics-Dimension aus Sicht der Jugendlichen ist es zunächst entscheidend, dass sie zwischen Themen, die für sie selbst wichtig sind, und Themen, die sie nicht interessieren, aber dennoch von gesellschaftlicher Relevanz sind, differenzieren. So beschreibt

Nik, dass „ALLES eigentlich“ in der Politik beschlossen werde. Und Fernanda erklärt, dass für sie Politik die Instanz sei, die alle wichtigen Themen in Deutschland koordinieren:

„Weil manche verbinden ja halt mit Politik [...], also ich zum Beispiel jetzt, [...] mit dem Staat und alles und es gibt Leute, die das halt auch richtig regeln, wie das hier alles läuft und so.“ (Fernanda)

Damit äußert Fernanda eine Haltung gegenüber der Politik, die auch die anderen Befragten einnehmen, da sie diese hauptsächlich als Regulierungsinstanz verstehen. Sie stehen damit dem politischen Prozess ambivalent gegenüber. Zum einen finden sie es gut und wichtig, dass Probleme von gesamtgesellschaftlichem Interesse angegangen werden. Zusammenleben ist aus ihrer Sicht nur möglich, wenn es Regeln gibt, eine Instanz, die diese aufstellt, und Organe, die diese durchsetzen. Dementsprechend stehen sie auch den Gerichten und der Polizei, als Durchsetzungsorgane im Inland positiv gegenüber:

„Ja, die [Polizei] ist halt etwas wichtiger, um halt die Politik auch im Lande durchzusetzen. [...] So mit den ganzen Regeln und so.“ (Tim)

Ähnliches äußern die Befragten auch im Hinblick auf die Bundeswehr als Durchsetzungsinstanz im Ausland. Allerdings spielt hier zusätzlich eine Rolle, wie sie Militär und Kriegseinsätzen im Allgemeinen gegenüberstehen.

Auf der anderen Seite steht die Regulierung den Interessen der Jugendlichen manchmal entgegen. Sie schränken teilweise ihr Unterhaltungsbedürfnis ein, was die Jugendlichen aber nachvollziehen können. So äußern die drei Jungen meist in einem scherzhaften Ton, dass sie bereits Erfahrungen mit der Polizei gemacht haben:

„Ja, und die Polizei hat man als Jugendlicher halt immer mal was mit zu tun, selber so ((lacht)). Papa Staat, große Hand, die einem manchmal auf den Arsch haut ((lacht)).“ (Manu)

Diese differenzierte Haltung gegenüber eigenen Interessen einerseits und der gesellschaftlichen Notwendigkeit andererseits zeigt sich folglich nicht nur bei der Bewertung der Relevanz von Themen, sondern auch bei der Einstellung gegenüber dem politischen Prozess.

Weiterhin wurden in den Interviews vor allem Akteure besprochen, die am politischen Prozess beteiligt sind. Aus anderen Studien ist bereits bekannt, dass Jugendliche Politikern und Parteien distanziert gegenüberstehen (Arnold et al. 2011, Calmbach & Borgstedt 2012, Schneekloth 2011). Ähnliches zeigt sich auch hier, wobei auch dabei wieder die differenzierte Sichtweise zwischen eigenem Interesse und gesellschaftlicher Notwendigkeit durchscheint. Auf der einen Seite sind Politiker und Politikerinnen für die befragten Jugendlichen wichtig und sie wertschätzen, dass sie wichtige Entscheidungen treffen. Auf der anderen Seite erscheinen sie ihnen aber auch weit weg und ohne Bezug zum eigenen Leben. Nik und Fernanda kritisieren häufiger, dass Politiker nicht volksnah genug seien und öfter in Kontakt zu ihren Wählern und Jugendlichen treten sollten. Dabei sollen sie sich verständlich ausdrücken, wie auch die Studie von Arnold et al. (2011) ermittelt. Fernanda fordert zum Beispiel, dass politische Akteure „nicht immer so lange um den heißen Brei“ herumreden sollten. Samy stört die mediale Dauerpräsenz und Nik äußert, dass er findet, Politiker seien überbezahlt und überschätzt:

„Ich mein, klar, das sind wichtige Entscheidungen, die trifft der [Politiker]. Aber Zimmerleute müssen auch wichtige Entscheidungen tragen. Hau ich den Nagel da rein, hau ich ihn nicht rein? Hau ich ihn nicht rein, fällt es auseinander. [...] Das sind auch wichtige Entscheidungen.“ (Nik)

Da Nik selbst Zimmermannsgeselle ist, zeigt sich hier, dass er anscheinend findet, dass Politiker mehr gesellschaftliche Anerkennung erfahren als sein Berufsstand, was er als ungerecht empfindet.

Die innere Distanz, die Jugendliche zu Politikern haben, zeigt sich weiterhin darin, dass sie Politiker als zu alt beschreiben, um mit ihnen etwas zu tun zu haben. Auffällig ist zudem, dass Politiker älter geschätzt werden, als sie tatsächlich sind. So ist Nik, der sich im Interview als geschichtsbewusst und -interessiert erweist, der Überzeugung, Angela Merkel sei bei der Macht-ergreifung 1933 mindestens schon Jugendliche gewesen. Damit schätzt er sie mindestens 30 Jahre älter als sie ist¹⁶. Durch diese Fehleinschätzung wird deutlich, dass er die Entfernung zwischen der Kanzlerin und sich als groß einschätzt.

Eine Ausnahme in diesem Verhältnis stellt Barack Obama dar, der als wichtige Figur für die Weltpolitik beschrieben und dem Sympathie entgegengebracht wird. Manu, der in der Vorstudie das geringste Interesse an politischen Themen zeigt, hat zum Beispiel die Facebook-Seite von Obama abonniert:

„[...] der lädt coole Bilder hoch und so ((lacht)) von seiner Familie. Das ist lustig.“ (Manu)

Auch in der Hauptstudie bekunden alle Interviewten Obama gegenüber Sympathie und heben somit seine Sonderstellung heraus. Das Interesse an ihm bezieht sich dabei, wie auch Manus Zitat deutlich macht, nicht auf seine Politik, sondern auf seine Person. Die Befragten bewundern ihn für seinen Erfolg als erster schwarzer Präsident der USA. Darüber, dass er bei Facebook auch private Inhalte einstellt, ist er für sie dennoch als Mensch greifbar, was bei anderen Politikern scheinbar nicht der Fall ist.

Neben Politikern spielen auch andere Akteure eine Rolle im politischen Prozess. So finden die Jugendlichen es gut, wenn Gewerkschaften oder Prominente sich in politische Entscheidungen einmischen, sie werden für sie dadurch aber nicht zu politischen Akteuren, sondern zu Personen außerhalb der Politik, die in diese eingreifen.

Insbesondere Musik ist für die Jugendlichen ein wirksames Sprachrohr für politische Themen (s. auch Calmbach & Borgstedt 2012: 59). Alle Teilnehmenden der Vorstudie können neben den in den Interviews gegebenen Musikern, *Die Toten Hosen* und *Bushido*, weitere Beispiele nennen. Dabei äußern sie vor allem in Bezug zu *Bushido*, dass es ihnen wichtig sei, dass diese Musik sprachlich das Niveau halte und niemanden beleidige. Hierin könnte ein Effekt sozialer Erwünschtheit vermutet werden. Allerdings bestätigt sich dadurch ein Ergebnis der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der Jugendliche im politischen Kontext Wert auf einen zivilen, höflichen Umgang legen. Alles andere wird als unprofessionell und unqualifiziert empfunden

¹⁶ Angela Merkel ist Jahrgang 1954 (siehe <http://angela-merkel.de/page/126.htm>)

(Arnold et al. 2011: 8, 19). Dementsprechend kann davon ausgegangen werden, dass die Befragten diese Forderung tatsächlich an politische Musik stellen.

Auffällig ist weiterhin, dass Sportler für Jugendliche keine Rolle im politischen Prozess spielen:

„Fußball finde ich, wie jeder andere Sport vertritt halt auch so die Nation, jetzt zum Beispiel bei der WM oder so. Da ist man ja stolz auf sein Land. Aber das finde ich, hat nichts mit Politik zu tun.“ (Sonja)

Zudem finden die befragten Jugendlichen es zwar gut, wenn Stars aus Bereichen, die sie interessieren, sich in Politik einbringen. Die Politik soll sich aber umgekehrt aus diesen Bereichen heraushalten. Die wünschenswerte Grenze der Regulierungsinstanz Staat sehen sie bei den ihnen wichtigen Bereichen Musik und Sport, wie Nik es benennt:

„[...] also wenn sich Politik in Sport einmischt, das kann ich gar nicht haben.“ (Nik)

Während die Einmischung Prominenter in Politik mehr durch die Bilder angeregt wird, so ist Bürgerbeteiligung etwas, was die Jugendlichen von sich aus als wichtig benennen. Bereits durch die Betrachtung des Forschungsstandes wird deutlich, dass die Teilnahme an Wahlen und Demonstrationen für Jugendliche wichtige Mittel der Partizipation sind (Calmbach & Borgstedt 2012, Ogris & Westphal 2006). Dies kann in den Interviews bestätigt werden. Alle Jugendlichen in der Vorstudie sagen, dass sie Wahlen wichtig finden:

„Das [Wählen] ist halt wichtig. Weil, sonst kann ja jeder einfach sagen: ‚Ich übernehme jetzt .. Ich habe jetzt hier das Sagen‘ und so.“ (Tim)

Aber auch friedliche Demonstrationen sehen die Jugendlichen als wichtiges Mittel der politischen Partizipation durch Bürger:

„Ich glaube ohne Demos würde es viele Sachen halt [...] nicht wirklich geben. [...] wenn man mit was nicht einverstanden ist, sollte man auf die Straße gehen, weil sonst würde sich ja auch nichts ändern. Und es wurde ja schon viel geändert dadurch, dass Leute auf die Straße gegangen sind.“ (Sonja)

Trotz dieser offenkundigen Zustimmung zu Demonstrationen sind die Jugendlichen selbst zögerlich teilzunehmen und weichen bei der Frage, wofür sie denn auf die Straße gehen würden, oft aus. Dennoch haben einige bereits demonstriert wie z.B. Nik für die Legalisierung von Haschisch, Jana für Tierschutz und Lily gegen den Bürgerkrieg in Syrien. Bei Themen, die ihnen am Herzen liegen, gehen Jugendliche daher auf die Straße. Die Hemmschwelle hierfür scheint aber recht hoch zu sein. Insgesamt schreiben die Jugendlichen dem Bürger im politischen Prozess aber eine unverzichtbare Rolle zu. So fasst Fernanda es folgendermaßen zusammen:

„Also, ich meine, die [Politiker] brauchen natürlich [...] uns Bürger, damit [...] der Staat halt Beine hat, damit wir, ja, leben können und so“ (Fernanda).

Betrachtet man die Dimension Polity, also des Rahmens der Politik, so fällt auf, dass dieser für Jugendliche kaum eine Rolle spielt. Dies liegt vor allem daran, dass Jugendliche Politik als Aushandlungsprozess begreifen. Daher betonen sie auch häufig die Bedeutung von Debatten,

Wahlen und Diskussionen. Feststehende, unveränderliche Dinge gehören für sie nicht dazu. So begründet u.a. Nik, warum das deutsche Grundgesetz für ihn nicht zur Politik gehört:

„[...] aber ich habe es einfach nicht dazu gepackt, weil ich finde, das Grundgesetz ist Grund. Das steht.“ (Nik)

Ähnliches äußert Tim über die deutsche Flagge:

„Naja, die deutsche Flagge ist halt die deutsche Flagge. Die hat sich früher irgendwann mal so zusammengestellt. Das hat dann ja auch nicht mehr so viel mit Politik zu tun.“ (Tim)

Durch dieses Verständnis lässt sich das Paradox zwischen Identifikation mit der Demokratie und politischem Desinteresse erklären. Da Jugendliche den Rahmen nicht als Politik verstehen, finden sie diesen zwar gut, sehen das aber nicht als Zustimmung zur Politik.

Der politischen Kultur in Deutschland stehen die Befragten zwiespältig gegenüber. Vor allem in der Hauptstudie zeigt sich, dass die Befragten von der Politik Seriosität und Ernsthaftigkeit erwarten. Mia und Simon z.B. kritisieren das Fehlen dieser bei der Piratenpartei. Auf der anderen Seite beklagen die Interviewten in beiden Studienteilen, dass Politik langweilig sei. Sonja sagt zum Beispiel:

„Ich finde zum Beispiel die Wahlkämpfe in Amerika [...] immer viel spannender als in Deutschland. [...] die sind irgendwie spektakulärer. Wenn die alle da mit ihren Plakaten stehen und ihren Favoriten anfeuern.“ (Sonja)

Gleichzeitig ist sie aber auch der Ansicht, dass so etwas in Deutschland nicht möglich wäre.

Zusammenfassend setzen Jugendliche Politik folglich mit der staatlichen Regulierungsinstanz gleich. Zum anderen sehen sie diese Regulierung aber auch als beweglichen Aushandlungsprozess, an dem sich viele Akteure – unter anderem sie selbst als Bürger – beteiligen können und sollten. Gegenstand dieses Prozesses sind viele Themen, von denen nicht alle für sie persönlich von Interesse sind. Sie differenzieren zwischen persönlicher und gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Die Dimension Polity gehört für Jugendliche weniger zur Politik, da sie ihnen nicht aushandelbar erscheint. Mit diesem Politikverständnis stehen sie der zugrundeliegenden Definition von Thurich (2006) nahe, da auch diese Politik als einen das Gemeinwesen koordinierenden und regulierenden Aushandlungsprozess beschreibt.

Insgesamt stehen sie der Politik ambivalent gegenüber, da sie sie zum einen nötig und wichtig, zum anderen aber auch langweilig und schwer verständlich finden und Politiker, abgesehen von Barack Obama, für sie weit entfernte Figuren ohne Identifikationspotenzial sind. Dennoch interessieren sie sich für politische Themen; vor allem für solche, die sie persönlich betreffen, und setzen sich dafür ein. Gleichzeitig reduzieren sie diese Themen allerdings oft auf den persönlichen Bezug und erachten sie daher nicht als politisch. Daher kann man auch davon sprechen, dass es weniger politische Vorgänge und Inhalte sind, die auf Desinteresse stoßen, sondern vielmehr der Begriff Politik ein Imageproblem hat. Das oft enge Politikverständnis der Jugendlichen ist dafür verantwortlich, dass sie ihr eigenes politisches Interesse nicht als solches erkennen und daher auch kein Interesse an der Politik im Allgemeinen äußern. Stößt man aller-

dings Reflexionsprozesse an, wie in den Interviews geschehen, kann eine Erweiterung des Politikbegriffs beobachtet werden.

5.2 Die politische Positionierung Jugendlicher

Neben dem Politikverständnis und -interesse wurde in der Vorstudie auch die politische Positionierung der Jugendlichen ermittelt. Dafür wurde zum einen die Parteipräferenz erfragt und zum anderen die in der Öffentlichkeit und in vielen Studien häufig angewandte Kategorisierung politischer Haltungen auf dem Rechts-Links-Spektrum verwendet (Schneekloth 2011, Thurich 2011). Hintergrund war unter anderem die Alltagsbeobachtung, dass diese Einordnung, die aus wissenschaftlicher Sicht ohnehin aufgrund ihrer starken Vereinfachung kritisiert wird, zunehmend schwierig wird. Denn Parteien, die sich traditionell dem linken Spektrum zuordnen lassen wie die Grünen, verfolgen inzwischen eher konservative Strategien und befürworten z.B. Auslandseinsätze der Bundeswehr. Oder die rechtsextreme NPD widmet sich klassisch linken Themen wie dem Umweltschutz, in dem es diesen zum Heimatschutz deklariert (s. a. Thurich 2011). Daher wurde bereits vor der Vorstudie vermutet, dass die Einordnung der Parteien auf dem Spektrum den Jugendlichen Probleme bereiten würde. Schon im Pretest des Leitfadens (siehe Kap. 4.2) fiel allerdings auf, dass das Problem der Verordnung nicht primär an vermeintlichen Profilschärfen der Parteien liegt, sondern an Unsicherheiten hinsichtlich der Bedeutung von politisch rechts und links. Daher wurde in beiden Studienteilen die Frage nach einer Erklärung des politischen Spektrums ergänzt. Daraufhin zeigen sich die meisten Befragten verunsichert oder geben wie Tim rundheraus zu, dass sie es nicht wissen:

I: Wie würdest du denn jetzt rechts links jemandem erklären, der das so überhaupt nicht kennt?

Tim: Ich glaube gar nicht, weil ich es gar nicht wirklich erklären kann.

Nach genauerem Nachfragen können aber mit Ausnahme von Lily alle angeben, was sie mit politisch rechts und links verbinden. Hierbei handelt es sich oft um stark verkürzte Erklärungen:

„Rechts schlecht, links gut.“ (Nik)

Rechts wird oft mit rechtsradikal und Neo-Nazis gleichgesetzt, wobei links positiv besetzt ist. Die Einstellung gegenüber Ausländern ist meist das Thema, anhand dessen rechte und linke Positionen erklärt werden. Dementsprechend ergibt die Einordnung der Parteien auch in drei der fünf Fälle der Vorstudie untenstehendes Bild (siehe Abb. 2). Die NPD und die Linke werden als Erstes dem jeweiligen Pol zugeordnet. Alle anderen Parteien werden mehr oder weniger weit links eingeschätzt, da ihnen keine Ausländerfeindlichkeit unterstellt wird. Die Piratenpartei kann oft nicht eingeordnet werden.

Bei der Beschreibung des Spektrums lassen sich Bildungseffekte erkennen, da es die Gymnasiasten mit Ausnahme von Sonja deutlich differenzierter beschreiben als die anderen Teilnehmenden. Hierin kann eventuell die Beobachtung der Jugendlichen erklärt werden, dass Jugendliche mit geringerem Bildungsstand oft mittig einsortieren. Dies kann damit zusammenhängen,

dass sie nicht wissen, ob ihre eigene Haltung politisch rechts oder links entspricht und daher auf die Mitte ausweichen.

Die Jugendlichen positionieren sich mit Ausnahme von Lisa alle links auf dem Spektrum, was den Ergebnissen der Shell-Studie entspricht (Schneekloth 2011: 134). Diese Aussage muss allerdings vorsichtig betrachtet werden. Denn den Erklärungen des Spektrums zufolge bedeutet die Aussage *Ich bin links* die meisten Jugendlichen nur *Ich bin kein Nazi*. Dazu gehört noch keine Identifikation mit typisch linken Positionen. Dies wird vor allem bei Nik deutlich, der links als eine Art Lebensstil begreift und vehement darauf verweist, dass er auf keinen Fall rechts sei:

„Ich muss auch ehrlich sagen, ich wäre lieber ein radikaler Linker als ein halber Rechter.“ (Nik)

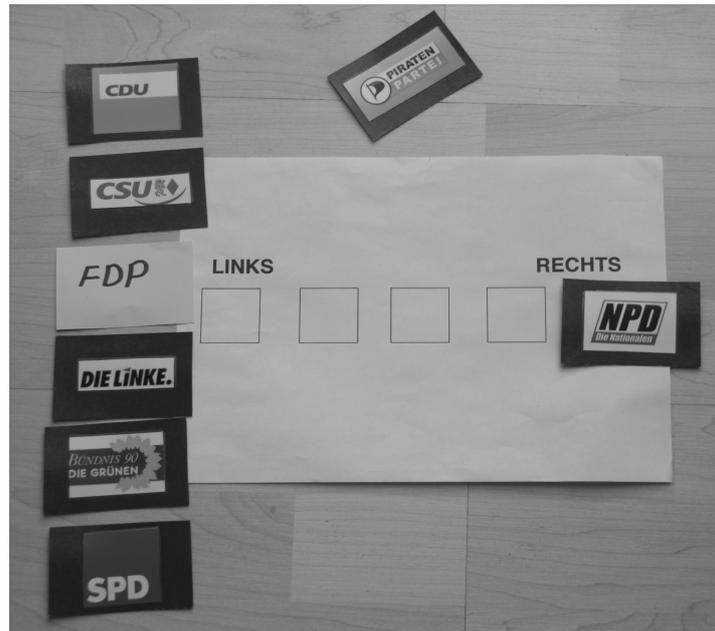
Dabei macht Nik, genau wie Samy und Tim, rechts an Äußerlichkeiten wie der Kleidung oder dem Haarschnitt fest und weniger an Themen oder Positionen. Zudem wird im Interview mit Nik deutlich, dass er zu vielen Themen eine eher rechte Meinung vertritt. So ist er beispielsweise dagegen, die Atomkraftwerke komplett abzuschalten, da er Energiemangel befürchtet. Oder er beschwert sich über Immigranten, die zwar in Deutschland leben, aber nicht für ihren Lebensunterhalt arbeiten wollen. Er ist sich aber nicht bewusst, dass es sich hierbei eher um klassisch konservative und somit rechte Positionen handelt (s. a. Thurich 2011).

Hinsichtlich der Parteipräferenz spielt es wiederum eine Rolle, wie sehr Jugendliche sich mit Politik auseinandersetzen. Diejenigen, die dies tun, sind sich ihrer bevorzugten Partei sicher. Die anderen haben vage Vorstellung. Besonders häufig werden die Grünen genannt, da es den Jugendlichen gefällt, dass die Partei sich dem Umweltschutz verschrieben hat. Zudem orientieren sich oft an ihren Eltern:

„Ich glaube, ich würde ähm .. SPD wählen, weil mein Opa und meine Mutter, die wählen auch immer SPD und sonst ist das die beste Partei, die sind am besten eingestellt ((lacht)).“ (Paul)

Die beiden befragten Hauptschüler in der Hauptstudie, Samy und Lily, sagen weiterhin, dass sie vermutlich die Piratenpartei wählen würden, da sie deren Namen weniger langweilig finden, als die der anderen Parteien. Die Sympathie zu einer Partei wird hier folglich rein an äußeren und

Abb. 2: Einordnung der Parteien auf dem Rechts-Links-Spektrum von Sonja



Quelle: eigene Darstellung

Anm.: Um die Anonymität zu gewährleisten, wurde die Fotografie aus dem Interview originalgetreu nachgestellt.

weniger an inhaltlichen Merkmalen festgemacht, wohinter sich ein Bildungseffekt vermuten lässt.

Auch der Wahl-O-Mat¹⁷ spielt eine wichtige Rolle. Abgesehen von den beiden Hauptschülern kennen sie das Online-Tool aus dem Schulunterricht und geben an, sich vor einer Wahl dort informieren zu wollen. Sonja ist die einzige Befragte, die schon einmal an einer Wahl teilgenommen hat und berichtet, dass sie ihre Entscheidung einzig aufgrund des Ergebnisses getroffen habe:

„Ja, ich habe so ein ähm paar Berichte durchgelesen, aber das war nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend war halt [...] dieser Wahl-O-Mat.“ (Sonja)

Teilweise treffen sie ihre Entscheidungen für oder gegen Parteien aber auch aufgrund von Halbwissen oder Gerüchten, wie folgende Aussage von Nik deutlich macht:

„Ich habe mal was gehört über die SPD, was mit den Rechten zu tun hatte. [...] ich weiß nicht genau was. Die wollten irgendwas mit den NPD-Leuten zusammen machen und das reicht mir schon. Das ist auch das Letzte was ich wählen würde, SPD oder NPD.“ (Nik)

Besonders eindrücklich ist für die Jugendlichen, wenn sie die Möglichkeit bekommen, persönlich mit Politikern zu sprechen. So erwähnen u.a. Fernanda und Nathalie, dass Politiker, die den Schulunterricht besucht haben oder die sie auf Exkursionen getroffen haben, einen bleibenden Eindruck gemacht und das Bild bestimmter Parteien geprägt haben.

Abschließend lässt sich sagen, dass die persönliche politische Verortung immens davon abhängt, wie sehr sie sich mit Politik beschäftigen. Je besser sie sich in der politischen Landschaft auskennen, desto besser wissen sie, wo sie sich dort selbst positionieren. Da für viele Jugendliche die Begriffe politisch rechts und links inhaltsleer sind, ist es wenig sinnvoll sie allein danach zu fragen, wenn man ihre politische Haltung erfahren will. Vielmehr ist es sinnvoll, sie nach ihrer Haltung zu verschiedenen Themen zu fragen.

6 Ergebnisse der Hauptstudie

Bevor die fallübergreifenden Ergebnisse der Interviews ausgewertet werden, werden die neun Fälle der Hauptbefragung überblicksartig vorgestellt und die wichtigsten Ergebnisse der Fallinterpretation genannt. So soll ein erster Einblick in das Datenmaterial gegeben werden.

6.1 Übersicht über die befragten Jugendlichen

Jana (17) hat die Mittlere Reife abgeschlossen und leistet gerade Bundesfreiwilligendienst in einem Kindergarten. Sie ist gut informiert, vertritt moderat linke Ansichten und engagiert sich

¹⁷ Dabei handelt es sich um eine interaktive Online-Entscheidungshilfe für Wählerinnen und Wähler, mit der man die Positionen verschiedener Parteien mit der eigenen Haltung zu unterschiedlichen Themen vergleichen kann. Das Angebot stammt von der Bundeszentrale für politische Bildung (s. <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>)

bei PeTA¹⁸ für Tierschutz, was sie selbst als Hobby und nicht als politische Einmischung versteht. Facebook sieht sie als soziales Netzwerk, nutzt es aber auch, um sich über Tierschutz zu informieren und Informationen weiterzuleiten. Die Suche nach ihrer politischen Orientierung findet aber nicht dort statt.

Lily (16) hat einen syrischen Migrationshintergrund und besucht die 10. Klasse einer Hauptschule, möchte dort aber ihren Realschulabschluss machen. Sie ist ein empathischer Mensch, da sie sich sehr in ihre Mitmenschen einfühlt. Die wichtigen Themenbereiche ihrer Lebenswelt (Mode, Tanzen, Fußball, Familie) finden sich alle auch in ihrem Facebook-Profil wieder. Zudem leistet sie Identitätsarbeit durch eine Seite und eine Gruppe, die sie bei Facebook erstellt hat und die als online-spezifische Partizipation gesehen werden können.

Lisa (17) macht gerade eine Ausbildung zur technischen Systemplanerin. Ihr Hobby LARP¹⁹ spielt in ihrem Leben eine große Rolle und dominiert ihre Online-Nutzung. So präsentiert sie bei Facebook ausschließlich ihre Teilidentität als Rollenspielerin und nutzt das Netzwerk zur Kommunikation und Organisation ihres Hobbys bzw. ihrer Partizipation in einem Liverollenspiel-Verein.

Max (18) lebt in einem Dorf in Franken und macht derzeit Abitur an einem Gymnasium. Er ist Mitglied bei Bündnis 90/die Grünen und engagiert sich dort vor allem in den Bereichen Drogen- und Bildungspolitik. Er hat ein reges politisches Interesse und verfolgt aufmerksam on- wie offline die politische Berichterstattung. Er versucht stets, sein Umfeld vor allem via Facebook für Politik zu begeistern. Online-Medien wie Facebook, Twitter, sein Blog und Foren sind fest in seine Partizipation eingebunden und dienen ihm zur Koordination, zur Kommunikation aber auch zur onlinespezifischen Partizipation.

Mia (17) schreibt in diesem Schuljahr Abitur an einem Gymnasium in einer hessischen Großstadt. Sie verfügt über ein breites Interessenspektrum und partizipiert an ihrer Schule und bei der Grünen Jugend. Sie ist sich ihrer politischen Haltung bereits sicher und reflektiert diese konstant. Bei Facebook wird dieser Teil ihrer Identität deutlich. Sie ist online-affin²⁰ und nutzt das Netzwerk mehr pragmatisch als Kommunikations- und Organisationstool als zur Identitätsarbeit.

Nathalie (16) besucht die 11. Klasse einer Gesamtschule. Ihr ist ihre Zugehörigkeit zu einer alternativen Jugendszene wichtig und sie spielt u.a. in der Band von Ten Sing²¹. Dies wird beides auch in ihrer Facebook-Nutzung sichtbar. Allerdings hat das Netzwerk in ihrem Leben nur eine untergeordnete Bedeutung und ist daher weder entscheidend für ihre Partizipation noch für ihre Identitätsarbeit.

¹⁸ People for the Ethical Treatment of Animals

¹⁹ Live Action Role Play

²⁰ Der Begriff ist in einem wörtlichen Sinn gemeint. Als online-affin gelten daher Nutzende, die das Internet häufig und in großer Bandbreite, also für unterschiedliche Tätigkeiten, nutzen.

²¹ Ten Sing steht für Teenager Singen und ist ein Projekt des Christlichen Vereins Junger Menschen (CVJM), das an vielen Standorten deutschlandweit angeboten wird. Weitestgehend in Eigenregie organisieren Jugendliche hier im Jahr eine Show aus Musik, Tanz, Theater und Akrobatik, die in mehreren Workshops erarbeitet wird.

Paul (17) befindet sich in der Einführungsphase der Oberstufe. Handball und sein Freundeskreis sind seine wichtigsten Freizeitbereiche, die auch bei seiner Facebook-Nutzung eine wesentliche Rolle spielen, da er sich Organisation und Kommunikation darüber erleichtert. Allerdings ist er bei Facebook wenig aktiv. Politik besteht für ihn vor allem aus politischen Akteuren, die ihn nicht interessieren, und er bezieht politisch keine Stellung, weshalb dies auch in seinem Profil keine Rolle spielt.

Samy (17), eigentlich Samir, besucht die 10. Klasse einer Hauptschule. Seine Eltern stammen aus dem Irak. Er engagiert sich in einem Fußball-Projekt und im Jugendparlament seiner Heimatstadt. Abgesehen davon setzt er sich aber nur dann mit Politik auseinander, wenn sie einen unmittelbaren persönlichen Bezug hat. Facebook spielt in seinem Sozialleben und für seine Identitätsarbeit eine große Rolle, für seine Partizipation allerdings nicht.

Simon (18) ist Oberstufenschüler an einem Gymnasium. Zentral sind bei ihm die Partizipation in seinem Chor und seine selbstgedrehten Lego-Animations-Filme, sogenannte Brick-Filme. Beides hat eine Online-Komponente, da Simon online-affin ist, seinem Chor die Facebook-Seite eingerichtet hat und er seine Videos bei YouTube online stellt, wodurch sein Hobby zur online-spezifischen Partizipation wird. Zudem nutzt er das Internet auch, um sich mit anderen Brick-Filmern auszutauschen und leistet dadurch Identitätsarbeit. Politik spielt in seiner Online-Nutzung keine Rolle und er findet Facebook dafür nicht seriös genug.

6.2 Partizipationsformen der befragten Jugendlichen

Alle neun Teilnehmenden bringen sich auf irgendeine Weise in die Gesellschaft ein, selbst wenn sie dies in den Vorgesprächen nicht angaben. Vereine spielen dabei eine zentrale Rolle. Fünf der Befragten treiben Vereinssport, geben aber an, sich darüber hinaus nicht zu engagieren. In der Vorstudie ist es ähnlich: die drei Jungen sind in Sportvereinen aktiv, partizipieren dort nach eigener Einschätzung aber nicht. Im weiteren Gespräch wird aber meist deutlich, dass Vereinsmitgliedschaft in der Regel mehr bedeutet, als sportlich aktiv zu sein. So berichtet Paul beispielsweise, dass er Feiern seiner Handballmannschaft mit organisiert und Informationen weiterleitet. Diese Form des Einbringens in die eigene Mannschaft scheint folglich eine Selbstverständlichkeit zu sein und keiner Erwähnung zu bedürfen. Genau andersherum verhält es sich bei Lisa. Ihr Hobby ist Live-Rollenspiel und sie unterstützt einen Verein in diesem Bereich, ohne selbst Mitglied zu sein.

Neben Vereinen bieten auch kirchliche Institutionen den Befragten die Möglichkeit, sich einzubringen. Diese nutzen nicht nur Jugendliche, denen Glaube wichtig ist. Simon singt in einem christlichen Jugend-Pop-Chor, gibt aber an, dass Religion ihm nicht wichtig sei. Im Gegensatz dazu legt Max Wert auf seine christliche Grundhaltung. Er unterstützt die Konfirmandenarbeit seiner Gemeinde und bringt sich damit mehr in das Gemeindeleben ein als Simon, bei dem die Musik im Vordergrund steht. Dies ist bei Nathalie, die sich bei Ten Sing engagiert, ähnlich wie bei Simon. Ihre Beteiligung dort versteht sie nicht als Partizipation, sondern schlicht als Hobby,

obwohl sie in der Band des Projekts spielt und insofern wesentlich für die musikalische Begleitung mitverantwortlich ist.

Als weiterer Partizipationsraum tritt in den Interviews die Schule in Erscheinung. Lily war z.B. bis zur zehnten Klasse Tutorin für jüngere Schüler und Nathalie bis vor Kurzem Lese-Scout. Dort hat sie u.a. Lese-Nächte für jüngere Schüler organisiert. Simon und Mia bringen sich in die Organisation der Abiturfeierlichkeiten ihrer Stufe ein. Simon, indem er Material für den Abi-Film sammelt und zusammenschneidet; Mia hat die Oberaufsicht über die Abi-Komitees ihrer Jahrgangsstufe. Überdies arbeitet sie in der Schülerversretung und im Stadt-Schülerrat mit. Hierin zeigt sich, dass schulische Partizipation in politische Partizipation übergehen kann. Gleiches ist auch bei Samy der Fall, der als gewählter Vertreter seiner Schule im Jugendparlament seiner Heimatstadt sitzt und dort mit anderen Jugendlichen plant, wie man die Stadt für Jugendliche attraktiver gestalten könnte. Dies geschieht u.a. in einem Street Soccer-Projekt, in dem er als Schiedsrichter und Integrationshelfer in einer Mannschaft mit irakischen Jugendlichen mitarbeitet. Er engagiert sich folglich politisch auf lokaler Ebene.

Aber auch schulunabhängig bringen sich einige der befragten Jugendlichen politisch ein. Schon die Auswertung des Politikbegriffs ergibt, dass einige an Demonstrationen zu Themen teilgenommen haben, die sie bewegen (s. Kap. 5.1). Ebenfalls Erwähnung haben bereits die beiden Teilnehmenden gefunden, die bei der Jugendorganisation von Bündnis 90/den Grünen mitmachen. Max ist über ein lokales Problem zur politischen Partizipation gekommen. Er hat die Schließung des einzigen Jugendzentrums in seinem Dorf mit verhindert. Sein politisches Interesse wurde zudem über die Bundestagswahl 2008 geweckt, bei der er den Wahlkampf, die Wahl selbst und die Regierungsbildung als, wie er selbst sagt, unpolitischer Zuschauer verfolgt habe. Mittlerweile mischt er über die Mitarbeit bei den Grünen und deren Jugendorganisation selbst mit:

„Politik interessiert mich vor allem mit Einmischen und auch sich einfach darüber informieren, was überhaupt in der Welt abgeht im Moment.“ (Max)

Eines seiner zentralen Themen ist die Drogenpolitik, was er damit begründet, dass das Thema bisher kaum diskutiert wurde und es hier noch viel Grundsätzliches zu entscheiden gebe.

Mia hingegen ist über ihre schulische Partizipation und über Freunde zur Grünen Jugend gekommen. Sie ist auch kein Mitglied der Partei, sondern nur der Jugendorganisation, da sie noch nicht weiß, ob sie mit den Grünen so im Einklang steht, dass sie beitreten möchte. Im Gegensatz zu Max, den vor allem der politische Prozess zu faszinieren scheint und dem es Spaß macht, dort mitzudiskutieren, steht für Mia das Verändern von Zuständen, die sie stören, im Mittelpunkt. Dies zeigt sich darin, dass sie im Interview immer wieder Probleme benennt, die sie gerne angehen würde. Weiterhin stören sie Jugendliche, die sich zwar über Dinge ärgern, aber nichts dagegen unternehmen:

„Und das nervt mich übertriebenst, wenn Leute einfach so ‚Äh ja, alles scheiße, aber wirklich politisch bin ich auch nicht.‘“ (Mia)

Außerhalb der Parteipartizipation bringt Jana sich politisch ein. Sie ist Mitglied im PeTA-Aktiven-Team und setzt sich dort für Tierschutz ein, in dem sie z.B. Info-Stände bei Demonstrationen organisiert. Ähnlich wie Nathalie sieht sie das aber nicht als Partizipation, sondern als Hobby an:

„Ja, so richtig engagieren ((lacht)). Na, ich weiß nicht so genau, so richtig engagieren... Es ist eigentlich nur PeTA“ (Jana).

Ferner stuft sie ihr Tun selbst nicht als politisch ein, weshalb es im Interview zu Missverständnissen mit der Interviewerin kommt. So bemerkt diese, dass sie über Janas politisches Engagement ja schon gesprochen hätten und Jana antwortet irritiert, dass sie schon auf politischen Demonstrationen gewesen sei, dazu aber doch noch nichts gesagt habe. Hierin bestätigt sich erneut, dass Jugendliche die politische Dimension von Themen, die ihnen am Herzen liegen, oft verkennen. Es zeigt aber auch, dass sie parallel zum engen Politikbegriff einen engen Partizipationsbegriff haben und ihr eigenes Engagement nur dann als Einbringen in die Gesellschaft verstehen, wenn sie etwas verändern oder anstoßen und weniger etwas Bestehendes am Laufen halten oder mit Leben zu füllen. Dies zeigen die Beispiele von Nathalie, Paul und Jana, die ihr Engagement bei Ten Sing bzw. PeTA oder der Handballmannschaft unbewusst herunterspielen.

Insgesamt deutet das breite Spektrum an Partizipationsformen in Richtung des *engaged youth paradigm* (Bennett 2008), zumal die Formen die Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen spiegeln. So engagierte Lily sich gemäß ihrer empathischen Ader als Tutorin für jüngere Schüler, Simon nutzt sein Interesse und Know-How im Bereich Film für den Abi-Film seiner Stufe und Fußball-Fan Samy engagiert sich im Street Soccer-Projekt.

Darin zeigen sich zwei Hauptmotive für Partizipation: Jugendliche wollen in ihrem Partizipationsbereich Expertise in Bereichen beweisen, die ihnen gefallen. Daher wird das Motiv, Kompetenzen zu erwerben (Moser 2010), um das Demonstrieren bereits vorhandener Kompetenzen erweitert. Zweitens wollen sie das, was sie gut finden, an andere weiter geben. Daher erklärt Lisa ihr Engagement im Live-Rollenspiel-Verein mit:

„Weil es ein tolles Hobby ist und weil ich Spaß daran habe das zu fördern und um da auch eben Veranstaltungen für andere Leute zu veranstalten.“ (Lisa)

Andere Beispiele sind Simon, der Öffentlichkeitsarbeit für seinen Chor macht, und Mia, die versucht, andere für politische Jugendorganisationen von Parteien zu begeistern. Weitere Motive bestätigen die bereits im Forschungsstand Zusammengefassten: Spaß an der Sache, wie u.a. Lisas Zitat aufzeigt, Zeit mit Freunden verbringen oder auch die Schaffung eines eignen Bereichs abseits des Einflusses der Erwachsenen (BMFSFJ 2010, Moser 2010). So macht Samy beispielsweise vehement deutlich, dass im Jugendstadtrat „nur wir Jugendlichen unter uns“ (Samy) beisammen seien.

Die Vermutung des Freiwilligen Surveys, dass Gymnasiasten mit Eintritt in die Oberstufe die Zeit für Partizipation fehle (BMFSFJ 2010: 29), lassen sich durch die Interviews ebenfalls bestätigen. Denn alle interviewten Gymnasiasten berichten, dass sie mit Eintritt in die Oberstufe ihre Partizipation eingeschränkt, manche Tätigkeiten sogar ganz aufgegeben haben, wie z.B.

Simon sein Engagement bei den Maltesern oder Paul seine Mitarbeit in der Jungschar des CVJM²². Sie begründen dies mit Zeitmangel und der Notwendigkeit, sich auf das Abitur konzentrieren zu müssen. Allerdings zeigt sich auch, dass sie die Arten ihrer Partizipation, die ihnen wirklich wichtig sind und die sie mehr als Hobby denn als Teilhabe begreifen, nicht aufgeben, wie die Beispiele von Simon und Paul ebenfalls zeigen. Denn trotz des knapperen Zeitbudgets singt Simon weiterhin im Chor und Paul spielt nach wie vor Handball im Verein.

6.3 Partizipation und Facebook-Nutzung

Diese Partizipationsformen stehen in unterschiedlicher Art mit der Facebook-Nutzung in Verbindung. Genauso verschieden, wie ihr Engagement ist, ist auch die Relevanz, die Facebook im Leben der Jugendlichen spielt. Lisa, Paul und Nathalie sind nicht täglich, sondern mehrmals die Woche auf der Plattform online und sie weisen der Kommunikation dort keinen hohen Stellenwert zu:

„Also ich bin eigentlich relativ wenig bei Facebook. Wenn ich mal irgendwie so eine Woche oder sowas nicht bei Facebook online bin, dann ist mir das eigentlich auch egal.“ (Paul)

Zwar nutzen sie die Plattform, um Nachrichten auszutauschen oder zur Unterhaltung, andere Möglichkeiten wie persönliche Treffen mit Freunden sind ihnen dafür aber lieber. Mia, Max, Simon, Lily und Samy stellen das andere Extrem dar. Sie sind täglich bei Facebook online, haben die Seite oft parallel zu anderen Tätigkeiten offen und es gehört zu ihrer Routine sich als Erstes einzuloggen, nachdem sie nach Hause gekommen sind. Anders als die drei weniger Aktiven behalten sie auch den Überblick über ihren Newsfeed und schauen nach dem Einloggen stets, was es Neues gibt. Nathalie und Lisa hingegen beschreiben, dass sie meist aufgeben, sich alles Neue anzusehen, da es zu viel sei.

Zwischen diesen beiden Positionen steht Jana, die zwar täglich online ist, aber Facebook keinen hohen Stellenwert einräumt. Sie findet das Netzwerk zwar praktisch, könnte aber darauf verzichten und zieht realweltliche Erfahrungen vor:

„Ich bin auch nicht so der Mensch, der den ganzen Tag gerne vorm Laptop hockt. Ich meine .. es gibt noch ein Draußen! ((lacht)) [...] Ich bin auch mit dem Handy immer wieder on, einfach weil, ja, es ist [...] praktisch, aber [...] ich hänge nicht den ganzen Tag vor dem Laptop allein, weil es mir wie gesagt wichtiger ist, mit Leuten zu reden und nicht [...] zu chatten allein.“ (Jana)

Dabei ist Online-Affinität allein keine Erklärung für die Facebook-Affinität. Zwar sind die fünf regelmäßig Nutzenden alle online-affin und nutzen neben Facebook auch Blogs, Twitter, andere soziale Netzwerke oder Foren und benennen das Internet als ihr wichtigstes Medium. Aber Jana ist mit Paul zusammen diejenige, die als am wenigsten online-affin eingeschätzt werden kann, wie zum einen obiges Zitat deutlich macht. Zum anderen sind für sie Bücher und Zeitschriften

²² Die Jungschar ist ein wöchentliches Angebot für Kinder zwischen 8 und 12 Jahren des CVJM. In der Gruppe wird gemeinsam gespielt und gebastelt.

unverzichtbare Medien und nicht wie für die meisten anderen das Internet. Dennoch ist ihre Facebook-Affinität höher einzuschätzen als die von Lisa, obwohl diese sich sehr online- und technik-affin zeigt. Lisa baut sich nämlich gerade selbst einen neuen Computer zusammen, erlernt einen technischen Beruf, spielt häufig Digitale Spiele, benennt das Internet als wichtigstes Medium und nutzt Foren und mehrere soziale Netzwerke. Dennoch spielt Facebook bei ihr eine untergeordnete Rolle. Sie schaut unregelmäßig hinein und äußert sich nur sparsam. Dies begründet sie zum einen mit Datenschutz und zum anderen damit, dass sie aufgrund schlechter Erfahrungen eher introvertiert im Internet agiere. Sie wurde aufgrund einiger Äußerungen in einem Forum von anderen Nutzern diffamiert, was sie als „geflamed“ bezeichnet. Zudem sprechen sie bei Facebook immer Leute z.B. aus dem Verein auf Aufgaben an, die sie noch nicht erledigt habe. Deshalb logge sie sich meist schnell wieder aus. Das Beispiel zeigt, dass es vielfältige persönliche Gründe und Erfahrungen sind, die den Stellenwert von Facebook bei den Nutzenden bestimmen. Die allgemeine Online-Affinität ist dabei nur ein Faktor unter anderen.

Dass Jugendliche Facebook häufig nutzen, heißt zudem nicht, dass sie dies nicht reflektieren (s. a. Eisermann & Potz 2013). Gerade in den Interviews mit den Fünf, die täglich bei Facebook aktiv sind, wird immer wieder deutlich, dass sie ihre Nutzung hinterfragen. Samy z.B. bemerkt in Bezug zu einer Nutzungsfrequenz lachend, dass er „schon süchtig“ sei. Auch wenn sein Lachen anzeigt, dass er diese Aussage nicht ganz ernst meint, lässt sie doch darauf schließen, dass er sich seiner häufigen Nutzung selbstkritisch bewusst ist. Mia reflektiert, dass sie es nicht nur kritisch sehe, wenn ihre Facebook-Kontakte aus ihrer Sicht unnütze Postings verfassen. Sie selbst schreibe auch oft Irrelevantes:

„[...] Dreiviertel der Sachen, die ich poste, sind wahrscheinlich SUPER unnützlich. Ich weiß auch nicht, warum ich da manchmal den Drang habe, da was zu posten, aber das denke ich mir bei anderen Leuten halt auch ((lacht)).“ (Mia)

Max spielt absichtlich mit den Möglichkeiten von Facebook und führt sie dadurch ad absurdum:

„[...] was da jetzt auch eben neu ist [...] bei der Timeline [...], dass man dann irgendwie so besondere Ergebnisse so seines Lebens oder so Momente verewigen kann. Da habe ich dann aus Spaß auch einfach mal ‚geschlafen‘, um einfach auch so mal, ja, so ein bisschen damit zu spielen, damit die Leute eben merken, wie dumm das ist auf Facebook“ (Max).

Trotz der unterschiedlichen Einstellung gegenüber Facebook taucht die Partizipation der Jugendlichen bei jedem im Profil oder in der Nutzung auf. Die Formen dessen werden im Folgenden anhand der Facebook-Charakteristika aufgeführt, in denen sich Verbindungen zum Engagement finden lassen.

Für andere sichtbar taucht die Partizipation durch **Facebook-Seiten** auf. Zum einen ist dies bei den Seiten der Vereine oder Organisationen, in denen sie sich engagieren, der Fall; wie z.B. PeTA bei Jana, die Grüne Jugend bei Mia und Max, Ten Sing bei Nathalie, die Malteser bei Simon oder das Street-Soccer-Projekt bei Samy. Aber auch Seiten, die thematisch und somit indirekt mit der Partizipation in Verbindung stehen, können dazu gezählt werden. Beispiele hier-

für sind z.B. die Seite von Lego für Simon oder die Seiten von Profi-Sportlern für Lily, Samy und Paul. Alle Befragten haben Seiten unter ihren „Gefällt mir“-Angaben, die direkt oder indirekt etwas mit ihrer Partizipation zu tun haben. Hierbei handelt es sich folglich um Verweise auf realweltliche Partizipation und nicht um eine Online-Partizipationsform.

Dabei haben Facebook-Seiten stets eine doppelte Funktion. Zum einen dienen sie der Selbstdarstellung, sodass andere sehen können, was einem gefällt. Dies verdeutlicht schon der Name „Gefällt mir“-Angaben. Die Jugendlichen verwenden sie aber auch in dieser intendierten Funktion:

„Oder Filme halt, die ich mag, habe ich [...] sogar gesucht oben und dann geliked. Weil ich wollte einfach einen Eindruck von mir geben sozusagen.“
(Paul)

Auf der anderen Seite veröffentlichen die Betreiber dieser Seiten aber auch Informationen, die im Newsfeed erscheinen, z.B. Neuigkeiten zur Lieblings-Mannschaft oder Stellungnahmen eines Politikers. Somit dienen Seiten auch der Information. Welche der beiden Funktionen im Vordergrund steht, hängt den Ergebnissen der Interviews zufolge an zwei Faktoren. Zum einen scheint die Frequenz der Nutzung entscheidend zu sein. Denn die drei Wenig-Nutzenden Lisa, Paul und Nathalie fügen Seiten nicht hinzu, um Neuigkeiten zu erfahren. Paul begründet dies damit, dass er so selten bei Facebook online sei, dass er dann keine Zeit habe, sich über irgendetwas zu informieren. Lisa stören die Postings der Seiten in ihrem Newsfeed sogar. Die anderen sechs, die sich regelmäßig einloggen, nutzen die Informationsfunktion der Seiten hingegen.

Der zweite Faktor, der die Primärfunktion von Seiten zu beeinflussen scheint, ist die Erfahrung mit Facebook, die natürlich mit der Nutzungshäufigkeit verknüpft ist. Max beschreibt beispielsweise, dass seine „Gefällt mir“-Angaben zu Beginn seiner Facebook-Nutzung eine „Art Visitenkarte nach außen“ waren. Dann aber habe er deren Informationsfunktion entdeckt und achte seither darauf, nur noch offizielle Seiten hinzuzufügen, um deren Postings angezeigt zu bekommen. Solche Lerneffekte benennen auch andere wie z.B. Samy, der seine Info-Angaben im Vergleich zum Anfang seiner Nutzung eingeschränkt hat:

„Also ich habe da am Anfang eigentlich, glaube ich, alles drin, auch mit Beziehung und sowas ((lacht)). Und jetzt habe ich da nicht mehr so viel, weil das muss ja nicht gleich jeder, der da reinguckt, wissen, was ich mache und woher ich komme oder [...] wo ich bin und wo ich geboren bin [...]“ (Samy)

Ähnliches zeigt sich bei Mia, die ihr Profil zunächst mit viel Mühe eingerichtet hat, es jetzt aber nur noch überarbeitet, wenn sie einen konkreten Zweck darin erkennen kann. Dass die Social Net-Nutzung erlernt wird und sich mit mehr Erfahrung verändert, ist keine neue Entdeckung. Auch andere Autoren weisen daraufhin, dass Jugendliche die für sie ideale Nutzungsweise nur durch Ausprobieren entdecken können (Eisermann & Potz 2013, Röhl 2010).

In den **Info-Angaben**, die die Jugendlichen in ihren Profilen eingetragen haben, finden sich ebenfalls Verweise auf ihre Partizipation. Allerdings ist dies im Gegensatz zu den Seiten nicht bei allen der Fall. Mia, Max und Simon haben ihre Partizipation als Arbeitgeber eingetragen: Mia und Max die Grüne Jugend und Simon YouTube wegen seiner Brick-Filme, die er dort online

stellt. Dies diene der Vernetzung mit anderen und der Auffindbarkeit. Es steht aber auch zu vermuten, dass sie diese Angaben zur Selbstdarstellung aufführen, da sie stolz darauf sind, dort mitzumachen und wollen, dass dies auch sichtbar ist. Denn bei allen Dreien wird im Interview deutlich, wie gerne sie von ihrer Partizipation berichten.

Max und Mia instrumentalisieren ihre Info-Angaben zudem für ihre Partizipation. Max hat zum Zeitpunkt des Interviews ein Foto eines Freundes als sein Profilbild hochgeladen, weil er dadurch Aufmerksamkeit für dessen Kandidatur für den Gemeinderat wecken möchte. Mia hat z.B. die Angabe zur ihrer Schule eingetragen, damit sie als Schulsprecherin für Mitschüler leichter zu finden ist. Diese Beispiele zeigen, dass die Funktion der Info-Angaben für die Partizipation und deren Selbstdarstellungsfunktion nicht voneinander getrennt werden können.

Unsichtbar für den Betrachter eines Profils finden sich Spuren der Partizipation weiterhin in der Nutzung der Interviewten. Denn Facebook ist im Sozialleben der Jugendlichen ein wichtiges Mittel zur Organisation und zur Kommunikation (Feil 2010, Röhl 2010), das auch für ihr Engagement nutzbar gemacht wird. Besonders deutlich wird dies anhand der **Gruppen**, die die Jugendlichen nutzen. Häufig haben die Befragten Gruppen ihrer Klasse oder Jahrgangsstufe, in denen z.B. Probleme mit Hausaufgaben angesprochen werden können. Ebenso haben Paul, Nathalie und Max Gruppen ihres Freundeskreises, in der sie sich die Wochenend- oder Abendplanung erleichtern. Somit dienen diese Gruppen der Alltagsorganisation.

Ebenso erleichtern sie sich darüber die Organisation ihres Engagements. Simon, Max, Mia, Nathalie, Paul und Lisa sind Mitglieder bei Facebook-Gruppen, die mit ihrer außermedialen Partizipation in Verbindung stehen. Zum Beispiel hat Nathalie drei Ten Sing-Gruppen und Max mehrere der Grünen. Diese dienen der Organisation, der Kommunikation und der Information. Paul beschreibt z.B., dass über die Gruppe seiner Handballmannschaft gemeinsame Partys organisiert und Bilder und Informationen verbreitet werden. Obwohl er sonst angibt, dass er nicht der Typ sei, der sich viel einbringe, nimmt er hieran teil. Zum einen weist dies, wie erwähnt, darauf hin, dass diese Form der Partizipation in der eigenen Mannschaft nicht als solche angesehen wird (s. Kap. 6.2). Auf der anderen Seite zeigt dies aber auch, dass online die Hemmschwelle sich einzubringen scheinbar sinkt.

In anderen Studien, die sich auf politische Facebook-Gruppen konzentrieren, wird diesen eher die Funktion einer Online-Petition zugeschrieben (Moser 2011, Wettstein 2010). Dies zeigt sich hier nicht und die Jugendlichen geben alle an, Gruppen, die rein der politischen Meinungsäußerung dienen, nicht zu nutzen. Sofern Gruppen also mit realweltlichem Engagement in Verbindung stehen, dienen sie tatsächlich dem Meinungsaustausch und der Organisationserleichterung und nicht der bloßen Verlautbarung.

Neben den Gruppen gibt es auch zwischen den **Freundeslisten** und der Partizipation der Jugendlichen Berührungspunkte. Dies war zu erwarten, da die Bedeutung der Peergroup für Engagement bekannt ist. Freundschaften entstehen oft bei der Partizipation z.B. im Sportverein. Oder andersherum beginnen Jugendliche ihr Engagement bei einer bestimmten Organisation,

weil ihre Freunde dort aktiv sind (BMFSFJ 2010: 27, Moser 2010: 185ff). Mia ist hierfür ein Beispiel. Daher ist es logisch, dass sich die Leute aus ihrem Verein, Chor oder Jugendorganisation auch in ihrer Freundesliste bei Facebook wiederfinden. Allerdings nutzen die Interviewten die Tatsache, dass diese Kontakte auch über Facebook bestehen, um sich die Kommunikation untereinander zu erleichtern. Zudem halten sie darüber freundschaftliche Kontakte über weite Entfernungen, die sich über ihre Partizipation ergeben haben. Paul beispielsweise steht darüber mit Freunden im Ausland in Kontakt, die er während einer Reise mit seinem ehemaligen Chor kennengelernt hat.

Es gibt weiterhin Fälle, in denen Befragte mit Leuten bei Facebook vernetzt sind, die sie persönlich noch nie getroffen haben, mit denen sie aber wegen ihrer Partizipation Kontakt haben. Max hat z.B. Leute in seiner Freundesliste, mit denen er online aufgrund seines Engagements bei der Grünen Jugend oder dem Deutschen Hanfverband zu tun hat, die er aber face-to-face noch nicht gesehen hat. Ähnlich ist es bei Simon, der bei Facebook mit anderen Brick-Filmern befreundet ist, mit denen er sich ausschließlich online über das gemeinsame Hobby austauscht.

Mia hingegen kennt fast alle ihrer Kontakte, hat aber, wie sie selbst sagt, viel zu viele. Denn sie ist in ihrer Schule als ehemalige Schulsprecherin bekannt und viele MitschülerInnen hätten sie zu ihren Freundeschaftslisten hinzugefügt, um sie als Ansprechpartnerin zu haben. Zudem hat sie auch Kontakte in ihrer Liste, die ihr privat weniger bedeuten, bei denen sie aber davon ausgeht, dass sie ihrem Engagement irgendwann nützen können, wie z.B. bei Pressevertretern. Die Kontaktlisten der Drei sind daher nicht nur Freundeslisten im wörtlichen Sinne, sondern enthalten auch strategische Kontakte, die ihrer Partizipation dienen. Dies scheint mit ihrer Facebook-Affinität zusammenzuhängen, da z.B. Jana gerade keine anderen PeTA-Aktivistinnen in ihrer Freundesliste führt und diese lieber auf private Kontakte beschränkt.

Ein weiterer Punkt, bei dem die Partizipation in die Facebook-Nutzung eingebunden wird, ist das **Teilen** von Informationen. Denn einige der Jugendlichen geben auch außerhalb von Gruppen und privaten Nachrichten Informationen mit Bezug zu ihrem Engagement weiter. Dies geschieht ähnlich den Seiten entweder mit einem direkten Bezug, indem Jana z.B. Termine und Bitten um Hilfe von PeTA weiterleitet. Oder aber die Informationen haben einen indirekten bzw. thematischen Zusammenhang. Wenn z.B. Samy Anti-Rassismus-Postings weiterleitet oder Max Zeitungsartikel zur G8-Reform postet, hat dies inhaltlich mit ihrer Partizipation zu tun, steht aber in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Diese Form der Informationsweitergabe beschreiben die Jugendlichen als unkomplizierte Unterstützung ihrer Teilhabe:

„[...] es ist halt schon leichter, dass man das einfach so mit einem Klick sozusagen verbreiten kann. Das ist halt einfach praktisch.“ (Jana)

Facebook bedeutet für die Partizipation der Jugendlichen folglich in erster Linie eine Erleichterung der Organisation und der Kommunikation sowie der Informationsbeschaffung. Dabei sind diese Punkte nicht von der Selbstdarstellung zu trennen (Rauschenbach et al. 2011: 14ff). Entscheidend für das Ausmaß, in dem Facebook für die eigene Partizipation nutzbar gemacht

wird, scheint dabei die Facebook- und weniger die allgemeine Online-Affinität zu sein. Je häufiger die Jugendlichen auf der Plattform online sind und je öfter sie sich dort äußern, desto mehr beziehen sie auch ihre Partizipation in ihre Nutzung ein. Da aber bei allen zumindest durch „Gefällt mir“-Seiten oder Gruppen das eigene Engagement sichtbar wird, ist ablesbar, dass Partizipation etwas ist, was zum einen fest zum Sozialleben der Jugendlichen gehört und daher selbstverständlich in ihre Facebook-Nutzung einbezogen wird. Zum anderen ist es etwas, auf das sie stolz sind und das sie daher auch nach außen zeigen.

6.4 Online-spezifische Partizipation

Neben der Einbindung von Verweisen auf realweltliche Partizipation, bzw. die Nutzbarmachung von Facebook für diese, wurde auch online-spezifische Partizipation bei Facebook betrachtet. In der Studie des DJI und der TU Dortmund zur Partizipation Jugendlicher im Internet werden unter „Engagement 2.0“ (Rauschenbach et al. 2011: 14) Tätigkeiten verstanden, die die technischen Möglichkeiten des Internets anwenden oder weiterentwickeln, die freiwillig und ohne finanziellen Vorteil durchgeführt werden und einen Mehrwert produzieren, der sich nicht ausschließlich auf den unmittelbaren Bekanntenkreis des Nutzenden bezieht. In Anlehnung daran wird hier von online-spezifischer Partizipation immer dann gesprochen, wenn freiwillig Inhalte produziert werden, die online über den persönlichen Bekanntenkreis hinaus verbreitet werden, mit denen aber kein Geld verdient werden soll und die nicht unmittelbar mit realweltlicher Partizipation in Verbindung stehen. Diese Inhalte können sowohl als inhaltlicher Mehrwert für andere gedacht sein, wie z.B. YouTube-Videos, als auch darauf abzielen, politische oder gesellschaftliche Vorgänge zu beeinflussen, wie eine Protest-Mailing-Aktion. Vor allem das Kriterium der Unabhängigkeit von realweltlichen Handlungen ist dabei schwierig, da schon die Betrachtung der „Gefällt mir“-Seiten gezeigt hat, dass hier indirekte bzw. inhaltliche Bezüge zum vorhandenen Offline-Engagement bestehen. Mit unmittelbarer Verbindung ist daher gemeint, dass eine Online-Handlung nicht direkt mit Tätigkeiten offline verknüpft ist, aber durchaus Bezüge dazu haben darf. Die Weiterleitung einer Terminänderung des Handballtrainings ist somit keine online-spezifische Partizipation, sondern die Unterstützung realweltlicher Partizipation durch eine Online-Handlung. Das Verfassen eines Beitrags auf der Facebook-Seite eines Politikers der eigenen Partei allerdings kann als online-spezifische Partizipation gelten. Die Abgrenzung ist und bleibt aber schwierig, da es nicht möglich ist, die außermediale Lebenswelt der Jugendlichen von der digitalen zu trennen (Münker 2009), wie auch die folgende Auswertung zeigen wird.

Zunächst ist für einige Befragte Facebook eine Plattform, auf der sie relevante Themen mitdiskutieren können. Simon kommentiert z.B. Postings zum Thema Brick-Filme und Videoschnitt. Mia, Jana und Max mischen sich in politische Diskussionen ein, bzw. versuchen diese durch eigene Postings anzuregen:

„[...] wenn ich jetzt zum Beispiel poste, irgendwas mit Tierschutz oder so und dann schreibt da irgendeiner was dazu, dann finde ich das halt auch cool [...] weil viele Menschen interessieren sich nicht dafür [...]“ (Jana)

An Janas Äußerung zeigt sich, was Dahlgren und Olsson (2007) sowie Miegel und Olsson (2009) für Jugendliche mit alternativen politischen Einstellungen feststellen: Diese Jugendliche finden online Räume, in denen sie mit Gleichgesinnten Informationen austauschen und diskutieren können. Dies stimmt für Jana ebenso wie für Simon, der zwar keine vom Mainstream abweichende, politische Ansicht, dafür aber mit Brick-Filmen ein ungewöhnliches Hobby hat. Das zeigt auch Samys Fall, da er sich bei Facebook über American Football informiert, weil er den Sport toll findet, er aber in deutschen Medien kaum Beachtung findet. Ebenso ist es auch bei Lisa, die online über Liverollenspiel spricht. Online finden die Jugendlichen andere, die dasselbe Interesse teilen. Diese Funktion erfüllen Online-Medien daher nicht nur für Jugendliche mit alternativen politischen Ideen, sondern auch mit ungewöhnlichen Interessen.

Simon, genau wie Lisa und Max, findet diese Möglichkeiten nicht nur bei Facebook, sondern auch bei anderen Online-Angeboten wie Twitter und verschiedenen thematischen Foren. Max nutzt Online-Kommunikation zudem, um mit Politikern ins Gespräch zu kommen. Per Twitter habe das mit Landes- und Lokalpolitikern schon funktioniert, auf Bundesebene aber noch nicht:

„Aber meistens ist es dann so, dass wenn man dann wirklich so Politiker auf Bundesebene anschreibt, [...] dass man da nicht unbedingt so eine Antwort zurück bekommt.“ (Max)

Außer Jana, Simon, Mia und Max diskutieren die Interviewten online öffentlich oder semi-öffentlich nicht mit, was im Einklang mit den Ergebnissen von Spaiser (2011) steht. Dies lässt sich aufgrund der Interviews durch drei Faktoren erklären. Zum einen sind es wiederum die eher Facebook-Affinen, die sich in Diskussionen für andere sichtbar einbringen. Zweitens ist aber auch die wahrgenommene Expertise entscheidend. So diskutiert Simon öffentlich über Videoschnitt und Max über Drogenpolitik. Samy, der ebenfalls ein steter Facebook-Nutzer ist, bringt sich kaum in öffentliche Diskussionen ein und klickt bei Postings gegen Rassismus höchstens auf „Gefällt mir“. Anders als Max und Simon interessiert er sich zwar für das Thema und engagiert sich als Integrationshelfer in einem Fußball-Projekt, stellt aber sein Wissen in dem Bereich nicht in den Vordergrund. Daher scheint die wahrgenommene Kompetenz ein wichtiger Faktor zu sein, der auch für politische Partizipation im Allgemeinen benannt wird (Schneekloth 2011: 151). Es bestätigt zudem die Ergebnisse von Anderson (2010) und Arnold et al. (2011), die feststellen, dass Jugendliche in politischen Diskussionen eine klare Positionsbestimmung erwarten. Wenn sie selbst diese nicht beziehen können, so erweckt es hier den Anschein, dann sagen sie auch nichts dazu.

Drittens scheint die Hemmschwelle, sich öffentlich zu äußern, zu sinken, je häufiger man selbst in der Öffentlichkeit steht. Denn Mia und Max, die es über ihre Tätigkeit bei der Grünen Jugend gewöhnt sind, öffentlich zu diskutieren, geben in den Interviews deutlich häufiger als alle anderen an, für alle Facebook-Nutzenden sichtbar ihre Meinung kundzutun. Zum Beispiel würden sie als einzige Freunde in einem Kommentar, und damit auch für andere Nutzende sichtbar

darauf hinweisen, wenn diese sich aus ihrer Sicht nicht angemessen ausdrücken und z.B. Beleidigungen in ihren Postings verwenden. Alle anderen würden dies privat ansprechen. Dies entspricht den positiven Partizipationserfahrungen, die von einigen Studien als Engagement fördernder Faktor herausgestellt wird (BMFSFJ 2010: 27).

Die einzig eindeutig politische Online-Partizipationsform, die in den Interviews zur Sprache kam, sind Online-Petitionen. Dies liegt zum einen daran, dass diese Form als Einzige angeregt wurde. Das besprochene Posting von Greenpeace enthält einen Aufruf zum Zeichnen einer Petition (s. A 2.4 Post 7). Die Jugendlichen nennen andererseits von sich aus keine anderen Formen und diese scheinen daher in ihrer Online- oder zumindest in ihrer Facebook-Nutzung keine Rolle zu spielen. Online-Petitionen wurden von Lisa, Mia und Max bereits genutzt. Lisa hat eine gegen Acta gezeichnet, Mia und Max nutzen diese Form der Teilhabe häufiger. Max bekommt dazu oft Anfragen und Mia hat ein Konto bei der offiziellen Petitions-Website des Deutschen Bundestags. Für den Großteil der Jugendlichen hat diese Beteiligungsform aber wenig Bedeutung, was in Kap. 6.6 genauer erläutert wird.

Im Bereich der sozialen, online-spezifischen Partizipation ist die Beteiligung abgesehen vom Verfassen eigener Postings gering, was den Ergebnissen anderer Studien zufolge zu erwarten war (Rauschenbach et al. 2011: 6, MPFS 2012: 38). Nur Max, Simon und Lily produzieren etwas, das über das Schreiben von Status-Beiträgen hinausgeht. Zudem sind sie die Einzigen, die regelmäßig etwas erstellen, das nicht nur für ihr unmittelbares Umfeld gedacht ist.

Bei Max handelt es sich hierbei um sein Blog, in dem er seine politische Meinung ausdrückt. Dieses hat er in der „Über mich“-Sparte mit seinem Facebook-Profil verknüpft. Er erweitert hier folglich sein politisches Engagement über ein Online-Medium und tut seine Meinung öffentlich kund.

Bei Simon handelt es sich dabei zum einen um seine schon häufig erwähnten Brick-Filme, die er in einem eigenen YouTube-Channel online stellt. Dies verlässt den Bereich der Partizipation allerdings allmählich, da Simon seine Videos unter dem Namen seiner „fiktiven Produktionsfirma“ einstellt und unter diesem Namen auch eine Facebook-Seite, eine Website und seinen Twitter-Account betreibt. Das verleiht seinem Hobby einen professionellen Anstrich, den er selbst durchaus beabsichtigt. Dies zeigt sich darin, dass er YouTube und seine Produktionsfirma als Arbeitgeber bei Facebook angegeben hat und im Interview berichtet, dass er nach der Schule im Bereich Animationsfilm arbeiten möchte. Dies lässt vermuten, dass er selbst einen professionellen Anspruch an seine Filme hat, was sich auch darin äußert, dass er durch sein Mitdiskutieren in Fachforen oder offiziellen Facebook-Seiten seine Expertise in dem Bereich öffentlich demonstrieren möchte. Zudem verdient er mittlerweile bei YouTube ein wenig Geld, indem vor seine Clips Werbespots geschaltet werden. Damit können seine Brick-Filme nicht mehr als online-spezifische Partizipation gewertet werden.

Simon gestaltet zum anderen die Facebook-Seite seines Chores und macht damit Öffentlichkeitsarbeit in einem Bereich, in dem er sich gut auskennt. Dass er sich selbst Expertise in Bezug

auf Online-Angebote zuschreibt, erkennt man über seine Teilnahme an der Brick-Film-Fach-öffentlichkeit hinaus daran, dass er als Arbeitgeber auch ein Altenheim eingetragen hat, dem er als „Webdesigner“ die Homepage gestaltet. Er präsentiert sich also als Internet-Experte und erweitert seine Partizipation im Chor um eine online-spezifische Komponente, wodurch sich erneut zeigt, dass Jugendliche durch ihre Partizipation nicht nur Expertise erwerben, sondern diese auch demonstrieren wollen.

Bei dieser Form ergibt sich erneut das Problem, ob es sich beim Erstellen und Pflegen einer Facebook-Seite um online-spezifische Partizipation handelt oder um eine Erweiterung der Partizipation um eine Online-Tätigkeit. Da die Seite zwar für den Chor erstellt wurde, aber keinen unmittelbaren Bezug zu einer Handlung offline hat und eindeutig online Verbreitungsmittel nutzt, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen als Simons Freundeskreis, wird sie hier dem Bereich der Online-Partizipation zugeordnet.

Anders als Simon scheint Lily an ihre online-spezifische Partizipation einen weniger professionellen Anspruch zu haben. Sie gestaltet eine Seite und eine Gruppe gänzlich unabhängig von realweltlicher Partizipation und ist somit die Einzige, bei der man von online-spezifischer Partizipation in Reinform sprechen kann. Bei der Seite handelt es sich um eine, die sie mit einer Freundin betreibt und auf der sie „Old Music, cool claims and pictures“ versprechen. Sie veröffentlichen auf dieser Seite Fremdmaterial in Form von Bildern, Videos und Sprüchen, die sie im Netz finden. Dass sie dadurch eventuell Urheberrechte verletzen, ist Lily scheinbar nicht bewusst. Da mit nur 19 „Gefällt mir“-Klicks der erhoffte Erfolg der Seite ausblieb, überlegen sie allerdings, die Seite wieder zu löschen. Lily hat zudem auch eine Flohmarkt-Gruppe für Mädchen gegründet:

„Also ich [bin] da mal irgendwie auf so eine Münsteraner Mädchenflohmarkt-Seite gestoßen. [...] Aber ich wohne ja leider ich nicht in Münster und konnte da dann darum nichts kaufen. Da dachte ich mir, Lily, warum gründest du keinen Mädchenflohmarkt, der nur für Mädchen in G. [Lilys Heimatstadt] da ist.“ (Lily)

Die Gruppe funktioniert besser als ihre Seite. Hier sind mittlerweile auch Mädchen Mitglied, die Lily nicht persönlich kennt und der Verkauf von Kleidung funktioniert, ohne dass sie sich kümmern müsse. Sowohl die Seite als auch die Gruppe sind Bereichen zuzuordnen, die Lily etwas bedeuten. Auf der Seite geht es um HipHop sowie lustige Bilder und Sprüche, die zentral für ihre Facebook-Nutzung sind. Die Gruppe hat etwas mit Mode zu tun. Daher hat Lily hier Sachen nachgemacht, die ihr gefallen. Dies belegt obiges Zitat für die Flohmarkt-Gruppe. Bei der Seite ergibt es sich aus der Ähnlichkeit der Facebook-Seite, die Lily erstellt hat, mit den Seiten, die sie unter ihren „Gefällt mir“-Angaben hat und deren Postings sie im Interview als interessant benennt. Darin zeigen sich erneut zwei der Motive, die auch bei der Analyse der realweltlichen Partizipation von Bedeutung waren. Lily betätigt sich hier in Feldern, die ihr Spaß machen und gefallen und versucht diese an andere weiterzugeben. Gleiches ist auch bei Max und Simon der Fall. Da Lily sich außerhalb von Facebook zurzeit nirgendwo beteiligt, lässt sich zusätzlich schlussfolgern, dass sie sich hier online Formen sucht und kreativ wird, um sich den-

noch gesellschaftlich einzubringen, was den Annahmen des *engaged youth paradigm* entspricht (Bennett 2008: 2f).

Gemein ist Lily und Simon zudem, dass sie in Feldern online partizipieren, die für sie beruflich interessant sind. Denn Simon möchte gerne in der Filmbranche Karriere machen und Lily arbeitet auf ein Modedesign-Studium hin. Hierin zeigt sich ein weiteres Motiv für online-spezifische Partizipation, das auch für Partizipation Jugendlicher im Allgemeinen benannt wird: Jugendliche erhoffen sich durch ihre Partizipation Vorteile in ihrem späteren Berufsleben (BMFSFJ 2010: 30f). Die Motive, die online-spezifischer Partizipation zugrunde liegen, sind folglich dieselben, die zu Partizipation im Allgemeinen führen. Dies spricht dafür, dass Online-Aktivitäten keine Konkurrenz zum Engagement darstellen, sondern ergänzende Formen bieten.

6.5 Identitätsarbeit durch Einbindung der Partizipation in die Selbstdarstellung

Die Schwierigkeit, dass Selbstdarstellung und die Einbindung von Partizipation in die Facebook-Nutzung nicht zu trennen sind, wurde bereits im Vorfeld der Erhebung erwartet (Rauschenbach et al. 2011: 14ff). Es hat sich auch in der Auswertung mehrfach bestätigt. Für diese Schwierigkeit lassen sich nun zwei Gründe identifizieren. Zum einen ist die Trennung der außer-medialen und der digitalen Lebenswelt bei Jugendlichen nicht (mehr) möglich, da viele Lebensbereiche Online- und Offline-Komponenten haben (Rauschenbach et al. 2011: 12, Munker 2009). Dies zeigte auch die Auswertung der vorangegangenen zwei Kapitel. Die Befragten nutzen Facebook ganz selbstverständlich für die Kommunikation und Organisation, die in ihrer Partizipation nötig ist, und erweitern ihre Interessen und Hobbys durch Online-Medien. Demnach tauchen Bereiche ihrer Lebenswelt wie ihre Partizipation ganz selbstverständlich auch in ihren Äußerungen bei Facebook auf.

Der zweite Grund ist die enge Verknüpfung von Partizipation und Identität, die bereits theoretisch hergeleitet wurde. Dies bestätigen nun auch die empirischen Daten. Denn so verweisen u.a. die Motive für Partizipation, die herausgearbeitet wurden, auf den Zusammenhang von Identität und Engagement. Zum Beispiel wird durch das Weitergeben von Dingen, die einem gefallen, neben dem altruistischen Motiv, etwas Gutes zu teilen, auch Identitätsarbeit sichtbar. Jede soziale Handlung geht einher mit „situativen Selbstthematierungen“, wie Keupp et al. (1999: 218) es bezeichnen. Wenn Samy also als Schiedsrichter ein Spiel beim Street-Soccer-Projekt pfeift, leistet er damit nicht nur einen Beitrag dazu, dass andere Fußballspielen können. Er beweist gleichzeitig sich und anderen dadurch, dass er sich mit Fußball auskennt und sich mit seiner Rolle als Fußballexperte identifiziert. Gleiches gilt für Lisa, wenn sie mithilft, eine Liverollenspiel-Veranstaltung zu organisieren.

Dadurch wird zudem die Verbindung von zwei weiteren Motiven zur Identität angedeutet: Expertise erwerben und unter Beweis stellen. Die Aneignung von Kompetenzen, die erstrebenswert erscheinen, ist Identitätsarbeit, da so Identitätsprojekte verwirklicht werden können (Moser 2010: 315-321). Genauso ist es aber das Zeigen bereits vorhandener Fähigkeiten, da dadurch

Anerkennung generiert werden kann und soll (Keupp et al. 1999: 252f). Denn die Befragten sind meist Experten in dem Bereich, in dem sie sich engagieren. In den Interviews stellt sich heraus, dass sie stolz auf das sind, was sie tun. Zum Beispiel berichtet Mia ausführlich über ihre Tätigkeit als Stadtsprecherin der Grünen Jugend und beschreibt detailliert, was ihre Aufgaben waren und für welche Themen sie sich eingesetzt hat. Simon lenkt gleich zu Beginn des Interviews das Gespräch auf seine Brick-Filme und übersendet der Interviewerin ungefragt einen Link zu seinem YouTube-Channel, genau wie Lily, die ihre Facebook-Seite präsentiert. Durch das Darstellen ihrer Expertise leisten die Jugendlichen zum einen Synthesearbeit, da sie somit Kohärenz zwischen ihrem Selbstbild und ihrem Handeln herstellen. Zum anderen leisten sie aber auch externe Identitätsarbeit, indem sie Anerkennung erwerben.

Von besonderer Bedeutung ist hierbei die „Anerkennung von signifikanten Anderen“ (Keupp et al. 1999: 252). Diese können Bezugspersonen aus dem Umfeld wie Freunde oder Eltern sein, aber auch Experten eines Bereichs. Das zeigt sich insbesondere in den Interviews mit Max und Simon, da diese beiden Online-Medien nutzen, um an Fachöffentlichkeiten teilzunehmen. Hier holen sie folglich gezielt Feedback von Leuten ein, die Expertise im selben Bereich haben wie sie, und somit von besonderer Relevanz sind.

Ebenso sind auch das Zusammensein mit Freunden bzw. das Knüpfen neuer Freundschaften und das Schaffen eines eigenen Handlungsraums abseits des Einflusses der Eltern Motive zur Partizipation, die unmittelbar mit Identitätsarbeit verknüpft sind. Denn der Aufbau und die Pflege sozialer Netzwerke ist ein zentrales Thema bei der Entwicklung der Identität vor allem, aber nicht nur im Jugendalter (Keupp et al. 1999: 153). Zudem hat Identitätsarbeit stets das Ziel, Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Gleichzeitig soll diese Unabhängigkeit aber auch vom Umfeld anerkannt werden (Keupp et al. 1999: 252, Keupp 2008: 21). Das Eröffnen eines eigenen Handlungsraums und der Aufbau eines sozialen Netzwerks stehen folglich in unmittelbarem Zusammenhang. Beide Ziele können durch Partizipation erreicht werden. Ein Beispiel hierfür ist Mia, die berichtet, dass sie zur Grünen Jugend gefunden habe, weil sie dort mit Freunden zusammen hingegangen sei und sie dort über Themen reden kann, die ihr am Herzen liegen. Zudem könne sie sich dort auch dafür einsetzen.

Die Überschneidung zwischen den Vorlieben bzw. Interessen der Jugendlichen und ihrer Partizipation macht weiterhin deutlich, welche zentrale Rolle Partizipation für die Identitätsarbeit spielt. Nathalies musikalische Vorliebe für Rock und Indie spiegelt sich so in ihrem Engagement als Gitarristin in der Ten Sing-Band. Somit leisten die Jugendlichen Synthesearbeit, da ihr Engagement mit anderen Teilidentitäten, wie bei Nathalie der kulturellen Zugehörigkeit, im Einklang steht. Dadurch stellen sie ein Authentizitätsgefühl her, das ein entscheidendes Ziel der Identitätsarbeit ist (Keupp et al. 1999). Ein weiteres Beispiel hierfür ist Lily, die sich im Interview als mitfühlender und empathischer Mensch erweist. In Übereinstimmung damit engagierte sie sich als Tutorin für jüngere Mitschülerinnen und Mitschüler.

Weiterhin zeigt es sich auch in einigen Interviews, dass partizipative Identitäten so im Mittelpunkt des Selbstbildes der Jugendlichen stehen können, dass sie als „dominante Teilidentitäten“ (Keupp 2009: 64) gelten können. Beispiele hierfür sind Lisas Teilidentität als Rollenspielerin, Pauls als Handballspieler und Mias als politische Aktivistin.

Eine Art, auf die Identitätsarbeit speziell bei Facebook durch das Einbinden der Partizipation deutlich wird, ist die Auseinandersetzung mit Prominenten. Wegener (2008) sieht Stars als Bezugspunkte für Identitätsarbeit, mit denen Jugendliche sich aktiv auseinandersetzen und dabei individuelle Deutungs- und Anwendungsmuster herausbilden, die ihnen verschiedene Hilfen in ihrer Identitätsentwicklung bieten. Beispiele für diese Muster sind Stars als Vorbilder, als Projektionsfläche eigener Wünsche oder als Anlass zur Vergemeinschaftung z.B. in Fankulturen (Wegener 2008: 59-70). Bei Facebook tauchen Prominente, die mit der Partizipation in Verbindung stehen, vor allem unter den „Gefällt mir“-Angaben auf. Lily und Samy haben die Seiten ihrer Lieblingsfußballspieler, Paul seiner favorisierten Handballspieler und Nathalie ihrer Lieblingsmusiker. Diese öffentliche Zustimmungsbekundung zeigt, dass die Interviewten sich mit diesen Stars identifizieren und das bewusst nach außen zeigen. Zudem kann darin auch Synthesearbeit vermutet werden, da die Selbstdarstellung bei Facebook mit dem Selbstbild in Einklang gebracht wird.

Das deutlichste Beispiel für die Identitätsarbeit durch die Auseinandersetzung mit einem Star bei Facebook ist Samy, der Karl Lagerfeld im Interview sein großes Vorbild nennt. Er möchte später selbst Designer werden und hat die Seite des Modeschöpfers unter seinen „Gefällt mir“-Angaben, um auf dem neuesten Stand im Bereich Mode zu bleiben. Zudem hat er ein Foto von Karl Lagerfeld als Titelbild eingestellt. Sein Profilbild ähnelt in Kopfhaltung und Aussehen dem Foto von Lagerfeld: Beide sind in Nahaufnahme fotografiert, tragen eine schwarze Sonnenbrille und schauen ausdruckslos nach links. Dadurch inszeniert er sich als Mode-Kenner und Lagerfeld-Fan und leistet so Passungs- und Verknüpfungsarbeit, indem er dies in einem für andere sichtbaren Bereich tut. Weiterhin leistet er auch Synthesearbeit, da es die Identifikation mit seinem Idol unterstreicht und somit Kohärenz zwischen seiner Selbstdarstellung bei Facebook und seinen inneren Vorstellungen herstellt.

Ein weiteres wichtiges Ziel von Identitätsarbeit ist das Herausstellen von Einzigartigkeit bei gleichzeitiger Erwartung von Akzeptanz durch das soziale Umfeld (Keupp 2009: 54). Dies wird zum einen durch die bereits erwähnte Unterstreichung der eigenen Expertise als Alleinstellungsmerkmal deutlich. Es zeigt sich aber auch durch Abgrenzung gegen andere (Keupp 2009: 68):

„Ich spiele Gitarre, hör so Rock-Musik, Punk, alles so in die Richtung. Also nicht das Mainstream-mäßige. Das finde ich schrecklich.“ (Nathalie)

Diese Vorliebe spiegelt sich in ihren „Gefällt mir“-Angaben zum Musikgeschmack bei Facebook wider. Allerdings handelt es sich dabei zumeist zwar um Punk- und Rockbands, diese sind aber dennoch mainstream-tauglich, da sie auch von großen Radio-Stationen gespielt werden wie z.B. die Band Greenday. Nathalie demonstriert hier also ihre Individualität und zeigt das auch in ihrem Profil. Sie hat sich dafür aber eine sozial wenig riskante Nische gesucht. Ähnliches zeigen

auch die Beispiele von Lily und Samy, die ihr Interesse für Mode ins Zentrum rücken. Dadurch, dass sie sich hier selbst einen Expertenstatus zuschreiben, heben sie sich zwar von anderen ab, tun dies aber auf eine sozial nicht anstößige Art und Weise.

Welche Rolle die politische Haltung in der Patchwork-Identität spielt, wurde im Theoriekapitel bereits diskutiert (s. Kap. 3.3.2). Darin wurde deutlich, dass die politische Positionierung für Bürger und Bürgerinnen eines demokratischen Staates eine Teilidentität ist (u.a. Dahlgren & Olsson 2007: 69, Keupp 2009: 64). Die Auseinandersetzung mit dieser Facette findet durch politische Partizipation oder durch Subaktivismus statt, der nach Bakardjieva (2009, 2010) als Handlung zu verstehen ist, die nicht als Partizipation gelten kann, aber dennoch deutlich macht, dass man sich mit seiner Staatsbürgerrolle auseinandersetzt. Während politische Partizipation bei Facebook eher selten stattfindet, wie das vorherige Kapitel gezeigt hat, lässt sich Subaktivismus deutlich häufiger in der Nutzung der Befragten ausmachen. Die Abgrenzung zur online-spezifischen Partizipation ist hier erneut schwierig. Ein Beispiel ist Samy, der Anti-Rassismus-Sprüche häufig durch „Gefällt mir“-Klicks bewertet, wenn er sie in seinem Newsfeed sieht:

„Oder irgendetwas gegen Rassismus [...] also was Politik ist halt, ne? [...] Like ich auch ab und zu.“ (Samy)

Da er den Inhalt nicht selbst produziert hat, kann es nicht als online-spezifische Partizipation gesehen werden. Es ist aber auch keine Erweiterung seiner Partizipation im Jugendparlament oder im Street-Soccer-Projekt, da so ein Posting höchstens thematisch damit in Verbindung steht. Somit kann es als Subaktivismus verstanden werden, da es zeigt, dass Samy sich mit dem politischen Problem Rassismus beschäftigt. Sobald er allerdings einen Kommentar dazu schreiben würde oder es vor dem Teilen inhaltlich veränderte, könnte es als politische Partizipation gewertet werden.

Das Beispiel zeigt neben der Abgrenzungsschwierigkeit, dass Subaktivismus die Grundlage bzw. eine Vorstufe der Partizipation ist (Bakardjieva 2009: 96). Dadurch, dass Samy sich für das Thema Rassismus interessiert, Postings dazu wahrnimmt und weiterleitet, ist die Grundlage geschaffen, dass er an der Diskussion teilnehmen kann. Sobald er etwas von sich selbst einbringt, kann sein Subaktivismus in politische Partizipation umschlagen.

Die häufigste Form von Subaktivismus ist das Lesen politischer Postings, die den Jugendlichen in ihrem Newsfeed begegnen. So erklärt jeder der Interviewten bei mindestens einem der besprochenen Postings, es so interessant zu finden, dass er oder sie es auch außerhalb des Interviews lesen würde. Paul beschreibt so z.B. seine Reaktion auf das Posting von Greenpeace mit:

„Ja, also, das interessiert mich schon mehr, weil ich finde es halt auch nicht so cool, wenn irgendwann die Eisbären aussterben [...] Ich würde es jetzt nicht liken oder teilen oder sowas, aber ich würde es mir angucken und durchlesen und auch ein bisschen Interesse vielleicht zeigen.“ (Paul)

Obwohl Pauls politisches Interesse insgesamt niedrig ist, wird hier deutlich, dass er sich dennoch mit Inhalten beschäftigt, die ihm durch Zufall unterkommen und sein Interesse wecken. Dieses mehr oder weniger zufällige Informationsverhalten ist eines, das politisch weniger

interessierte Jugendliche häufig an den Tag legen. Dies stellt zum einen die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung fest (Arnold et al. 2011: 40) und es zeigt sich auch in der Vorstudie, da die Befragten hier angeben, Fernsehnachrichten zu schauen, wenn es sich ergibt, und in der Zeitung Überschriften zu lesen, wenn sie gerade eine zur Hand haben.

Das Teilen von politischen Inhalten und der „Gefällt mir“-Klick sind zwei weitere Möglichkeiten, die Jana, Samy, Lily, Mia und Max nutzen. Lily gibt bei einigen der im Interview besprochen politischen Postings an, dass sie bei diesen auf „Gefällt mir“ klicken würde, da ihr der Inhalt zusage. Samy teilt Vermissten-Anzeigen und demonstriert damit, dass er auf lokaler und persönlicher Ebene ein engagiertes und interessiertes Mitglied der Gesellschaft ist. Dass auch Samy und Lily, die sich sonst politisch kaum einbringen, solche Inhalte teilen und mit einem „Gefällt mir“ versehen, zeigt, dass die Hemmschwelle für diese Form niedriger ist, als beispielsweise für das Mitdiskutieren. Dies ist ebenfalls ein Kriterium für Subaktivismus (Bakardjieva 2010: 134).

Einige Interviewte haben politische Seiten unter ihren „Gefällt mir“-Angaben, um darüber zu persönlich relevanten Themen informiert zu werden und nach außen zu zeigen, dass sie sich dafür interessieren. Jana, Mia und Nathalie habe z.B. die Seite von PeTA mit ihrem Profil verlinkt. Hier zeigt sich erneut, dass die Facebook-Affinität entscheidend dafür ist, welche Funktion einer Seite im Vordergrund steht. Während Mia und Jana über die Seite Neuigkeiten erfahren wollen, hat Nathalie sie zur Darstellung ihres Interesses am Thema Tierschutz hinzugefügt.

Im Anschluss an diese Ergebnisse kann Subaktivismus als Synthesearbeit im Hinblick auf die eigene politische Haltung verstanden werden. Denn Subaktivismus ist für andere in der Regel nicht sichtbar, bzw. unauffälliger als Partizipation. Dadurch stellt es eine Auseinandersetzung mit Politik dar, die einer Selbstauseinandersetzung gleichkommt. Die Jugendlichen machen sich in kleinen Handlungen bewusst, welche Themen sie interessieren, und informieren sich darüber. Sie signalisieren auch Zustimmung zu bestimmten politischen Aussagen, aber ohne die eigene Meinung dazu konkret formulieren zu müssen. Dadurch arbeiten sie für andere unsichtbar an ihrer eigenen Haltung, bringen sie mit anderen Teilidentitäten in Einklang und leisten somit interne Identitätsarbeit.

Max und Mia sind neben Jana die Einzigen, die auch politisch auf Facebook partizipieren. Anders als bei Jana kann ihre politische Teilidentität als dominant identifiziert werden. Für Max stehen dabei seine Parteizugehörigkeit und die Ansammlung von politischem Wissen im Mittelpunkt. Mia ist innerhalb ihrer sozialen und politischen Partizipation eine Führungspersönlichkeit, da sie Schulsprecherin, Stadtschulsprecherin und Sprecherin der Grünen Jugend in ihrer Heimatstadt war bzw. ist. Diese Führungsrolle und ihr Einsatz gegen Zustände, die sie stören, können als dominante Teilidentität gesehen werden. Darin unterscheidet sie sich von Max, obwohl bei beiden die Teilidentität ihrer Partizipation als dominant bezeichnet werden kann und beide bei den Grünen sind.

Bei beiden kann beobachtet werden, dass Selbstdarstellung bei Facebook und politische Partizipation verschmelzen. Dies machen die strategische Verwendung der Info-Angaben, die gezielte Vernetzung mit bestimmten Personen und das gezielte Hinzufügen bestimmter „Gefällt mir“-Seiten deutlich. Ein besonders anschauliches Beispiel ist zudem Max' Nutzung seines Profilbildes zur Wahlwerbung für einen Freund, der für den Gemeinderat kandidiert. Er ersetzt sein eigenes Bild durch das eines Kandidaten und instrumentalisiert somit zum einen seine Selbstdarstellung für seine Partizipation. Zum anderen zeigt es aber auch seine hohe Identifikation mit seinem Engagement und verweist darauf, dass es sich hierbei um eine dominante Teilidentität handelt.

Insgesamt ist bei Max zu beobachten, dass er online mehr Passungs- und Verknüpfungsarbeit leistet als Synthesearbeit, da er in seinem Freundeskreis wenig Anerkennung für seine politische Partizipation erhält. Seine Freunde interessieren sich nicht für Politik und er spricht daher kaum mit ihnen darüber. Dies sieht online anders aus, da er hier mit Gleichgesinnten in Kontakt steht und über sie Anerkennung erfährt. Synthesearbeit leistet er weniger, da er sich seiner politischen Identität, grün und engagiert, bereits sicher ist. Zwar stellt er Kohärenz dadurch her, dass er auch in seiner Selbstdarstellung auf Facebook diesen Teil seiner Persönlichkeit in den Vordergrund rückt. Dies erweckt aber nicht den Anschein eines Ausprobierens, sondern mehr wie die Darstellung eines bereits abgeschlossenen Prozesses.

Ein wenig anders verhält es sich bei Mia, bei der durch die Einbindung ihrer Partizipation in die Facebook-Nutzung zwar auch Identitätsarbeit erkennbar wird, da auch bei ihr Selbstdarstellung und Partizipation nicht zu trennen sind. Allerdings ist dies weniger vordergründig als bei Max. Sie ist sich ihrer Identität in diesem Bereich zwar genau wie er sicher. Zusätzlich weiß sie aber auch um die Anerkennung ihres realweltlichen Umfeldes. Denn ihre Freunde sind ebenfalls schulisch und bei der Grünen Jugend engagiert und ihre Führungsrolle wird ihr durch Wahlerfolge, z.B. zur Schulsprecherin, von anderen bestätigt. Zudem sagt sie im Interview, dass eigentlich jeder in ihrem Umfeld ihre politische Haltung kenne. Dass sie bei Facebook kaum bewusst externe Identitätsarbeit leistet, wird überdies dadurch deutlich, dass sie ihre Selbstdarstellung früher mit viel Mühe gestaltet hat, heute aber kaum noch anpasst und dies auch nicht für nötig hält.

Diese Unterschiede lassen sich zum Teil durch den Wohnort der Beiden erklären. Während Mia in einer Großstadt wohnt und dadurch die Möglichkeit hat, mit vielen Menschen und Organisationen in Kontakt zu treten, wohnt Max in einem Dorf. Hierin zeigt sich, dass er diese regional bedingten Schwierigkeiten durch die lokal ungebundenen Online-Medien ausgleichen kann.

Insgesamt zeigt sich, dass Jugendliche ihre politische Haltung nur dann bei Facebook sichtbar machen, wenn sie sich hier bereits sicher sind. Diese Tendenz fand bereits beim Phänomen der politischen Online-Diskussionen Erwähnung. Auch hier bringen die Jugendlichen sich nur ein, wenn sie sich kompetent fühlen. Besonders deutlich wird dies zudem an der Möglichkeit bei

Facebook die politische Grundhaltung einzutragen. Dies haben nur Mia²³, Max und Jana gemacht. Alle Anderen haben das Feld freigelassen, was Simon so begründet:

„Das sind so Bereiche, Religion und Politik, da kenne ich mich einfach nicht so gut aus, da interessiere ich mich auch nicht so wirklich für. Deshalb ist mir das dann halt auch nicht so wichtig.“ (Simon)

Hierin zeigt sich zum einen, dass es den politisch weniger Interessierten nicht wichtig ist, ihre politische Haltung bei Facebook anzugeben, da sie als nicht entscheidend für ihre Selbstdarstellung begreifen. Ihre politische Teilidentität ist quasi noch nicht vorhanden. Dies lässt aber auch vermuten, dass politische Identitätsarbeit gerade nicht auf Facebook stattfindet. Denn die befragten Jugendlichen experimentieren nicht mit verschiedenen Haltungen, um sich am Ende für die zu entscheiden, die ihnen am besten gefällt und die gleichzeitig vom Umfeld akzeptiert wird. Dies sieht man zum einen daran, dass nur Max und Mia, die sich ihrer politischen Haltung sicher sind, diese angegeben haben.

Janas Fall macht es zum anderen aber noch deutlicher. Sie hat als politische Haltung eine scherzhafte Angabe gemacht wie in fast allen Kategorien ihrer Info-Angaben. Diese haben einen Bezug zu ihren kulturellen Vorlieben, entspreche aber nicht der Wahrheit. So steht bei ihrem Beruf u.a. „Gitarristin bei Dumbledore´s Army“, was zum einen auf ihre Lieblingsbücher, die Harry Potter-Reihe, verweist und zum anderen auf ihr Hobby Gitarrespielen. Janas Info-Angaben lassen sich daher nur von Betrachtern dekodieren, die sie gut kennen. Bei ihrer politischen Einstellung hat sie „ANTI“ eingetragen. Die Bedeutung des Begriffs erläutert sie nicht näher, gibt aber an, es eingetragen zu haben, da sie sich nicht sicher sei, wie ihre politische Einstellung sei. Im Interview wird deutlich, dass sie sich gerade intensiv damit auseinandersetzt und zum Beispiel über ihre Haltung zur Demokratie grübelt. Diese Identitätssuche in dem Bereich stellt sie aber gerade nicht bei Facebook zur Schau und hält die Plattform gezielt aus ihrer Identitätsarbeit heraus. Stattdessen überdeckt sie diese mit einer kodierten Angabe, die außer ihr kaum jemand verstehen kann. Damit stellt Jana einen Sonderfall dar, anhand dessen aber das Verhalten der anderen ebenfalls erklärt werden kann.

Einen weiteren Ausnahmefall stellt Lisas Selbstdarstellung auf Facebook dar. Diese ist nämlich auf ihre partizipative Teilidentität, Lisa als Rollenspielerin, beschränkt. Sie hat fast nur andere Rollenspieler in ihrer Freundesliste, ihre Gruppen drehen sich ausschließlich um ihr Hobby, ihre „Gefällt mir“-Angaben haben überwiegend einen Bezug dazu, sie hat statt ihres Namens den Namen ihrer Lieblingsfigur aus dem Live-rollsenspiel angegeben, die sie häufig spielt, und auch ihr Profilbild zeigt sie in dieser Rolle. Zum einen deutet dies an, wie stark sie sich mit ihrem Hobby identifiziert und dass es sich dabei um eine dominante Teilidentität handelt. Gleichzeitig stellt diese Beschränkung aber auch einen Schutz dar, da sie ihren privaten Freizeitbereich bewusst von anderen Lebensbereichen wie ihrer Arbeit trennt. So kann ihr Arbeitgeber keine Rechenschaft von ihr für etwas einfordern, was sie bei Facebook geschrieben oder getan hat.

²³ Mia hat das Feld zwar nicht direkt ausgefüllt, geht aber davon aus, dass sich das erübrige, da sie die Grüne Jugend als Arbeitgeber angegeben habe.

Lisas Beispiel bestätigt zum einen, dass verschiedene Teilidentitäten manchmal nur schwer in Einklang zu bringen sind (Keupp 2008: 21). Es zeigt aber auch, dass Facebook es ihr ermöglicht, hier nur die Teilidentität zu präsentieren, die sie zeigen möchte (s. a. Eisermann & Potz 2013).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass es wiederum die Facebook-Affinität ist, die bestimmt, welche Bedeutung das Soziale Netzwerk für die Identitätsarbeit hat. Wenn die Plattform nur eine nebensächliche Rolle im Sozialleben spielt, ist auch die Identitätsarbeit dort weniger wichtig. Dies ist u.a. daran zu sehen, dass die weniger Aktiven Lisa, Paul und Nathalie sich in geringerem Maße Mühe mit ihrer Selbstdarstellung geben und im Gegensatz zu den Intensiv-Nutzenden z.B. keine Titelbilder einstellen oder die „Über mich“-Sparte bei den Info-Angaben nicht ausfüllen. Aber auch bei ihnen werden Teilidentitäten, die ihnen wichtig sind oder sogar als dominant gelten können, im Profil sichtbar, wie bei Paul seine Teilidentität als Handballspieler. Deshalb bestätigt sich auch hier, dass bei Facebook immer Identitätsarbeit geleistet wird, auch wenn dies nicht bewusst geschieht.

Es zeigt sich aber auch, dass Facebook wichtiger für die externe Identitätsarbeit ist als für die interne. Denn die Befragten stellen sich dem Feedback der Öffentlichkeit bei Facebook meist nur in Bereichen, in denen sie sich bereits selbst sicher sind und ihre Synthesearbeit weitestgehend abgeschlossen ist. Beispiele hierfür sind Simon als Filmemacher oder Samy als Lagerfeld-Fan. In Bereichen, in denen sie sich nicht so sicher sind, wie zum Beispiel Politik, halten sie sich zurück. Hier erfolgt Synthesearbeit dann nur durch Subaktivismus und wird für andere nicht sichtbar. Lisa stellt z.B. nur sich selbst als Rollenspielerin vor und lässt andere Bereiche ihres Lebens fast gänzlich außen vor. Ein Ausprobieren verschiedener Teilidentitäten und Testen derer auf soziale Akzeptanz, wie aufgrund der Theorie angenommen wurde (Röll 2010, Schorb 2010), kann nicht beobachtet werden. Stattdessen geben die Jugendlichen nur Bereiche ihrer Selbst dem öffentlichen Feedback preis, derer sie sich bereits sicher sind und in denen sie sich der Kritik gewachsen fühlen.

6.6 Politische Online-Partizipation aus Sicht der Jugendlichen

Das geringe Auftreten politischer Partizipation bei Facebook wurde durch die Betrachtung des Forschungsstandes bereits vor der Erhebung erwartet (s. Kap. 2.2). Die Einzigen, die sich öffentlich sichtbar zu politischen Themen einbringen, sind Jana, Mia und Max, die sich auch außerhalb des Internets für politische Themen engagieren. Damit bestätigen die Interviews die Digital Divide-These (Norris 2001). Dennoch konnte gezeigt werden, dass die Befragten Facebook zum Subaktivismus und somit zur Synthesearbeit an ihrer politischen Teilidentität nutzen. Es bleibt aber die Frage, warum Subaktivismus so selten in politische Partizipation umschlägt. Der Schlüssel zu dieser Frage kann in der Bewertung von Online-Partizipation vermutet werden.

Wie bereits andere Studien aufzeigen, wird die Wirksamkeit dieser von Jugendlichen gering eingeschätzt (Fortunati 2011, Gustafsson 2009, Mascheroni 2010). Das zeigt sich auch in den Interviews. Diese Zweifel hängen wesentlich von der Online-Affinität und von der Erfahrung ab, die Jugendliche bereits mit politischer Partizipation via Online-Angebote gesammelt haben. Denn Lily z.B. weiß nicht, was eine Online-Petition ist und kennt niemanden, der sich in dieser Form beteiligt. Daher würde sie nicht daran teilnehmen, da sie die Effektivität nicht einschätzen könne. Max, Mia, Lisa und Simon hingegen kennen sich damit besser aus und haben teilweise schon Online-Petitionen gezeichnet. Daher trauen sie dieser Partizipationsform auch zu, den politischen Prozess zu beeinflussen.

Aber auch sie zweifeln daran, dass durch Online-Kommunikation genügend Aufmerksamkeit für wichtige Themen erregt werden könne:

„Also klar, ‚Spread the word‘ und so. Aber [...] das ist halt so ein bisschen [...] dieser illusorische Glaube ‚Oh, wenn ich das jetzt poste, dann habe ich tatsächlich etwas damit verändert und was getan.‘ Aber das ist halt leider meistens nicht so.“ (Mia)

Die Jugendlichen mit Onlinepartizipations-Erfahrung unterscheiden folglich zwischen effektiven und weniger wirkungsvollen Partizipationsformen. Das bloße Weiterleiten von Informationen betrachten sie als ineffektiv. Sobald sich aber genügend Leute hinter einer Idee versammeln und dies z.B. durch eine Petition deutlich machen, betrachten sie Online-Aktionen als mögliche Form der Einflussnahme. Ein weiteres Beispiel benennt Tim in der Vorstudie:

„Und bei Sozialen Netzwerken ist es mehr so, wenn es was ganz Wichtiges ist, so wie in Libyen zum Beispiel, das die da. Da wurden ja auch Bilder über die Sozialen Netzwerke veröffentlicht.“ (Tim)

Er benennt hier das Phänomen, dass sich Informationen über Social Networks außerhalb der offiziellen, massenmedialen Kanäle schnell verbreiten, somit eine große Öffentlichkeit erreichen und dabei eventuell staatliche Kontrollen aushebeln. Gustafsson (2009) spricht in diesem Zusammenhang von *viral politics*. Auch hierin zeigt sich folglich, dass politischer Online-Partizipation nur dann Einfluss zugetraut wird, wenn sie genügend Menschen erreicht.

Weniger online-affine Jugendliche bezweifeln generell die Wirksamkeit politischer Online-Partizipation. Im Fall von Jana zum Beispiel zeigt sich, dass sie persönliche Erfahrungen generell favorisiert und daher eine Demonstration stets einer Online-Petition vorziehen würde:

„Und wenn ich dann einen Namen wo eintippe, dann kommt gar nicht raus, dass mir das wirklich wichtig ist. Ja, ((lacht)) dann habe ich jetzt auch nicht so ein super Gefühl dabei.“ (Jana)

Zudem könne sie bei realweltlichem Engagement stets nachvollziehen, wie und ob ihr Einsatz Wirkung zeige, da sie es unmittelbar sehen könne und die Kontrolle darüber habe.

Ein weiteres Problem, das die Jugendlichen benennen, ist, dass man sich für Online-Partizipation häufig registrieren müsse und sie daher Daten auf ihnen nicht vertrauten Internetseiten angeben müssten, was ihnen oft Unbehagen bereite, wie es Nathalie und Simon beschreiben.

Schaut man sich die den Jugendlichen vertraute Website Facebook an, dann passen auf den ersten Blick Politik und die Plattform für die meisten nicht zusammen. Dafür kristallisieren sich drei Gründe heraus. Erstens steht Facebook für sie zumeist für Unterhaltung. Politik hingegen sollte mit Ernsthaftigkeit betrieben werden, auch wenn sie dies meist als langweilig wahrnehmen (s. Kap. 5.1). Simon gibt z.B. an, Facebook nicht zur politischen Information nutzen zu wollen, da ihm das nicht „seriös“ genug sei. Und Lily kam bisher gar nicht auf die Idee, dass Politiker auf Facebook vertreten sein könnten und die Vorstellung findet sie offenbar so abwegig, dass sie sie belustigt:

„Ja, ‚Angela Merkel LIKEN‘, ich like sie. Klingt witzig irgendwie, aber ja ((lacht)).“ (Lily)

Zweitens wird Facebook von vielen als Raum für privaten Austausch mit Freunden betrachtet:

„Facebook ist für mich eher sowas Privates, wo man halt was mit seinen Freunden und so bespricht [...] Politik passt da nicht rein.“ (Simon)

Dies deckt sich mit der Feststellung zum Politikbegriff der Jugendlichen, dass sie es nicht gut finden, wenn die Regulierungsinstanz Politik in ihre Freizeitbereiche eingreift. Andersherum dürfen diese Bereiche sich aber in die Politik einmischen. Dies zeigt sich auch hier, da beim Betrachten der politischen Postings abgesehen von Paul und Samy, die das geringste politische Interesse äußern, die vorher bekundete Abneigung abnimmt und die Posts differenziert betrachtet und nicht einfach abgelehnt werden.

Drittens macht sich auch hier bemerkbar, dass Politiker oft Figuren sind, mit denen die Jugendlichen nicht viel anfangen können und die auf Ablehnung stoßen (Calmbach & Borgstedt 2012, Schneekloth 2011). Vor allem diejenigen, die ein geringes politisches Interesse zeigen, lehnen daher Posts, in denen es um Politiker oder Parteien geht, unabhängig vom Inhalt ab:

„[...] was jetzt Obama und Merkel da, das die da stehen, würde ich das nicht lesen, weil die gehen mir schon so auf den Zeiger. Politiker, Politiker und da.“ (Samy)

Dementsprechend werden Inhalte, die sich nicht mit politischen Akteuren beschäftigen, auch von Samy und Paul nicht sofort negiert. Politische Inhalte haben daher bei Facebook eher eine Chance von allen Jugendlichen beachtet zu werden, wenn sie nicht direkt Namen von Parteien oder Politikern enthalten.

Ähnlich der Studie von Lim & Golan (2011) zeigt sich auch in diesen Interviews, dass Jugendliche sich in politische Diskussionen bei Facebook vor allem dann einbringen, wenn sie das Gefühl haben, etwas gerade rücken zu müssen. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn Nutzende in Online-Diskussionen ausfallend werden und andere beleidigen. Ob die Befragten dies dann öffentlich oder in einer privaten Nachricht bzw. einem Face-to-Face-Gespräch tun würden, hängt scheinbar davon ab, wie häufig sie sich politisch einmischen. Denn außer Mia und Max würden alle sich zunächst privat an Personen wenden, die aus ihrer Sicht in einer Diskussion etwas nicht Korrektes gesagt haben, wie bereits im vorhergehenden Kapitel erläutert wurde.

Zudem muss das, was die Jugendlichen einbringen, auch einen konkreten Mehrwert haben. So würden sie Beiträge, zu denen schon viele Nutzende etwas geschrieben haben, nicht weiter kommentieren:

„Also dazu würde ich jetzt momentan nichts schreiben, weil [...] das ist dann auch für mich immer so ein bisschen schwierig, wenn da schon irgendwie 1000 beziehungsweise 2000 Kommentare da sind, dass ich da dann groß irgendwie zu schreiben, was schon 50 vor mir geschrieben haben“ (Max).

Auch bringen sie sich nur ein, wenn sie etwas Konkretes zu sagen haben. Hierin zeigt sich auch wieder die Kritik der Jugendlichen, dass im politischen Kontext häufig zu viel mit zu wenig Inhalt gesagt werde (s. Kap. 5.1, Arnold et al. 2011). Sie stellen hier folglich dieselben Ansprüche an sich selbst wie an Andere.

6.7 Die Bewertung politischer Inhalte bei Facebook

Da bereits im Vorfeld der Erhebung aufgrund der Betrachtung des Forschungsstandes davon auszugehen war, dass die Auseinandersetzung mit politischen Themen nicht im Profil aller Jugendlichen sichtbar wird (u.a. Bakardjieva 2010, Fortunati 2011), wurde beschlossen einen fokussierten Teil in die Hauptbefragung aufzunehmen und politische Facebook-Posts mit den Jugendlichen zu besprechen. Die Kriterien, die die Jugendlichen dabei zur Bewertung heranziehen, werden im Folgenden vorgestellt.

Personalisierung²⁴ ist ein Kriterium, das alle Jugendlichen an die politischen Postings anlegen. Denn sie erwarten von politischen Inhalten bei Facebook einen Mehrwert durch persönlichere Informationen als in der Berichterstattung traditioneller Massenmedien:

„Aber so wie es da steht, das könnte man theoretisch auch einfach in einer Zeitung lesen. Und deswegen ist das so sehr unpersönlich und das finde ich nicht so gut.“ (Nathalie, 156)

Hierin bestätigt sich folglich die Schlussfolgerung von Siri et al. (2012), dass Politiker bei Facebook einen Mehrwert dadurch schaffen sollten, dass ihre Kommunikation sich von der offiziellen in den traditionellen Medien oder auf ihrer Homepage unterscheidet. Dies kann laut den Jugendlichen zum einen durch einen informellen Ton geschehen, den Nathalie auch als „jugendlicher“ beschreibt. Aber auch ein legeres Bild, das nicht nach einem gestellten Pressefoto aussieht, kann Interesse wecken. Schon in der Vorstudie beschrieb Manu zudem, dass er die Seite von Barack Obama abonniert habe, da dieser persönliche Fotos seiner Familie teilt. Auch in der Hauptstudie erklären mehrere Befragte, dass sie es gut fänden, wenn sie bei Facebook statt klassischer Berichterstattung etwas über die Politiker als Menschen erfahren könnten. Dabei muss es sich aus ihrer Sicht gar nicht nur um Privates handeln:

²⁴ Die hier gefundenen Kriterien weisen deutliche, inhaltliche Überschneidungen mit Faktoren der Nachrichtenwerttheorie auf (siehe u.a. Kepplinger 1998). Aufgrund der weitreichenden theoretischen Implikationen, die diese Feststellung mit sich führt, kann an dieser Stelle allerdings nicht weiter darauf eingegangen werden.

„Ja, weil ich ihn [Obama] cool finde und weil ich wissen möchte, was so sein täglicher Arbeitsablauf ist. Ich weiß nicht, ob der das postet, aber paar Informationen über den zu sammeln, wäre auch cool.“ (Lily)

Ein weiteres Kriterium ist die **Prägnanz** eines Postings. Es sollte sich um kurze, verständliche Texte handeln, die ohne viel Hintergrundwissen zu verstehen sind. Mindestens einen der beiden Teilaspekte des Kriteriums, also Länge oder Verständlichkeit, nennen alle Interviewten. Gerne dürfen Postings dann durch Links zu ausführlicheren Texten ergänzt werden, die bei Interesse angeklickt werden können, wie es Max und Lisa äußern. Zudem bestätigt dieses Kriterium erneut die Ergebnisse von Arnold et al. (2011) zur Forderung Jugendlicher nach einer verständlichen Sprache im politischen Kontext. Denn die Befragten fordern sowohl in der Vor- als auch in der Hauptstudie klare Aussagen ohne „Politikerkauderwelsch“ (Lisa).

Das dritte Kriterium ist **Transparenz**, in dem Sinne, dass nachvollziehbar sein soll, wer etwas bei Facebook schreibt. So finden die Jugendlichen es zwar alle verständlich, dass Politiker keine Zeit haben, um ihre Seiten stets selbst mit Inhalt zu füllen. Sie möchten aber nicht raten müssen, ob ein Posting persönlich vom Namensgeber einer Seite oder von einem Mitarbeiter verfasst wurde. Hier wird das Posting der Piratenpartei mehrfach gelobt, bei dem am Anfang des Textes durch den Hinweis „[BEN]“ der Name des Verfassers genannt wird.

Nathalie erklärt zudem, dass es für sie einen Unterschied mache, ob Politiker eine Seite oder ein Profil betreiben. In Profilen sollten auch Politiker nur persönlich schreiben. Bei Seiten, die ein offizielleres Facebook-Format darstellen, findet sie es in Ordnung, wenn Mitarbeiter Inhalte stellvertretend für den Politiker veröffentlichen. Die meisten Jugendlichen im Interview äußern überdies, dass es ihnen imponiere, wenn Politiker sich auf Facebook einlassen, und sie ihnen damit zeigen könnten, dass sie volksnah seien und sich auch für die Lebenswelt Jugendlicher interessieren.

Nähe ist ein weiterer wichtiger Bewertungspunkt, der in Unterkategorien aufgeteilt werden kann. Zum einen kann das Kriterium wörtlich, als geografische Nähe, verstanden werden. Denn Lisa, Lily, Jana und Simon äußern, dass sie das Posting der deutschen Kanzlerin als relevanter erachten als das des amerikanischen Präsidenten:

„[...] im Prinzip würde es mich nicht interessieren. Schlicht und einfach weil ich nicht in Amerika lebe.“ (Lisa).

Neben dieser ist aber auch die emotionale Nähe zu einem Verfasser bzw. die Sympathie entscheidend. Denn so wird beispielsweise der Post von Obama gelesen, weil ihm Sympathie entgegengebracht wird, obwohl der Inhalt aufgrund der geografischen Distanz als irrelevant befunden wird. Ähnliches zeigt sich auch bei dem von Greenpeace, da es für viele schon allein deshalb von Interesse ist, da sie der Organisation aufgeschlossen gegenüberstehen. Gleiches gilt auch bei politischen Postings von guten Freunden, die auch dann gelesen, eventuell kommentiert oder mit einem „Gefällt mir“ versehen werden, wenn sie inhaltlich nicht interessieren, wie es u.a. Samy äußert.

Eine dritte Unterkategorie ist auch die persönliche Relevanz des Themas. Posts, denen die Jugendlichen thematisch nahe stehen, werden positiver bewertet. So gefällt Jana z.B. der Post von Greenpeace wegen des Themas Umweltschutz. Im Gegenzug findet Paul ein Posting uninteressant, weil es sich z.B. mit dem für ihn nicht relevanten Thema Bio-Essen beschäftigt. Damit zusammen hängt auch der Nutzwert eines Postings. Wenn der Inhalt in ihrer Lebenswelt Verwendung findet, ist das Interesse größer, als wenn sie damit nichts anfangen können. Beispielsweise würde Samy das Greenpeace-Posting lesen, weil er sich gerade im Philosophie-Unterricht mit dem Klimawandel beschäftigt.

Eine letzte Unterkategorie ist zudem die Kongruenz mit der eigenen Meinung. Auf dieser Grundlage bewerten z.B. Nathalie und Paul im Gegensatz zu allen anderen Befragten das Posting zu Fotos auf Zigaretenschachteln als gute Meinungsäußerung:

„Finde ich sehr interessant, weil ähm, das ist genau meine Meinung! Ja, würde ich eher glaube ich sogar auch liken oder teilen oder sowas.“ (Paul)

Ein weiterer Anhaltspunkt, der zur Bewertung herangezogen wird, ist der **inhaltliche Mehrwert**. Aussagen, die scheinbar einen bloßen Selbstzweck verfolgen, fallen bei den Interviewten durch. Daher werden Postings, die aus Sicht der Jugendlichen durch provokante Aussagen wie Beleidigungen oder eine auffällige Gestaltung ausschließlich der Aufmerksamkeitsgenerierung dienen, abgelehnt. Der bereits erwähnte Post zu abschreckenden Bildern auf Zigarettenpackungen wird daher außer von Nathalie und Paul von allen für schlecht befunden und mit Ausdrücken wie „Like-Geilheit“ (Jana) abgewertet. Dabei beziehen sie sich auf die grelle Farbgebung, die vielen Ausrufezeichen und Aussage, dass sich viele Leute nicht trauen werden, dies weiterzuleiten.

Die Äußerung der eigenen Meinung sollte zudem inhaltlich originell sein sowie eine Diskussion zulassen und keine bloße Verlautbarung sein:

„Wenn es immer mal wieder in Maßen, zu einem aktuellen Thema, zu dem man da auch darüber miteinander reden kann, wo die Meinung auch nicht festgefahren scheint, bzw. wenn die Person es nicht nur macht, um zu sagen ‚Hey guckt mal, ich habe eine voll coole, ultraeigene Meinung‘, dann finde ich es in Ordnung.“ (Lisa)

Genauso werden Postings, die ausschließlich Werbebotschaften enthalten, wie der Wahlauf Ruf von Obama, kritisiert und z.B. als „propagandamäßig“ (Nathalie) oder „Image-Kampagnen-Macherei“ (Mia) abqualifiziert. Damit hängt überdies zusammen, dass ein Posting einen Neuigkeitswert haben und nicht nur aus leeren Floskeln bestehen sollte:

„Aber Merkel setzt sich dann eher für ein bestimmtes Thema ein. Die hat schon gesagt, was sie möchte. [...] Also, ich finde es besser, wenn man wirklich sagt, man hat ein konkretes Thema, das ist wichtig.“ (Nathalie)

Damit stellen die Jugendlichen dieselben Anforderungen an die politischen Postings von anderen, nach denen sie auch selbst entscheiden, ob sie etwas kommentieren oder nicht (s. Kap. 6.6).

Das letzte Kriterium ist die **Tonalität** eines Postings. Dies Kriterium weist deutliche Überschneidungen mit der Personalisierung und dem inhaltlichen Mehrwert auf. Die Jugendlichen

äußerten mit Ausnahme von Lisa alle, dass sie finden, Posts bei Facebook sollten ein gewisses Niveau wahren und weder beleidigend noch aggressiv sein. Demnach wird der Ausdruck „Spastis“ im Post über die Talkshow bei Günther Jauch von fast allen kritisiert. Simon begründet das damit, dass Facebook kein privater, geschützter Raum sei und man deshalb nicht alles so sagen könne, wie man es vielleicht im Gespräch im Freundeskreis tun würde. Jana geht zudem so weit zu sagen, dass auch politische Satire nicht unter die Gürtellinie gehen und niemanden böseartig angehen sollte. In diesem Zusammenhang wird der Post des Kabarettisten Dieter Nuhr von Jana, Simon, Mia und Nathalie gelobt, da er witzig sei, ohne jemanden zu verunglimpfen. Hierin ergeben sich abermals Überschneidungen mit der Vorstudie, in der in Bezug auf politische Musik gefordert wird, dass sie keine Beleidigungen enthalten solle. Jugendliche wünschen sich folglich eine zivile, höfliche Debatte beim Thema Politik, was auch die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt (Arnold et al. 2011: 8, 19).

7 Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Anschluss an die Auswertung der Interviews werden hier die wichtigsten Erkenntnisse entlang der forschungsleitenden Fragestellungen noch einmal zusammengefasst. Die erste davon fragt nach den Partizipationsformen, die die Jugendlichen nutzen, und hat daher einen eher deskriptiven Charakter. Hintergrund dieser Fragestellung ist allerdings auch, dass der Blick gemäß des *engaged youth paradigm* für alle Partizipationsformen offengehalten werden muss und er nicht auf konventionelle Arten beschränkt werden darf. Die befragten Jugendlichen nehmen alle in irgendeiner Form an der Gesellschaft teil, was das Paradigma bestätigt. Ebenso bekräftigt es die Feststellung, dass die Partizipation der Jugendlichen mit ihren Interessen und Vorlieben korrespondiert. Demnach bringen sie sich gemäß ihren Vorlieben, Neigungen und Fähigkeiten in die Gesellschaft ein und suchen sich dafür zum Teil auch Wege über Online-Medien, wie Lily, Max und Simon es tun.

Auffällig ist zudem, dass Bildungseffekte kaum festgestellt werden können. Zwar ergibt die Betrachtung des Politikverständnisses, dass die Gymnasiasten meist ein differenziertes Bild des politischen Spektrums beschreiben können und sich auch besser mit aktuell diskutierten Themen und Parteien auskennen. Allerdings ist hierfür scheinbar in erster Linie das politische Interesse verantwortlich, das bei den Gymnasiasten häufiger vorhanden ist als bei den anderen Befragten. Darauf verweist nämlich die Ausnahme, dass Jana sich deutlich besser in der politischen Landschaft auskennt als Sonja und Paul, was darauf zurückzuführen ist, dass sie sehr viel mehr Zeitung liest und ein höheres Interesse an politischen Themen zeigt. Es ist demnach vermutlich nicht der Bildungsstand, der politisches Wissen beeinflusst, sondern das Interesse, das aber mit dem der Bildung in Zusammenhang steht. Hinsichtlich der Partizipation aber können keine Bildungsunterschiede festgestellt werden, obwohl diese in der Literatur benannt werden (BMFSFJ 2010: 27f, Gaiser et al. 2010, Schneekloth 2011: 154). Hauptschüler, Realschüler und Gymnasiasten beteiligen sich alle und Ausmaß und Art ihrer Partizipation haben andere Gründe

als ihre Schulbildung. Allein hinter der Teilhabe an Parteipolitik könnte ein Zusammenhang mit dem Bildungshintergrund vermutet werden.

Neben den bisher in der Literatur bekannten Beweggründen für Partizipation konnte zudem das Motiv des Demonstrierens der eigenen Fähigkeiten identifiziert werden. Die Jugendlichen wollen durch ihr Engagement nicht nur Dinge lernen und Kompetenzen erwerben, die ihnen z.B. beruflich weiterhelfen (BMFSFJ 2010, Moser 2010), sondern auch zeigen, was sie können.

In dieser Feststellung bestätigt sich weiterhin der enge Zusammenhang von Partizipation und Identität. Denn durch das Zeigen eigener Kompetenzen kann man Anerkennung durch Andere erfahren und somit Passungs- und Verknüpfungsarbeit leisten (Keupp 2008: 23f). Überdies erweisen sich die Teilidentitäten, die mit ihrem Engagement in Beziehung stehen, als wichtige Facetten ihrer selbst, auf die die Jugendlichen stolz sind und die sie daher gerne zeigen. An der Kongruenz von Interessen und Engagement wird darüber hinaus deutlich, dass Synthesearbeit geleistet wird. Denn so können verschiedene Teilidentitäten in Einklang gebracht werden wie z.B. die Szenezugehörigkeit mit dem sozialen Engagement oder die politische Haltung mit der politischen Partizipation.

Die zweite forschungsleitende Frage beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Partizipation und Facebook. Im Einklang mit anderen Forschungsergebnissen (Rauschenbach et al. 2011, MPFS 2012) zeigt sich, dass Facebook selten Schauplatz für online-spezifische Partizipation ist. Nur drei der neun Befragten produzieren regelmäßig etwas, das für einen weiteren Nutzerkreis als ihr unmittelbares Umfeld bestimmt ist. Bei diesen Dreien, Lily, Max und Simon, wird allerdings deutlich, dass sie sich online Formen für Teilhabe suchen, die sie offline nicht finden. Simon z.B. könnte seine Brick-Filme ohne Online-Angebote kaum verbreiten und auch nicht mit anderen Brick-Filmern über das Thema diskutieren. Hierin bestätigt sich zum einen die Beobachtung anderer Studien, dass Jugendliche mit alternativen politischen Ansichten online Räume zum Austausch finden (Dahlgren & Olsson 2007, Miegel & Olsson 2009). Es ergibt sich zudem, dass für Jugendliche mit ungewöhnlichen Interessen dasselbe gilt.

Anders als online-spezifische Partizipation lassen sich Verweise und Bezüge zum realweltlichen Engagement bei allen Interviewten finden. Facebook ist eine Selbstverständlichkeit bei allen Jugendlichen, hat aber einen unterschiedlichen Stellenwert. Es lassen sich facebook-affine und weniger -affine Fälle unterscheiden. Je größer der Stellenwert, den die Jugendlichen dem Netzwerk zuschreiben, desto größer auch dessen Bedeutung für ihre Partizipation. Die Relevanz, die Online-Medien im Allgemeinen für die Jugendlichen haben, erweist sich dabei nicht als alleinige erklärende Größe für den Stellenwert von Facebook. Zwar sind alle facebook-affinen Befragten auch als online-affin einzustufen, aber nicht jeder online-affine Interviewte ist auch facebook-affin.

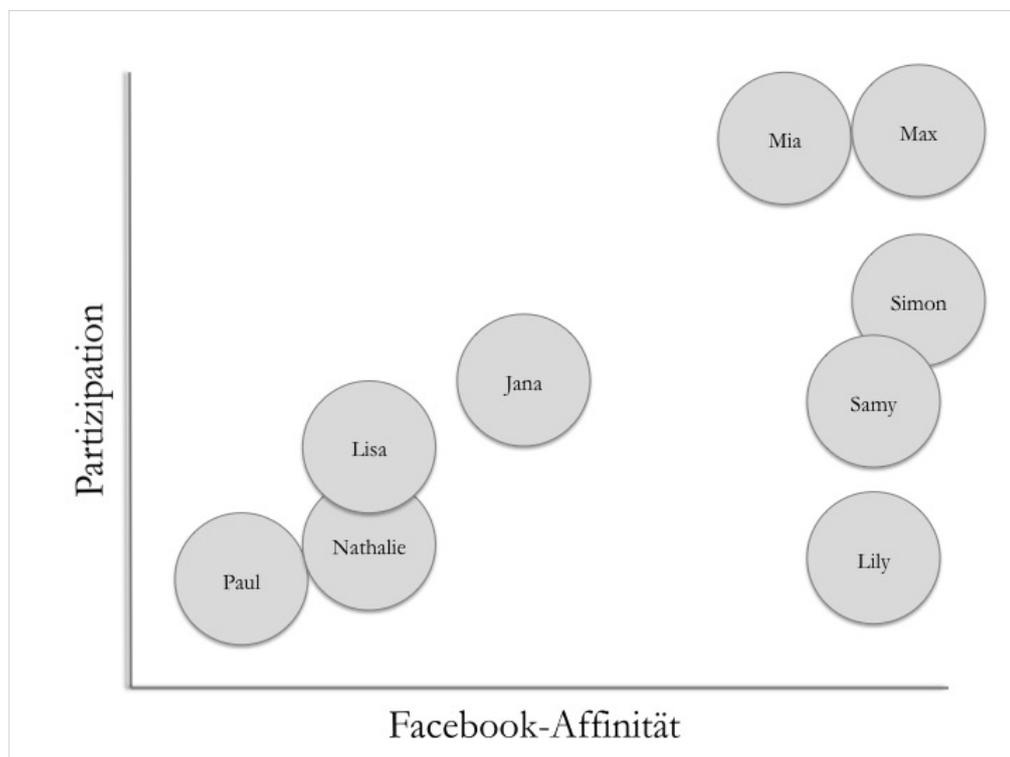
Beim Zusammenhang zwischen Partizipation und Facebook-Nutzung kann zwischen Nutzbarmachung des Netzwerks für das Engagement und Verweisen auf Partizipation außerhalb von Facebook unterschieden werden, wobei die Übergänge fließend sind. Facebook ist Kommunika-

tions- und Organisationsinstrument. Insbesondere Facebook-Gruppen dienen dieser Funktion auch, aber nicht nur für das Engagement. Genauso werden Gruppen genutzt, um die Alltagsorganisation in der Schulklasse oder im Freundeskreis zu unterstützen.

Verweise auf die Partizipation findet man in der Zurschaustellung von Zugehörigkeit zu Organisationen, den Einsatz für bestimmte Themen usw. in der Selbstdarstellung. Dies findet sich in den Info-Angaben, in „Gefällt mir“-Seiten, in Posts und im Weiterleiten von Inhalten. Dabei haben diese Handlungen in den allermeisten Fällen nicht nur den Zweck der Selbstdarstellung, sondern auch eine Funktion im Hinblick auf die Partizipation. Über Seiten werden die Jugendlichen beispielsweise informiert, über ihre Info-Angaben sind sie für andere auffindbar und die Posts enthalten z.B. Aufrufe zur Mithilfe.

Dies zeigt, dass, wie erwartet, die Selbstdarstellung und die Partizipation bei Facebook nicht zu trennen sind (Rauschenbach et al. 2011: 14f). Generell gilt zudem, dass je mehr die Jugendlichen Facebook nutzen und je höher der Stellenwert ist, dem sie dem Netzwerk zugestehen, desto mehr ist auch ihre Partizipation mit Facebook verknüpft. Kürzer formuliert: Die Facebook-Affinität bestimmt das Ausmaß, in dem Partizipation bei Facebook einbezogen wird. Demnach kann man die Fälle auf untenstehendem Kontinuum verorten (s. Abb. 3).

Abb. 3 Einordnung der Fälle nach Ausmaß der Partizipation und der Facebook-Affinität



Quelle: eigene Darstellung

Dabei darf diese Grafik nicht als Quantifizierung missverstanden werden. Die Interviewten wurden anhand der Ergebnisse der Einzelfallanalysen lediglich eingeschätzt und dies visualisiert. Anhaltspunkte für die Facebook-Affinität sind dabei die Nutzungsfrequenz, die Bandbreite an Handlungen dort und der Stellenwert, der Kommunikation dort eingeräumt wird. Die Partizi-

pation wird ebenfalls anhand des Aktionsrepertoires eingeschätzt. Zudem wird berücksichtigt, ob die Jugendlichen sich bei einer oder mehrerer Organisationen, Institutionen usw. engagieren.

An dem Kontinuum kann man deutlich ablesen, wie bedeutsam die Partizipation der Jugendlichen für die Facebook-Nutzung ist. So ist sie bei Max und Simon am deutlichsten zu erkennen, da sie in jedem Bereich zu finden ist und beide sogar auf ihrem Profilbild ihre Nähe dazu zeigen. Simon hat ein Foto von sich beim Singen, Max ein Bild eines Freundes, dessen Wahlkampf er unterstützt. Paul hingegen stellt das andere Extrem dar. Er partizipiert wenig und nutzt Facebook nur selten. Dementsprechend ist auch in seinem Profil nur wenig davon zu finden.

Eine Ausnahme stellt Samy dar. Er ist häufig online und die Kommunikation bei Facebook bedeutet für ihn, dass er am Sozialleben seiner Peergroup teilnimmt. Er gibt z.B. im Interview an, als Erstes, wenn er nach Hause kommt, nachzuschauen, was er auf Facebook alles „verpasst“ (Samy) habe. Auch ist er engagiert und beteiligt sich im Jugendparlament und dem Street-Soccer-Projekt. Dennoch ist davon bei der Besprechung seines Facebook-Profiles kaum die Rede. Hierfür kann es zwei Erklärungen geben. Zum einen ist es denkbar, dass Samy seine Partizipation bei Facebook bewusst heraushält, so wie Lisa es bei anderen Bereichen als ihrem Hobby macht. Dies scheint bei dem hohen Stellenwert, dem er der Kommunikation auf der Plattform einräumt und seinem Stolz, mit dem er von seiner Tätigkeit bei Street-Soccer berichtet, aber eher unwahrscheinlich. Eine zweite Erklärung kann in der Interviewsituation begründet liegen. Samy stand unter Zeitdruck und im Hintergrund waren Bauarbeiten zu hören, was die Verständigung via Skype deutlich erschwerte. Zudem hatte er die Sichtbarkeit seines Profils für die Interviewerin stark eingeschränkt, da er viel Wert auf seine Privatsphäre bei Facebook legt. Es steht daher zu vermuten, dass die Bezüge zu seiner Partizipation im Interview einfach nicht deutlich wurden. Beispielsweise wurde über Gruppen nicht gesprochen und die „Gefällt mir“-Seiten waren nur eingeschränkt sichtbar. Daher spielt Samys Partizipation vermutlich eine größere Rolle in seiner Facebook-Nutzung als sich im Interview zeigte.

Auch wenn sich einige Fälle hier in der Grafik nahe stehen und die vergleichende Fallanalyse einige Gemeinsamkeiten gefunden hat, so wird auf eine Typenbildung an dieser Stelle dennoch verzichtet, da damit eine Reduzierung einhergehen würde, die den Daten nicht gerecht würde. Schaut man sich die Grafik an, könnte man beispielsweise Lisa und Nathalie in einen Typus oder eine Gruppe zusammenfassen. Beide nutzen Facebook nur unregelmäßig und weisen dem Netzwerk keinen hohen Stellenwert zu. Dennoch nutzen sie Gruppen für ihre Partizipation und haben Verweise darauf in ihren „Gefällt mir“-Angaben. Allerdings unterscheiden sie sich abgesehen davon enorm. So geht Nathalies Facebook-Affinität mit einer niedrigen Online-Affinität einher. Sie nutzt im Internet vor allem Google, um Antworten auf Fragen zu finden. Andere feste Anlaufpunkte neben Google und Facebook hat sie nicht. Lisa hingegen hat ein breites Online-Nutzungsrepertoire und schränkt ihre Facebook-Nutzung aufgrund von Datenschutzbedenken, schlechten Erfahrungen und anderen persönlichen Gründen ein. Zudem unterscheidet sich die Art ihrer Partizipation. Während Nathalie ihre Teilhabe bei Ten Sing gar

nicht selbst als Partizipation begreift, engagiert Lisa sich gerne im Rollenspiel-Verein, um ihr Hobby zu unterstützen. Das Beispiel zeigt folglich, dass eine Typenbildung an dieser Stelle zwar möglich wäre, die Aussagekraft der Ergebnisse aber eher schmälern als bereichern würde.

Die dritte forschungsleitende Fragestellung widmete sich der Frage, inwiefern durch das Einbinden der Partizipation Identitätsarbeit geleistet wird. Bezüglich der ersten Frage wurde bereits die enge Verbindung von Identität und Partizipation erläutert. Ebenfalls wurde schon häufig erwähnt, dass Selbstdarstellung und Engagement in der Social Network-Nutzung der Befragten nicht zu trennen sind. Die Jugendlichen leisten zudem fortwährend Identitätsarbeit bei Facebook, da sie bei jeder Äußerung dort auch ein Stück von sich selbst zeigen. Somit ist jede Äußerung auch eine „situative Selbstthematizierung“ (Keupp 2009: 64). Daher wird vor allem in der medienpädagogischen Forschung angenommen, dass Jugendliche Facebook und andere Social Networks zur Identitätsarbeit nutzen und es ihnen hier leichter fällt, verschiedene Teilidentitäten auszuprobieren und auf deren soziale Akzeptanz zu testen, als dies in anderen lebensweltlichen Kontexten der Fall ist (Röll 2010, Schorb 2010). Ein Experimentieren dieser Art lässt sich in den Interviews nicht feststellen. Vielmehr ist es so, dass die Jugendlichen Teilidentitäten nur dann bei Facebook zur Schau stellen, wenn sie sich diesen bereits sicher sind. So geben zum Beispiel nur Mia und Max ihre politische Haltung an. In Bereichen, in denen sie sich nicht kompetent fühlen, sagen die Jugendlichen lieber nichts. Dafür lassen sich zwei Erklärungen finden. Zum einen kann dies daran liegen, dass die Befragten Facebook als semi-öffentlichen Raum betrachten, in dem sie Inhalte einer größeren Öffentlichkeit präsentieren als z.B. im privaten Gespräch:

„[...] also da habe ich ja jetzt auch Leute, die mehr sind als mein Freundeskreis, also Leute, die nicht zu meinen engsten Freunden gehören. Und da sollte man dann schon so ein bisschen aufpassen, was man da so sagt. Da kann man nicht alles so sagen, wie wenn man nur mit Freunden da ist und redet.“
(Simon)

Die Jugendlichen sind sich folglich bewusst, dass sie sich bei Facebook nicht in einem privaten Rahmen bewegen, und richten ihre Handlungen danach aus.

Eine zweite Erklärung kann es sein, dass Jugendliche vor allem in politischen Diskussionen eine klare Positionierung der Teilnehmenden erwarten (Anderson 2010, Arnold et al. 2011). Dementsprechend halten sie sich scheinbar lieber heraus, wenn sie sich ihrer Haltung selbst noch nicht sicher sind. Dies könnte in anderen Bereichen als in politischen Auseinandersetzungen ebenfalls der Fall sein.

Es hat also den Anschein, dass externe und interne Identitätsarbeit in der Selbstdarstellung bei Facebook nicht synchron verlaufen. Stattdessen scheint es der Fall zu sein, dass Positionen erst intern ausgehandelt werden und dann bei Facebook präsentiert werden. Dennoch wird auch Synthesearbeit bei Facebook geleistet, indem sie zum Beispiel zwischen Selbstdarstellung und Teilidentitäten Kohärenz herstellen. Weiterhin verweisen Handlungen auf interne Identitätsarbeit, die als Subaktivismus gelten können. Durch das Lesen politischer Postings, deren Bewertung mit einem „Gefällt mir“-Klick oder das Hinzufügen einer politischen Seite setzen die

Befragten sich alle bei Facebook mit Politik auseinander. Dies tun sie allerdings in einem Rahmen, der entweder für Andere gar nicht sichtbar ist oder ihnen keine Formulierung einer eigenen, eindeutigen Position abverlangt, wie beispielsweise ein „Gefällt mir“-Klick.

Dass sie sich subaktivistisch mit Politik bei Facebook auseinandersetzen, zeigt in Bezug auf die letzten beiden forschungsleitenden Fragestellungen nach der Bewertung von Online-Partizipation und Politik bei Facebook, dass dies differenziert zu betrachten ist. Andere Studien weisen daraufhin, dass vor allem jüngere und politisch wenig interessierte Jugendliche politische Inhalte bei Facebook ablehnen, solange sie nicht witzig gestaltet sind (Gustafsson 2009, Mascheroni 2010). Dies lässt sich so hier nicht bestätigen. Konfrontiert mit konkreten Inhalten fanden die Jugendlichen differenzierte Bewertungskriterien für politische Äußerungen auf Facebook. Der Unterschied zu den Ergebnissen anderer Studien kann hierbei in der unterschiedlichen Methode liegen. Mascheroni (2010) und Gustafsson (2009) nutzen beide Gruppendiskussionen, bei denen abstrakt über Politik in Online-Medien allgemein gesprochen wird. Da auch die Teilnehmenden dieser vermutlich einen engen Politikbegriff haben, lehnten sie politische Inhalte vermutlich aufgrund dessen ab. Angesichts unterschiedlicher Postings mit verschiedenen Themen, Akteuren und Aussagen aber, zeigen die Jugendlichen sich nicht generell desinteressiert. Sie bewerten die Postings anhand der Kriterien Personalisierung, Prägnanz, Nähe, Tonalität und Transparenz.

Skeptisch sind sie allerdings gegenüber der Wirksamkeit politischer Online-Partizipation, was andere Studien bereits aufzeigen (Fortunati 2011, Mascheroni 2010). Je nach Erfahrung mit politischen Online-Aktionen wissen sie teilweise nicht, dass so etwas überhaupt möglich ist, zweifeln an, dass sich genügend Menschen daran beteiligen, oder halten es für ein mögliches, demokratisches Mittel der Einmischung. Entscheidend aber ist für sie alle, dass politische Online-Partizipation eine gewisse Reichweite erlangen muss, um wirkungsvoll sein zu können.

8 Diskussion und Ausblick

Die Auswertung ergibt ein differenziertes Bild des Zusammenhangs der Partizipation Jugendlicher und ihrer Selbstdarstellung bei Facebook. Die Neuerung dieser Studie liegt dabei vor allem in der Konzentration auf ein bestimmtes Online-Medium, nämlich das Soziale Netzwerk Facebook. Die im Forschungsstand betrachteten Studien beziehen sich häufig auf das Internet im Ganzen oder auf Social Networks im Allgemeinen (Bakardjieva 2010, Bakker & de Vreese 2011, Dahlgren & Olsson 2007, Emmer et al. 2010, Fortunati 2011, Gustafsson 2009, Mascheroni 2010, Miegel & Olsson 2009, Rauschenbach et al. 2011, Spaiser 2011). Die Beschränkung auf ein spezielles Online-Angebot führt nun dazu, dass dessen Bedeutung für die Partizipation tiefgehend betrachtet werden kann. Wie in anderen Studien auch zeigt sich dabei, dass Facebook ebenso im Alltag wie für das Engagement als Kommunikations- und Organisationshilfe Verwendung findet. Eine besondere Bedeutung kommt dabei Gruppen zu. Anders als es Studien zu politischen Facebook-Gruppen beschreiben (Moser 2011, Wettstein 2010), besteht deren Primärfunktion dabei in der Organisation realweltlichen Engagements und nicht der politischen

Meinungsäußerung. Zusätzlich erweitert Facebook die Möglichkeiten für Jugendliche mit ungewöhnlichen Ansichten und Interessen und gibt ihnen die Chance mit Gleichgesinnten in Kontakt zu treten. Dadurch können auch regionale Unterschiede zwischen Stadt und Land ausgeglichen werden.

Weiterhin kann auch der Zusammenhang von Identität und Partizipation empirisch belegt werden. Obwohl er theoretisch häufig benannt wird (Keupp 2008, Wagner 2011), wurde er bisher explizit noch nicht nachgewiesen. Die Interviews verdeutlichen zum einen die hohe Kohärenz zwischen Einstellungen, Vorlieben sowie Interessen und partizipativem Handeln. Weiterhin kann gezeigt werden, wie durch das Einbinden der Partizipation bei Facebook Identitätsarbeit geleistet wird. Hierbei ergibt sich ein differenzierteres Bild, als es bisher angenommen wurde. In der Literatur ist oft die Rede davon, dass Jugendliche in Social Networks mit verschiedenen Teilidentitäten experimentieren, da dies dort leichter fällt als außerhalb des Internets (Röll 2010, Schorb 2010). Dies ist für die Interviewten nicht der Fall. Sie zeigen nur Teilidentitäten bei Facebook, derer sie sich bereits sicher sind. Dies kann zum einen über das Bewusstsein des öffentlichen Charakters von Facebook erklärt werden und zum anderen darüber, dass Jugendliche auch von Anderen online Ehrlichkeit und eine klare Positionsbestimmung verlangen (Anderson 2010).

Die Beobachtung bezieht sich allerdings auf die neun Befragten, die zwischen 16 und 18 Jahre alt sind und somit am Ende ihrer Pubertät stehen. Folglich ist es wahrscheinlich, dass sie in ihrer Identitätsentwicklung recht weit fortgeschritten sind. Denn auch wenn Identitätsarbeit als lebenslanger Prozess begriffen wird, so ist das Jugendalter doch eine besonders prägende Phase hierfür, in der mehr experimentiert wird als in späteren Lebensjahren (Wagner 2011: 52, Wegener 2008: 42). Es ist somit fraglich, ob diese Feststellung für jüngere Jugendliche ebenso gilt. Diese Frage stellt sich auch, da die Teilnehmenden Lerneffekte in ihrer Facebook-Nutzung benennen. Sie haben ihre Angaben z.B. mit der Zeit reduziert, nachdem ihnen bewusst wurde, dass es ihnen nicht recht ist, wenn jeder Betrachter ihres Profils private Details erfahren kann. Dementsprechend ist es durchaus möglich, dass sie auch ihr Experimentieren mit verschiedenen Teilidentitäten im Laufe ihrer Identitätsentwicklung und mit mehr Erfahrungen mit der Plattform eingestellt haben. Dem auf den Grund zu gehen, kann Aufgabe künftiger Forschung sein.

Vor dem normativen Hintergrund des *engaged youth paradigms* und der partizipativen Demokratietheorie wurde hier davon ausgegangen, dass Jugendliche kreative, eigenständige Individuen sind, die sich mit der Demokratie identifizieren und sich in die Gesellschaft einbringen wollen. Dieses optimistische Bild hat sich weitestgehend bestätigt. Alle Befragten bringen sich gemäß ihrer Neigungen und Interessen in die Gesellschaft ein. Facebook ist dabei Kommunikationsmittel, Informationsquelle und Organisationshilfe. Zum Teil finden Jugendlichen dort sogar Möglichkeiten, sich einzubringen und sich selbst zu verwirklichen, die sie ohne die Plattform nicht hätten. Damit können Befürchtungen hinsichtlich einer Konkurrenz zwischen der Beschäftigung mit Facebook und Engagement entkräftet werden (BMFSFJ 2010: 29, Livingstone et al. 2007: 21). Jedoch bestätigen die Interviews auch die Digital Divide-Hypothese (Nor-

ris 2001) im Hinblick auf politische Partizipation. Denn es sind vor allem diejenigen Jugendlichen, die ohnehin politisch aktiv sind, die auch Facebook zur politischen Partizipation nutzen.

Neben der Betrachtung des Zusammenhangs von Facebook und Partizipation ergibt die Vorstudie zum Politikbegriff der Jugendlichen ebenfalls ein differenziertes Bild. Gemäß Bennetts (2008) Formulierung des Konzepts der *actualizing citizens* zeigt sich, dass Jugendliche sich oft nur für bestimmte politische Themen interessieren. Diese reduzieren sie häufig auf ihren persönlichen Bezug und begreifen sie somit nicht als politisch. Bemerkenswert ist zudem die Feststellung, dass das politische Spektrum für die Befragten inhaltlich dünn besetzt ist und ihre Verortung darauf folglich kaum ihrer tatsächlichen politischen Positionierung entspricht. Infolgedessen müssen auch hier in der künftigen Forschung neue Instrumente entwickelt werden, die themen- oder akteursgebunden nach Haltungen und Einstellungen fragen.

Über diese Ergebnisse hinaus zeigt die vorliegende Arbeit auch, dass eine qualitative Online-Befragung ein adäquates Mittel zur Befragung Jugendlicher sein kann. Durch die interaktive Einbindung verschiedener Elemente wie dem Chat, der Verlinkung von Web-Inhalten oder der Facebook-Bilderalben können die Interviews für die Befragten attraktiv gestaltet werden. Zudem werden sie auch in ihrer technischen Medienkompetenz ernstgenommen, was sich als zusätzlicher Motivationsfaktor herausstellt. Ferner findet die Befragung in einer weitgehend natürlichen Situation statt, da so Web 2.0-Inhalte in einem Web 2.0-Medium besprochen werden. Ein Nachteil dieser Methode ist allerdings die Abhängigkeit von kommerziellen Anbietern, die zum einen die Sichtbarkeit von Werbung unumgänglich macht. Zum anderen können Veränderungen am Erhebungsinstrument und am Forschungsgegenstand kaum vorhergesehen und nicht beeinflusst werden. Dies zeigt das Problem während der Durchführung, dass die Bildschirmübertragung auf einmal in der kostenfreien Skype-Version nicht mehr möglich war. Weiterhin bringt die Methode auch eine hohe Technikabhängigkeit mit sich und z.B. Computerabstürze oder eine instabile Internetverbindung können die Befragung erschweren.

Neben diesen Nachteilen der Erhebung müssen auch die Grenzen der Ergebnisse aufgezeigt werden. Diese ergeben sich vor allem aus der Auswahl der Befragten. Mit fünf Teilnehmenden in der Vorstudie und neun in der Hauptstudie beziehen sich die Ergebnisse zwar auf nur wenige Fälle, deren Ansichten und Handlungen dafür tiefgehend analysiert werden konnten. Dennoch kann so nur ein erster Einblick in das Politikverständnis bzw. den Zusammenhang von Partizipation und Facebook-Nutzung gegeben werden. Ob sich diese Beobachtungen auf andere übertragen lassen, bleibt ungewiss. Quantitative Befragungen mit mehr Jugendlichen könnten Aufschluss über die Repräsentativität der hier gewonnenen Erkenntnisse liefern.

Weitere Einschränkungen müssen zudem gemacht werden, da die selbstgesetzten Kriterien des Theoretical Samplings für die Auswahl der Befragten nicht in vollem Umfang erfüllt werden konnten. Bei qualitativen Leitfadenterviews, die bis zu einer Stunde dauern, ist man auf das Wohlwollen der Befragten angewiesen. Dies war bei denjenigen, die aus dem direkten Bekanntenkreis rekrutiert werden konnten wie Lisa und Simon, kein Problem. Darüber hinaus stellte

sich die Rekrutierung allerdings als schwierig heraus. Daher mussten Auswahlkriterien zum Teil zurückgestellt werden, um wenigstens den Großteil abdecken zu können. Deshalb ergibt sich zwar hinsichtlich des Alters, der Verteilung auf Stadt und Land, der besuchten Schulform bzw. der momentanen Tätigkeit sowie dem Bildungsstand der Eltern ein heterogenes Bild. Allerdings ergab es sich, dass sich ausschließlich Teilnehmende aus den alten Bundesländern auf den Aufruf meldeten. Dies ist insofern ein Nachteil, als dass die Herkunft aus ehemals Ost- oder Westdeutschland laut der Shell-Studie 2010 im Zusammenhang mit der Bereitschaft zur Partizipation steht (Schneekloth 2011: 150f). Dem konnte hier nun nicht nachgegangen werden. Weiterhin unterscheiden sich die befragten Jugendlichen zwar deutlich hinsichtlich ihrer sozialen Partizipation, hinsichtlich der politischen müssen allerdings Abstriche gemacht werden. Denn mit Mia und Max nahmen zwei Mitglieder der Grünen Jugend an der Befragung teil und niemand, der einer Jugendorganisation einer anderen politischen Partei angehört. Dennoch gehören mit Jana und Samy noch zwei weitere politisch engagierte Jugendliche zur Stichprobe, die sich in anderen Bereichen betätigen. Zudem stellten sich auch Mia und Max als ganz unterschiedliche Fälle heraus.

Trotz der Einschränkungen liefern die Ergebnisse wichtige Anknüpfungspunkte sowohl für die künftige Jugendmedienforschung als auch für die pädagogische Praxis. Für die Forschung kann die Herausforderung genannt werden, neue Erhebungsinstrumente zu entwickeln, die *actualizing citizens* gerecht werden und deren oft enges Politikverständnis berücksichtigen. Denn daraus ergibt sich die Feststellung, dass Jugendliche besser nach konkreten Themen, Akteuren und Prozessen befragt werden sollten und weniger nach abstrakten Themen wie Politik im Allgemeinen oder der Verortung auf dem politischen Spektrum. Zudem kann die psychologische Perspektive der Patchwork-Identität einen Beitrag zur weiteren Klärung der Bedeutung von Online-Medien für die Partizipation liefern. Das Konzept des Subaktivismus erweist sich dabei als wertvolle theoretische Grundlage, um politische Synthesearbeit zu untersuchen.

Für die pädagogische Praxis und insbesondere für die politische Bildung bzw. die Kommunikation zwischen Politikern und Jugendlichen lassen sich anhand der Ergebnisse Empfehlungen aussprechen. Da Jugendliche Facebook ohnehin für ihre Partizipation nutzen, sollte nicht länger von einem Konkurrenzverhältnis von Online-Beschäftigungen und Engagement ausgegangen werden. Vielmehr sollte die Fortführung der Partizipation und online-spezifisches Engagement der Jugendliche auch als solches anerkannt werden, um nicht vorschnell über ihr Partizipationsverhalten zu urteilen. Dabei können die Möglichkeiten der Plattform, wie Facebook-Gruppen, auch von offizieller Seite als Mittel der Kommunikation und Organisation aufgegriffen werden, wie es an vielen Stellen schon geschieht. Außerdem kann die Kompetenz der Jugendlichen in diesem Bereich genutzt werden, um sie zum einen ernst zu nehmen und zum anderen ihre Motivation zu wecken, sich einzubringen. So ist es zum Beispiel möglich, Jugendliche offiziell zu beauftragen, Facebook-Seiten oder -gruppen, Blogs oder Websites für Vereine oder Organisationen zu erstellen und zu betreuen, wie es z.B. Simon tut.

Hinsichtlich der politischen Bildung ist es ratsam, sich dem engen Politikbegriff der Jugendlichen zu widmen. Denn die Vorstudie hat gezeigt, dass schon die Reflexion des Politikverständnisses, die im Interview angestoßen wurde, ausreicht, damit die Jugendlichen ihren Politikbegriff erweitern. Ein interessant gestalteter Politikunterricht, der bei aktuellen Themen ansetzt, kann hier hilfreich sein. Besonders eindrücklich sind zudem persönliche Treffen zwischen Jugendlichen und Politikern. Darüber lernen sie offizielle Akteure auch von ihrer menschlichen Seite kennen, was die von den Jugendlichen wahrgenommene Distanz verringern und Interesse wecken kann.

Dabei kann überdies Facebook einen Beitrag leisten. Die Jugendlichen äußern fast alle, dass es ihnen imponieren würde, wenn Politiker sich auf Facebook einließen. So könnten sie ihnen zeigen, dass sie sich für die Lebenswelt der Jugendlichen interessieren und umgekehrt Jugendliche an ihrem Alltag teilhaben lassen. Dabei haben sich folgende Kriterien als wichtig herausgestellt: Politische Äußerungen auf Facebook sollten in einem persönlichen Stil verfasst sein und die menschliche Seite in den Mittelpunkt rücken. Dadurch können sie sich von der traditionellen Berichterstattung absetzen und einen Mehrwert liefern. Humor ist eine willkommene Auflockermöglichkeit, solange niemand dadurch persönlich angegriffen und ein höflicher Umgangston gewahrt wird. Zudem sollten politische Inhalte auf Facebook prägnant und informativ sein und nicht einen bloßen Selbstzweck wie Aufmerksamkeitsgenerierung verfolgen. Der Autor sollte weiterhin erkennbar sein. Eine besondere Herausforderung ist es allerdings, auch weniger politikinteressierte Jugendliche darauf aufmerksam zu machen, dass Facebook zur politischen Information und Teilhabe genutzt werden kann. Denn einige Teilnehmende zeigen sich in den Interviews überrascht davon, dass Politiker oder Organisationen wie Greenpeace Facebook-Seiten haben, und wären nie auf die Idee gekommen, nach diesen zu suchen. Diese Beobachtung ergibt in Kombination mit dem zufälligen Informationsverhalten politisch wenig interessierter Jugendlicher ein enormes Problem. Denn je kleiner und homogener eine Freundesliste bei Facebook, desto unwahrscheinlicher ist es, dass Nutzende auf neue Inhalte gestoßen werden. Je größer und heterogener das Netzwerk, desto größer auch die Bandbreite an Informationen, die Nutzende in ihrem Newsfeed sehen. Dementsprechend kann dies zu einem Digital Divide bei Facebook führen, zwischen denen, die die Plattform zu politischen Information und Teilhabe nutzen, und denen, die nicht einmal von dieser Möglichkeit wissen. Eine ansprechende Facebook-Seite zu gestalten, reicht folglich nicht aus. Es muss auch in Kontexten darauf aufmerksam gemacht werden, in denen möglichst viele Jugendliche erreicht werden, also z.B. in Schulen oder popkulturellen Medien wie Boulevard-Magazinen oder Daily-Soaps, wie auch Coleman (2007) es vorschlägt.

Abschließend lässt sich festhalten, dass Facebook keine Konkurrenz, sondern eine Ergänzung zum Engagement Jugendlicher darstellt. Interessen können hier fortgeführt und bereichert werden – sowohl in sozialer wie in politischer Hinsicht. Befürchtungen hinsichtlich des Datenschutzes lassen sich zumindest ein wenig beschwichtigen, da die befragten Jugendlichen sich des semi-öffentlichen Charakters von Facebook bewusst sind und mit der Zeit lernen, dort nur ein-

zutragen, was sie auch wirklich zugänglich machen wollen. Dennoch bleibt das unguete Gefühl, dass persönliche Daten einem Unternehmen anvertraut werden, bei dem der Nutzende nicht weiß, wo und zu welchem Zweck sie gespeichert werden.

Aus einer normativen Perspektive ist weiterhin anzumerken, dass sich durch das themengebundene Interesse der *actualizing citizens* sowohl Vorteile wie auch Nachteile ergeben. Positiv ist, dass Jugendliche sich heute nicht aus einem Pflichtgefühl in die Gemeinschaft einbringen, wie es bei *dutiful citizens* zumindest zum Teil der Fall ist. Stattdessen bringen sie sich ausschließlich freiwillig dort ein, wo sie es gerne tun. Problematisch hieran ist allerdings, dass sie sich mit Themen, die ihnen nicht liegen, auch nicht auseinandersetzen. Es ist fraglich, ob manche Themen und Tätigkeitsfelder aufgrund geringer Attraktivität so eventuell auf lange Sicht gänzlich unbeachtet bleiben. Zum anderen ist bedenklich, inwiefern ein interessengebunden informierter Bürger auch als kompetenter Bürger gelten kann, der z.B. eine verantwortungsvolle Wahlentscheidung treffen kann. So ergibt sich auch hier das Problem eines Zerfalls der Gesellschaft in themenspezifische Teilöffentlichkeiten, wie sie die internetkritischen Stimmen seit langem befürchten (Emmer & Wolling 2010: 38). Dem entgegen steht allerdings die Beobachtung, dass die Jugendlichen sich alle vor allem für Themen von globaler Bedeutsamkeit interessieren und deutlich zwischen der persönlichen und der gesamtgesellschaftlichen Relevanz differenzieren. Somit scheinen sie trotz ihrer Konzentration auf ihre eigenen Themen und Vorlieben den Blick für das Wohl der Gesellschaft nicht verloren zu haben.

Literatur

- Abendschön, S. & Roßteutscher, S. (2011). Jugend und Politik: Verliert die Demokratie ihren Nachwuchs? In: E. Bytzek & S. Roßteutscher (Hrsg.), *Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen* (S. 59-80). Frankfurt a. M., New York: Campus.
- Albert, M., Hurrelmann, K. & Quenzel, G. (2011). Jugend 2010: Selbstbehauptung trotz Verunsicherung? In Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2010: Eine pragmatische Generation behauptet sich* (S. 37-51). Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Anderson, E. (2010). Stake in the political: Young people's condition for political socialization in social media. *Politics, Culture and Socialization*, 1(4), 379-398.
- Arnold, N., Fackelmann, B., Graffius, M., Krüger, F., Talaska, S. & Weißenfels, T. (2011). Sprichst du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen. In Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Forum Politik und Gesellschaft*. Berlin. zuletzt eingesehen am 23.01.2012 unter http://www.sprichst-du-politik.de/downloads/sprichst-du-politik_Studie.pdf
- Bakardjieva, M. (2009). Subactivism: Lifeworld and Politics in the Age of the Internet. *The Information Society*, 25(2), 91-104.
- Bakardjieva, M. (2010). The Internet and Subactivism. Cultivating Young Citizenship in Everyday Life. In T. Olsson & P. Dahlgren (Hrsg.), *Young People ICTs and Democracy. Theories, Policies, Identities and Websites* (S. 129-146). Göteborg: Nordico.
- Bakker, T. P. & de Vreese, C. H. (2011). Good News for the Future? Young People, Internet Use, and Political Participation. *Communication Research*, 38(4), 451-470.
- Beck, U. (1993). *Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bennett, W.L. (2008). Changing Citizenship in the Digital Age. In W.L. Bennett (Hrsg.), *Civic Life Online: Learning how Digital Media can engage Youth* (S. 1-24). Cambridge: MIT-Press.
- Bennett, L. W., Freelon, D. & Wells, C. (2010). Changing Citizen Identity and the Rise of a Participatory Media Culture. In L. Sherrod, J. Torney-Purta & C. A. Flanagan (Hrsg.), *Handbook of Research on Civic Engagement in Youth* (S. 393-423). Hoboken: Wiley.
- Betz, T., Gaiser, W. & Pluto, L. (2010). Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Diskussionsstränge, Argumentationslinien, Perspektiven. In T. Betz, W. Gaiser & L. Pluto (Hrsg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten* (S. 11-31). Bonn: bpb.
- [BMFSFJ] Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2010). Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004 - 2009. Kurzbericht des 3. Freiwilligensurveys. *Monitor Engagement*, Nr. 2. zuletzt eingesehen am 03.02.2013 unter

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Engagement-Nr-2,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.

Brady, H. E., Verba, S. & Schlozman, K. L. (1995). Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review*, 89(2), 271-294.

Brandes, H. (1994). Die Entstehung eines weiblichen Lesepublikums im 18. Jahrhundert. Von den Frauenzimmerbibliotheken zu den literarischen Damengesellschaften. In: P. Goetsch (Hg.): *Lesen und Schreiben im 17. und 18. Jahrhundert. Studien zu ihrer Bewertung in Deutschland, England, Frankreich* (S. 125-133). Tübingen: Narr.

Calmbach, M. & Borgstedt, S. (2012). „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In W. Kohl & A. Seibring (Hrsg.): *„Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen* (S. 43-80). Bonn: bpb.

Coleman, S. (2007). How democracies have disengaged from young people. In B. D. Loader (Hg.), *Young Citizens in the Digital Age. Political engagement, young people and new media* (S. 166-185). London, New York: Routledge.

Dahlgren, P. & Olsson, T. (2007). Young activists, political horizons and the Internet. Adapting the net to one's purpose. In: B. D. Loader (Hg.), *Young Citizens in the Digital Age. Political engagement, young people and new media* (S. 68-81). London/New York: Routledge.

Ehlers, U.-D. (2005). Qualitative Online-Befragung. In L. Mikos & C. Wegener (Hrsg.), *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch* (S. 279-290). Konstanz: UVK.

Eisermann, T. & Potz, A. (2013). Bist du das? – Ja, aber nur teilweise! Rollenbilder Jugendlicher im Internet. *medien + erziehung*, 57(1), 44-50.

Emmer, M. & Vowe, G. (2004). Mobilisierung durch das Internet? Ergebnisse einer empirischen Längsschnittuntersuchung zum Einfluss des Internets auf die politische Kommunikation der Bürger. *Politische Vierteljahrschrift*, 45(2), 191-212.

Emmer, M., Vowe, G. & Wolling, J. (2010). Ein Medium wird erwachsen: Die Entwicklung der politischen Internetnutzung der Deutschen von 2002 bis 2008. In J. Wolling, M. Seifert & M. Emmer (Hrsg.), *Politik 2.0? Die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess* (S. 87-108). Baden-Baden: Nomos.

Emmer, M. & Wolling, J. (2010). Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit. In W. Schweiger & K. Beck (Hrsg.), *Handbuch Online-Kommunikation* (S. 36 - 58). Wiesbaden: VS.

Erikson, E. H. (1996). *Jugend und Krise. Die Psychodynamik im sozialen Wandel*. Stuttgart: Ernst Klett Verlag.

Facebook (2013). Key Facts. zuletzt eingesehen am 03.02.2013 unter <http://newsroom.fb.com/Key-Facts>.

- Fatke, R. Schneider, H., Meinhold-Henschel, S. & Biebricher, M. (2006). Jugendbeteiligung – Chancen für die Bürgergesellschaft. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 53(12), 24-32.
- Feil, C. (2010). Partizipation im Netz. Zur Bedeutung des Web 2.0 für Kinder und Jugendliche. In T. Betz, W. Gaiser & L. Pluto (Hrsg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten* (S. 113-133). Bonn: bpb.
- Flammer, A. & Alsaker, F. D. (2002). *Entwicklungspsychologie der Adoleszenz: die Erschließung innerer und äußerer Welten im Jugendalter*. u.a. Bern: Hans Huber Verlag.
- Flick, U. (2005). Wissenschaftstheorie und das Verhältnis von qualitativer und quantitativer Forschung. In L. Mikos & C. Wegener (Hrsg.), *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch* (S. 20-28). Konstanz: UVK.
- Fortunati, L. (2011). Online Participation and the New Media. In H. Greif, L. Hjorth, A. Lasén & C. Lobet-Maris (Hrsg.), *Cultures of Participation. Media practices, politics and literacy* (S. 19-34). Frankfurt a. M.: P. Lang.
- Früh, D. (2000). Online-Forschung im Zeichen des Qualitativen Paradigmas. Methodologische Reflexion und empirische Erfahrung. *Forum: Qualitative Sozialforschung*, 1(3), Artikel 35. zuletzt eingesehen am 11.12.2012 unter <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1052/2280>.
- Gaiser, W., Gille, M. & de Rijke, J. (2010). Bürgerschaftliches Engagement und Verantwortungsübernahme bei 18- bis 33-Jährigen. Ergebnisse des DJI-Survey 2007. In T. Betz, W. Gaiser & L. Pluto (Hrsg.), *Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Forschungsergebnisse, Bewertungen, Handlungsmöglichkeiten* (S. 57-75). Bonn: bpb.
- Gauck, J. (2012). Weihnachtsansprache 2012. zuletzt eingesehen am 09.01.2012 unter http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2012/12/121225-W_eihnachtsansprache.pdf;jsessionid=49BEA16F02A8F4E4FFAFFCAF703331BD.2_cid252?_blob=publicationFile.
- Giddens, A. (1991). *Modernity and Self-Identity. Self and Society in the Late Modern Age*. Stanford: Stanford University Press.
- Gutafsson, N. (2009). This Time it's Personal: Social Networks, Viral Politics and Identity Management. In D. Riha, & A. Maj (Hrsg.), *The real and the Virtual: Critical Issues in Cybercultures* (S. 35-44). Oxford: Interdisciplinary Press. Zuletzt eingesehen am 03.02.2013 unter: <http://www.inter-disciplinary.net/wp-content/uploads/2010/04/cyber4ever2130410.pdf>
- Kaase, M. (2003). Politische Beteiligung/Politische Partizipation. In U. Andersen & W. Woyke (Hrsg.), *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland* (5. aktual. Aufl.). Opladen: Leske + Budrich. zuletzt eingesehen am 03.02.2013 unter: http://www.bpb.de/wissen/06713986635846339646200579504445,0,0,Politische_BeteiligungPolitische_Partizipation.html.

- Kamps, K. (2007). *Politisches Kommunikationsmanagement: Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung*. Wiesbaden: VS
- Kepplinger, H. M. (1998). Der Nachrichtenwert der Nachrichtenfaktoren. In C. Holtz-Bacha, H. Scherer & N. Waldmann (Hrsg.), *Wie die Medien die Welt erschaffen und wie die Menschen darin leben* (S. 19-57). u.a. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Keuneke, S. (2005). Qualitatives Interview. L. Mikos & C. Wegener (Hrsg.), *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch* (S. 254-267). Konstanz: UVK.
- Keupp, H., Ahbe, T., Gmür, W., Mitzscherlich, B., Kraus, W. & Straus F. (1999). *Identitätskonstruktionen: das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. Reinbeck: Rowohlt.
- Keupp, H. (2001). Das Subjekt als Konstrukteur seiner selbst und seiner Welt. In H. Keupp & K. Weber (Hrsg.), *Psychologie. Ein Grundkurs* (S. 35-54). Hamburg: Rowohlt.
- Keupp, H. (2008). Sozialpsychologische Dimension der Teilhabe. In J. Maedler (Hg.), *TeilHabeNichtse. Chancengerechtigkeit und kulturelle Bildung* (S. 20-27). München: kopaed.
- Keupp, H. (2009). Identitätskonstruktionen in der spätmodernen Gesellschaft – Riskante Chancen bei prekären Ressourcen. In H. Theunert (Hg.), *Jugend – Medien – Identität. Identitätsarbeit Jugendlicher mit und in Medien* (S. 53-77). München: kopaed.
- Kirchmair, R. (2008). Neue Wege in der qualitativen Online-Forschung. *planung & analyse*, 1, 55-57.
- Lamnek, S. (2010). *Qualitative Sozialforschung* (5. überarb. Aufl.). Basel: Beltz.
- Lim, J. S. & Golan, G. J. (2011). Social Media Activism in Response to the Influence of Political Parody Videos on YouTube. *Communication Research*, 38(5), 710-727.
- Livingston, S., Couldry, N. & Markham, T. (2007). Youthful steps towards civic participation. Does the Internet help? In B. D. Loader (Hg.), *Young Citizens in the Digital Age. Political engagement, young people and new media* (S. 21-34). London, New York: Routledge.
- Maedler, J. (Hg.) (2008). *TeilHabeNichtse. Chancengerechtigkeit und kulturelle Bildung*. München: kopaed.
- Mascheroni, G. (2010). Remediating Participation and Citizenship Practices on Social Network Sites. *Medien Journal*, 34(3), 22-35.
- Mayring, P. (2012). Qualitative Inhaltsanalyse. In U. Flick, E. von Kardorff & I. Steinke (Hg.), *Qualitative Forschung. Ein Handbuch* (9. Aufl.) (S.468-475). Reinbeck: Rowohlt.
- Miegel, F. & Olsson, T. (2009). Conclusion. In M. Alberro-Andrés, T. Olsson, A. Bastardas-Boada & F. Miegel (Hrsg.): *CivicWeb Deliverable 16. A Qualitative Analysis of European Web Based Civic Participation Among Young People* (S. 182-190). zuletzt eingesehen am 04.12.2012 unter <http://www.civicweb.eu/images/stories/reports/civicweb%20deliverabe%2016%20final%2030.05.09%281%29.pdf>

- Milbrath, L. W. (1965). *Political Participation: How and why do people get involved in politics?* Michigan: Rand McNally.
- Moser, H. (2011). Das politische Internet – Möglichkeiten und Grenzen. *MedienPädagogik*, 21. zuletzt eingesehen am 03.02.2013 unter: www.medienpaed.com/21/moser1111.pdf.
- Moser, S. (2010). *Beteiligt sein. Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen*. Wiesbaden: VS.
- [MPFS] Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2012). *JIM-Studie 2012. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger*. Stuttgart. zuletzt eingesehen am 04.12.2012 unter http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf12/JIM2012_Endversion.pdf
- Münker, S. (2009). *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Norris, P. (2000). *A virtuous Circle. Political Communications in Postindustrial Societies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Norris, P. (2001). *Digital Divide. Civic Engagement, Information Poverty, and the Internet Worldwide*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ogris, G. & Westphal, S. (2006). Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 53(47), 7-17.
- Paus-Hasebrink, I. (2005). Forschung mit Kindern und Jugendlichen. In L. Mikos & C. Wegener (Hrsg.), *Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch* (S. 223-231). Konstanz: UVK.
- Putnam, R. D. (1993). The Prosperous Community. Social Capital and Public Life. *The American Prospect*, 4(13), 35-42.
- Rauschenbach, T., Begemann, M.-C., Bröring, M., Düx, W. & Sass, E. (2011). *Jugendliche Aktivitäten im Wandel. Gesellschaftliche Beteiligung und Engagement in Zeiten des Web 2.0. Endbericht*. Dortmund. zuletzt eingesehen am 03.02.2011 unter http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/fileadmin/Files/Engement/Abschlussbericht_Engagement_2_0.pdf.
- Röll, F.J. (2010). Social Networks Sites. In: K.-U. Hugger (Hg.), *Digitale Jugendkulturen* (S. 209-224). Wiesbaden: VS.
- Rohe, K. (1994). *Politik. Begriffe und Wirklichkeit. Eine Einführung in das Politische Denken* (2. überarb. und erw. Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.
- Schenk, M. (2007). *Medienwirkungsforschung* (3. überarb. Aufl.). Tübingen: Mohr Siebeck.
- Schmidt, M. G. (2010). *Demokratietheorien. Eine Einführung* (5. überarb. und erw. Aufl.). Wiesbaden: VS.

- Schneekloth, U. (2011). Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In Shell Deutschland Holding (Hrsg.), *Jugend 2010: Eine pragmatische Generation behauptet sich* (S. 129-164). Frankfurt a. M.: Fischer-Taschenbuch-Verlag.
- Schorb, B. & Theunert, H. (2000). Kontextuelles Verstehen der Medienaneignung. In I. Paus-Haase & B. Schorb (Hrsg.), *Qualitative Kinder- und Jugendmedienforschung: Theorie und Methoden: Ein Arbeitsbuch* (S. 36-40). München: kopaed.
- Schorb, B. (2010). Mediale Identitätsarbeit: Zwischen Realität, Experiment und Provokation. In H. Theunert (Hrsg.), *Jugend – Medien – Identität. Identitätsarbeit Jugendlicher mit und in Medien* (S. 81-93). München: kopaed.
- Siri, J., Melchner, M. & Wolff, A. (2012). The Political Network. Parteien und politische Kommunikation auf Facebook. *kommunikation@gesellschaft*, 13(6), 6. Beitrag. zuletzt eingesehen am 04.12.2012 unter <http://nbn-resolving.de/nbn:de:0228-201213068>.
- Spaiser, V. (2011). Das politische Potenzial des Internets. Neue individualisierte Möglichkeiten politischen Agierens für Jugendliche? In W. Heitmeyer (Hg.), *Individualisierung von Jugend. Zwischen kreativer Innovation, Gerechtigkeitsuche und gesellschaftlichen Reaktionen* (S. 147-164). Weinheim: Beltz Juventa.
- Thurich, E. (2006). Politik. In Thurich, E., *pocket politik. Demokratie in Deutschland*. Bonn: bpb. zuletzt eingesehen am 06.07.2012 unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16529/politik>.
- Thurich, E. (2011). Rechts-Links-Schema. In Thurich, E., *pocket politik. Demokratie in Deutschland* (überarb. Neuaufl.). Bonn: bpb. zuletzt eingesehen am 21.01.2012 unter <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16547/rechts-links-schema>
- Uehlinger, H.-M. (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik. Strukturen und Erklärungsmodelle*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America. Political Democracy and Social Equality*. Chicago, London: The University of Chicago Press.
- Wagner, U. (2011). *Medienhandeln, Medienkonvergenz und Sozialisation. Empirie und gesellschaftswissenschaftliche Perspektiven*. München: kopaed.
- Wegener, C. (2008). *Medien, Aneignung, Identität. „Stars“ im Alltag jugendlicher Fans*. Wiesbaden: VS.
- Wettstein, M. (2010). Politische Partizipation über Soziale Netzwerkdienste. Qualitative und quantitative Charakterisierungen der Facebook-Gruppe als Mittel zur politischen Meinungsäußerung und Partizipation. *Medien Journal*, 43(3), 4-21.